

Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Zu beziehen durch: LSKN - Schriftenvertrieb -
Postfach 91 07 64, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. 0511 9898-3166, Fax -4133
E-Mail: vertrieb@lskn.niedersachsen.de
Internet: www.lskn.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im Dezember 2013
ISSN 1432-5756

© Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Hannover, 2013.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Texte und Abbildungen

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	7
Familie und Beruf.....	9
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen	14
Globalisierung.....	18
Finanzen	20
Schulische Qualifikation	23
Wissenschaft und Kultur	25
Umwelt und Energie	27
Soziales, Sicherheit.....	29
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	31
Niedersachsen in Europa.....	33
Fazit.....	35

Tabellen

Bevölkerung.....	38
Familie und Beruf.....	40
Erwerbstätigkeit.....	44
Wirtschaft und Einkommen	48
Globalisierung.....	56
Finanzen	59
Schulische Qualifikation	63
Wissenschaft und Kultur	65
Umwelt und Energie	69
Soziales, Sicherheit.....	73
Niedersachsen in Europa.....	78

Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.

Texte und Abbildungen

Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* erscheint mit dieser Ausgabe zum 16. Male. Seine Aufgabe und sein Grundkonzept sind unverändert: Er trägt mittels eines systematischen Bundesländer-Vergleichs sowie ausgewählter europäischer Daten zu einer Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Ihm liegen folgende methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien zu Grunde:

1. Alle Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt.
2. Die Ländertabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
3. Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten für die anderen Länder dienen im Wesentlichen lediglich der vergleichenden Darstellung und Untersuchung von Strukturen und Entwicklungen des Landes.
4. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben. Einige davon werden in den Kapiteln durch Balkendiagramme visualisiert.
5. Die Ländertabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert (in dieser Ausgabe meist 2012), das Vorjahresergebnis sowie einen Wert, der fünf Jahre zurückliegt. Damit wird ein kurz- und mittelfristiger Vergleich ermöglicht. Davon wird nur abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder es – wenn nicht anders angegeben – methodische Brüche gibt, die einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
6. Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Indikatoren: Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Durch die Standardisierung der absoluten Werte mit Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar und erhalten einen Aussagewert. Bei Beziehungszahlen, die sich auf die Einwohner beziehen, wurde – wenn nicht anders angegeben – der Stand vom 30. Juni zugrunde gelegt.

7. Die Ländertabellen werden ergänzt durch sieben Tabellen, die Niedersachsen und seine Statistischen Regionen im Vergleich der Europäischen Union darstellen.

Der *Niedersachsen-Monitor* enthält damit in dieser Ausgabe insgesamt 79 Tabellen, davon 72 Länder- und sieben Europa-Tabellen. Gegenüber dem Vorjahr gibt es keine grundlegenden konzeptionellen Änderungen, sehr wohl aber eine veränderte Gliederung, Erweiterungen und Ergänzungen. Diese Erweiterungen und Ergänzungen gehen im Wesentlichen auf Wünsche der Nutzerinnen und Nutzer zurück:

- Neu aufgenommen wurde das Kapitel „Gleichstellung von Frauen und Männern“. In vielen Tabellen wurden geschlechtsdifferenzierte Angaben zusätzlich aufgenommen.
- Neu hinzu kommt die Tabelle 14 „Ausschließlich geringfügig Beschäftigte“, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt umfassender untersuchen zu können. Neu ist auch die Tabelle 79 mit europäischen Vergleichsdaten zu den „frühen Schulabgängern“.
- Text- und Tabellenteil werden nicht mehr in einen Ländervergleichs- und einen Europateil untergliedert. Es gibt nur noch einen Text- und einen Tabellenteil.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass in dieser Ausgabe des *Monitors* mittelfristige Vergleiche auf Basis von Beziehungszahlen zur Bevölkerung eingeschränkt aussagekräftig sind. Zwischen den Jahren 2010 und 2011 liegt ein Zeitreihenbruch vor: Alle Bevölkerungsbezüge vor 2011 beziehen sich auf die Fortschreibung der Volkszählung von 1987, Bezüge ab 2011 beziehen sich auf die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Der Grund für Steigerungen von Beziehungszahlen, die die Bevölkerung im Nenner haben, liegt teilweise auch an der in allen Ländern niedriger als bislang angenommenen Einwohnerzahl. Die Beziehungszahlen für 2011 können somit von den in früheren Ausgaben publizierten abweichen. Eine Ausnahme sind Indikatoren, die sich auf bestimmte Altersgruppen beziehen: Hier müssen weiterhin die Ergebnisse aus der Fortschreibung der Volkszählung 1987 verwendet werden, da eine altersdifferenzierte Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 noch nicht vorliegt.

Der Niedersachsen-Monitor 2013 entstand unter der redaktionellen Leitung von Arne Lehmann. Die Texte wurden erstellt von Karl-Heinz Behre, Sascha Ebigt, Prof. Lothar Eichhorn, Susanne Friedrichs, Arne Lehmann, Jessica Rothhardt, Jan Scharf und Dr. Wolfgang Vorwig.

Korrektur der Einwohnerzahlen aufgrund des Zensus 2011 als neue Basis der Bevölkerungsfortschreibung

Mit dem Jahr 2011 beginnt die Feststellung der Einwohnerzahlen auf Basis der Volkszählung Zensus 2011, der zum Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführt wurde. Bisher galt die Volkszählung der Bundesrepublik Deutschland von 1987 und für die neuen Länder die Volkszählung der DDR von 1981 (bzw. der Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters vom 03.10.1990) als Basis der Fortschreibung der Bevölkerungszahlen. Durch das registergestützte Verfahren des Zensus 2011 wurden bereits vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern für statistische Zwecke genutzt. Die Belastung der Bevölkerung war damit geringer als bei einer traditionellen Volkszählung mit Vollerhebung. Eine Haushaltebefragung bei rund 10 % der Bevölkerung auf Stichprobenbasis korrigierte und ergänzte die Informationen aus den Registern.

Die vom Zensus 2011 ermittelte Einwohnerzahl Deutschlands weicht von der bisherigen Bevölkerungszahl von 81,8 Millionen um rund 1,5 Millionen ab. Das heißt, dass in Deutschland am 31.12.2011 mit 80,3 Millionen Menschen -1,9 % weniger Einwohner als bisher angenommen lebten. In Niedersachsen lag die Einwohnerzahl mit 7 774 253 um -1,8 % beziehungsweise um 139 249 Personen unter der bisherigen Bevölkerungszahl.

Im Folgenden wird daher im Zeitreihenvergleich nur auf die kurzfristigen Veränderungen zum Vorjahr Bezug genommen, da die Vergleichbarkeit aufgrund der unterschiedlichen Basis vor 2011 eingeschränkt ist. In Berlin weicht die neu ermittelte Einwohnerzahl beispielsweise mit -5,0 % am stärksten ab, gefolgt von Hamburg mit -4,5 %. In Rheinland-Pfalz sind es hingegen nur -0,2 %.

Leicht steigende Einwohnerzahl

Am 31.12.2012 lebten in Niedersachsen 7 778 995 Einwohner (Tab. 1). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein minimaler Anstieg von 4 742 Personen, gerundet +0,1 %. Die Entwicklung war damit erstmals seit 2005 wieder positiv. Sie ist allerdings im Bundesvergleich (+0,2 %) und im Vergleich zu den westdeutschen Ländern (+0,3 %) leicht unterdurchschnittlich. Der konstante Bevölkerungsbestand in Ostdeutschland wurde allein von einer Steigerung der Einwohnerzahl um +1,5 % in Berlin getragen. Alle übrigen ostdeutschen Länder hatten weniger Einwohner als 2011. In Westdeutschland betraf dies nur das Saarland mit einem Rückgang von -0,4 %. Nach Berlin hatte Hamburg mit +0,9 % den höchsten Anstieg zu verzeichnen,

gefolgt von den südlichen Flächenländern Bayern (+0,6 %) und Baden-Württemberg (+0,5 %). Den prozentual größten Bevölkerungsverlust verzeichnete Sachsen-Anhalt, das -0,8 % verlor. Die zunehmende Verdichtung der Städte bei gleichzeitiger Entleerung der ostdeutschen Flächenländer hält somit an. Verantwortlich dafür sind insbesondere die Abwanderung junger Menschen und die dann auch sukzessiv daraus resultierenden niedrigeren Geburtenraten. Während so im ländlichen Raum die Leerstandsquoten steigen, erhöhen sich die Mietpreise in den Großstädten aufgrund knappen Wohnraums.

Ausländeranteil relativ niedrig

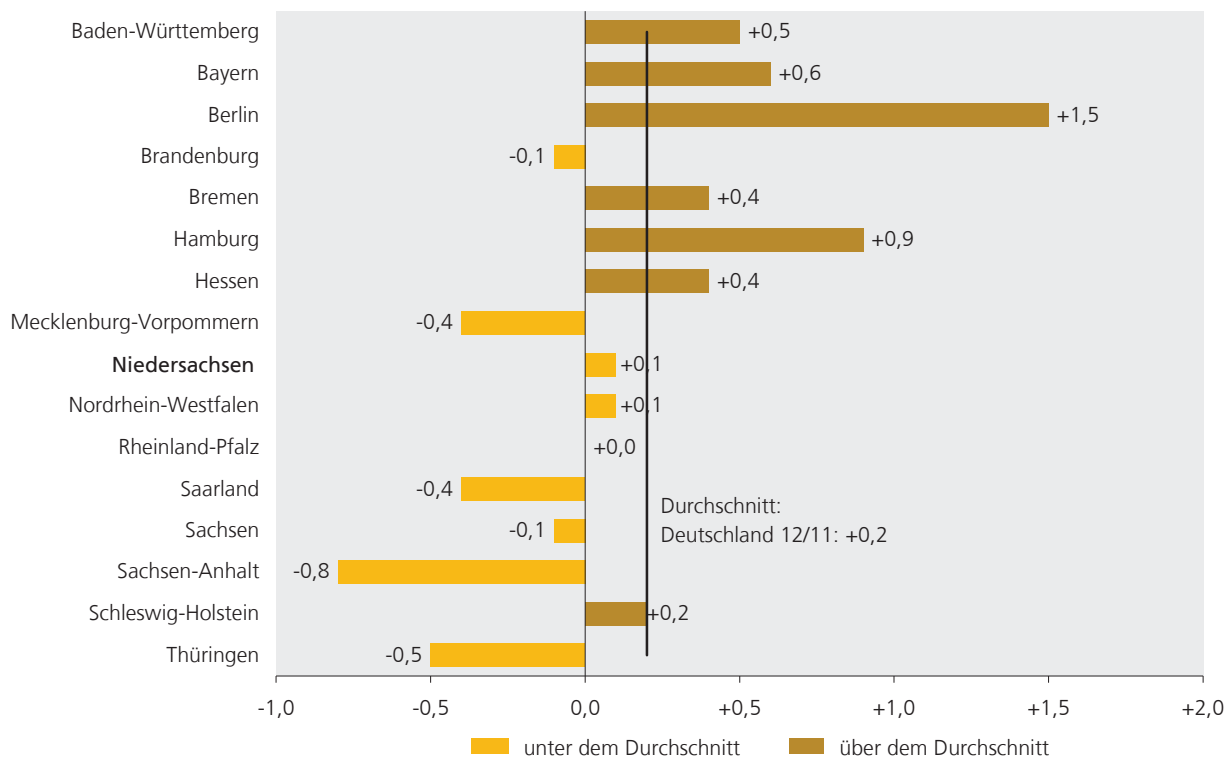
Die 450 611 Ausländerinnen und Ausländer, die 2012 in Niedersachsen lebten, hatten an der Gesamtbevölkerung einen Anteil von 5,8 %. Im Vergleich zu den anderen westdeutschen Ländern (durchschnittlich 9,2 %) war dies ein niedriger Wert, der nur über dem von Schleswig-Holstein mit 4,5 % lag. Im Bundesdurchschnitt lag der Ausländeranteil bei 8,2 %. Am höchsten war der Anteil der nicht-deutschen Einwohner in Hamburg mit 12,9 %, gefolgt von Berlin mit 12,6 %, Hessen (11,7 %) und Bremen (11,6 %). In Ostdeutschland war der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit 4,3 % weniger als halb so hoch wie in den westdeutschen Ländern. In den ostdeutschen Flächenländern reichte die Spanne von 1,8 % in Thüringen bis 2,2 % in Sachsen.

Geburtenzahl minimal angestiegen

2012 kamen in Niedersachsen 61 478 Kinder zur Welt (Tab. 2). Damit stieg die Zahl der Geburten gegenüber 2011 mit +0,3 % bzw. 198 Kindern minimal an. Bundesweit war jedoch ein deutlicheres Plus von +1,6 % auf 673 544 geborene Kinder zu beobachten. Die höchsten Anstiege verzeichneten die Stadtstaaten Berlin (+4,8 %) und Bremen (+4,7 %), gefolgt von Hamburg (+3,4 %). Nur im Saarland gab es 2012 weniger Geburten als 2011 (-3,0 %). Im mittelfristigen Vergleich ragte Berlin besonders heraus: Gegenüber 2007 stieg hier die Zahl der Geburten um +11,2 %. Niedersachsen wies im selben Zeitvergleich mit -5,9 % den größten Rückgang auf; bundesweit gab es eine Abnahmerate von -1,7 %.

Die Geburtenhäufigkeit, d.h. die Zahl der Geburten je 1 000 Einwohner, nahm von 2011 auf 2012 in allen Ländern – außer im Saarland – leicht zu. Im Beobachtungszeitraum 2010 zu 2011 gab es noch überall eine Abnahme. Unter den Flächenländern haben Hessen, Bayern

Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2012 gegenüber 2011 (jeweils 31.12.) in Prozent



und Sachsen mit jeweils 8,6 Geburten je 1 000 Einwohner die höchsten Werte. In Niedersachsen lag er bei 7,9, im Bundesdurchschnitt bei 8,4. Berlin und Hamburg mit Werten von 10,4 bzw. 10,3 lagen deutlich an der Spitze.

Der Saldo der Geborenen und Gestorbenen ist für Niedersachsen und Deutschland insgesamt seit Jahren negativ, d.h., es sind jeweils mehr Menschen verstorben als Kinder geboren worden. In Niedersachsen lag der Saldo je 1 000 Einwohner 2012 bei -3,3. Damit hat sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr um einen Wert von 0,2 vergrößert. Bundesweit betrug der Saldo -2,4 je 1 000 Einwohner. In Niedersachsen kamen auf zehn Gestorbene nur sieben Geburten. Das Geburtendefizit fiel in Westdeutschland nur in Schleswig-Holstein (-3,4) und dem Saarland (-5,4) größer aus. Hamburg (+0,4) und Berlin (+0,7) wiesen als einzige Länder geringfügige Geburtenüberschüsse auf.

Ausgleich des Geburtendefizits durch Wanderungsgewinne

2012 wies Niedersachsen einen positiven Wanderungssaldo (Tab. 3) von 28 653 Personen auf; es sind also mehr Menschen nach Niedersachsen gezogen als das Land verlassen haben. Die hohe Zahl konnte auch das gestiegene Geburtendefizit ausgleichen, so dass die Bevölkerungszahl insgesamt anstieg. Gegenüber dem Vorjahr ist der Saldo um rund die Hälfte mit 9 417 Personen angestiegen. Das Land lag jedoch mit einem Wanderungsgewinn von +3,7 je 1 000 Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt von +4,6. Negativ waren die Salden wie im Vorjahr in Sachsen-Anhalt (-1,9), Thüringen (-0,8) und in Mecklenburg-Vorpommern (-0,4). Geringere Werte als in Niedersachsen wiesen in Westdeutschland Rheinland-Pfalz (+3,2), Nordrhein-Westfalen (+3,0) und das Saarland (+1,6) auf. In Berlin war der Wanderungssaldo mit +12,4 je 1 000 Einwohner am höchsten.

Jahrzehntelang war das familiäre Bild in (West-) Deutschland in der Regel geprägt von einem sogenannten männlichen Versorgermodell innerhalb einer Ehe, bei dem die Betreuung der Kinder in den ersten Jahren fast ausschließlich von den Müttern übernommen wurde und die Väter erwerbstätig waren. Die Erwerbstätigenquote von Vätern war 2011 in Deutschland nach Ergebnissen aus dem Mikrozensus beispielsweise höher als die von Männern ohne Kinder; bei den Frauen ist dies umgekehrt. Die beschriebene Arbeitsteilung geschah jedoch in vielen Fällen nicht freiwillig. Die Gründe lagen beispielsweise im Mangel an alternativen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz eines anderen Rollenverständnisses von Frau und Mann sowie in nicht zu vereinbarenden Arbeitszeitmodellen. Das männliche und weibliche Rollenbild ist in dieser Hinsicht im Wandel begriffen: Es gibt immer mehr Frauen, die neben einer Familienkarriere auch eine berufliche Karriere im Blick haben. Ebenso ist die Rede von den „neuen Vätern“, die sich in der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder mehr einbringen wollen, als es in ihrer eigenen Elterngeneration der Fall war. Beide Elternteile sind daher auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen.

Im Folgenden werden hierzu einige wichtige Aspekte dargestellt. Dazu gehören die Zahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen (Tab. 6 und 7) und die Inanspruchnahme von Elterngeld von Müttern und Vätern (Tab. 8). Zudem wird auf die Zahlen der Teilzeitbeschäftigten eingegangen. Teilzeit ist eine insbesondere von Frauen gewählte Option, um neben der Betreuung in der Familie auch beruflich tätig sein zu können. Um die familiären Strukturen beschreiben zu können, werden außerdem die Eheschließungen (Tab. 4) und Ehescheidungen (Tab. 5) sowie die Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden betrachtet.

Kinderbetreuungsquoten: Niedersachsen trotz starken Zugewinns weiter unter dem Bundesdurchschnitt

Zwar lag die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren (Tab. 6) in Niedersachsen zum Stichtag 1. März 2012 mit 22,1 % weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt von 27,6 %. Der Abstand zu diesem hat sich jedoch im Vergleich zum letzten Jahr um -1,1 Prozentpunkte auf 5,5 Prozentpunkte verringert. Damit liegt das Land minimal unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder von 22,3 %. Gegenüber dem Vorjahr wurden 2012 in Niedersachsen mit insgesamt 41 772 Kindern unter drei Jahren +17,1 % mehr in öffentlich geförderter Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen betreut. Im Vergleich zu 2007 hat sich die Zahl der betreuten Kinder verdreifacht. In Ostdeutschland wurde mit 49,0 % gut die

Hälfte der unter Dreijährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen betreut (seit 2007: +27,5 %).

Bei der Quote der ganztägig betreuten Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren (Tab. 7) lag Niedersachsen 2012 wie im Vorjahr trotz des Anstiegs um +2,2 Prozentpunkte auf 19,0 % im Vergleich zu den anderen Ländern an vorletzter Stelle. Der Bundesdurchschnitt war mit 37,1 % fast doppelt so hoch (Westdeutschland: 29,8 %). In Thüringen gingen, gemessen an der gleichaltrigen Bevölkerung, mit 87,4 % die meisten der 3- bis unter 6-Jährigen in öffentlich geförderte Kindertagespflege bzw. Kindertageseinrichtungen. Die Anzahl der ganztägig betreuten Kinder in Niedersachsen stieg gegenüber dem Vorjahr um +12,4 % auf 37 966. Im mittelfristigen Vergleich betrug der Anstieg +75,9 % (deutschlandweit: +44,8 %). Höhere Anstiege gab es nur in Schleswig-Holstein (+77,2 %), Baden-Württemberg (+88,3 %), im Saarland (+95,5 %) und in Rheinland-Pfalz (+101,9 %).

Weniger Elterngeldbeziehende

Im Jahr 2012 wurden in Niedersachsen 73 047 Leistungsbezüge von Elterngeld beendet (Tab. 8). Dies waren -2,1 % weniger als im Vorjahr, im Bundesdurchschnitt betrug der Rückgang -0,7 % auf 808 715. Mit 20,8 % war jeder fünfte Leistungsbeziehende in Niedersachsen männlich, gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um +1,6 Prozentpunkte. Nach der Einführung des Elterngeldes 2007 war dies der höchste Wert. Im Vergleich zu den anderen Ländern lag Niedersachsen 2012 damit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 22,4 %.

Gestiegen ist von 2011 auf 2012 der Anteil der beendeten Leistungsbezüge bei beiden Elternteilen, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren. Bei den Männern waren es 86,7 % (+2,4 Prozentpunkte) und bei den Frauen 63,9 % (+4,3 Prozentpunkte). 2011 war der Anstieg bei den Frauen mit +3,0 Prozentpunkten gegenüber 2010 noch schwächer, bei den Männern mit +4,6 Prozentpunkten jedoch stärker ausgefallen.

Zahl der Teilzeiterwerbstitigen in den letzten Jahren deutlich gestiegen

Ein Mittel, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung miteinander zu verbinden, ist die Möglichkeit in Teilzeit zu arbeiten. In Niedersachsen stieg die Anzahl der Erwerbstätigen – einschließlich Selbstständigen und Beamten, ohne Auszubildende – in Teilzeitarbeit von 2007 bis 2012 um +11,5 % auf 1,1 Mio. (Tab. 9). Bundesweit nahm die Zahl im glei-

Anteil der männlichen Leistungsbezieher am Elterngeld 2012 in Prozent



chen Zeitraum um +7,6 % auf 10,7 Mio. zu. Gegenüber 2011 betrug der Anstieg in Niedersachsen +2,2 % (Bundesdurchschnitt: +0,8 %). In fünf Ländern sank die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen – einschließlich Selbstständigen und Beamten, ohne Auszubildende. Gemessen an allen Erwerbstätigen arbeiteten damit in Niedersachsen 29,9 % in Teilzeit. Darunter waren 887 000 Frauen, was einem Anteil von 81,2 % von allen Teilzeiterwerbstätigen entspricht. Nur in Bayern (81,7 %) und im Saarland (81,6 %) war der Frauenanteil noch höher. Die niedrigsten Anteile waren in den Stadtstaaten zu finden, wobei Berlin mit 62,7 % mit Abstand den niedrigsten Wert aufwies (Hamburg: 70,9 %; Bremen: 72,6 %); deutschlandweit waren es 78,8 %.

Zahl der Alleinerziehenden leicht gesunken

Für Alleinerziehende – in erster Linie Mütter – gestaltet sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft schwieriger als für Familien, in denen die Betreuung und Erziehung der Kinder auf beide Elternteile verteilt ist. Während die Zahl der Alleinerziehenden im Bundesdurchschnitt 2012 um +0,5 % gegenüber dem Vorjahr leicht anstieg (2,67 Mio.), ging sie in Niedersachsen um -1,3 % auf rund 237 000 zurück (Tab. 10). Die Zahl der Alleinerziehenden in Westdeutschland blieb nahezu unverändert, in Ostdeutschland stieg sie um +2,2 % an. Hier nahm die Zahl nur in Sachsen-Anhalt ab (-2,4 %), in Berlin blieb sie unverändert, so auch gegenüber 2007. Mittelfristig gingen

die Zahlen der Alleinerziehenden von 2007 zu 2012 in allen ostdeutschen Flächenländern zurück.

Deutschlandweit lag der Anteil der Frauen unter den Alleinerziehenden bei 85,5 % (2007: 86,4 %), in Niedersachsen waren es 85,2 %, was gegenüber 2007 einem Rückgang um -1,4 Prozentpunkte entspricht.

Eheschließungen gestiegen – Scheidungen rückläufig

Die Zahl der Eheschließungen stieg 2012 gegenüber dem Vorjahr in Niedersachsen um +3,5 % auf 38 947. Bundesweit gab es 387 423 standesamtliche Eheschließungen, eine Zunahme um +2,5 %. Nur Bremen (-4,6 %) und Hamburg (-3,5 %) verzeichneten Rückgänge. In Hamburg war auch die Anzahl der Eheschließungen auf 10 000 Einwohner mit 39,3 am niedrigsten. In Niedersachsen lag dieser Wert mit 50,0 im Ländervergleich im oberen Drittel. Bei den Ehescheidungen war die Entwicklung in den Ländern – ausgenommen Thüringen (+1,9 %) – ebenfalls sehr einheitlich, und zwar rückläufig. In Niedersachsen gab es 2012 insgesamt 17 806 Ehescheidungen, was einem Rückgang von -6,1 % entsprach, bundesweit ging die Zahl um -4,5 % zurück. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag der Wert bei 22,9 (Bundesdurchschnitt: 22,3). In Niedersachsen kamen so 2012 rechnerisch auf elf Eheschließungen fünf Scheidungen. 2007 betrug das Verhältnis noch elf zu 5,7.

Erwerbstätigkeit

Anhaltend Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Wie bereits die Jahre zuvor entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt auch im Jahr 2012 weiter positiv – wenn auch weniger stark. Die Zahl der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stiegen gegenüber 2011 leicht an. Niedersachsens Entwicklung lag dabei erneut über dem Durchschnitt. Hingegen sind zwischen Juni 2012 und Juni 2013 die Arbeitslosenzahlen gestiegen.

Überdurchschnittliche hohe Zuwächse an Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

3,82 Mio. Menschen in Niedersachsen waren nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2012 erwerbstätig (Tab. 11). Jeder zehnte Erwerbstätige war selbstständig (10,1 %, keine Veränderung zum Vorjahr). Sowohl gegenüber 2007 (+7,1 %) als auch gegenüber dem Vorjahr (+1,1 %) ist die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen. Niedersachsen lag mit diesen Zuwächsen über den deutschlandweiten Werten (+5,2 % bzw. +0,7 %). Im gesamten Bundesgebiet waren 40,16 Mio. Personen erwerbstätig.

Trotz dieser überdurchschnittlichen Entwicklungen blieb der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in Niedersachsen weiterhin leicht unterdurchschnittlich (Tab. 12). Die Erwerbstätigenquote der Männer betrug 77,0 % (Deutschland: 77,4 %), die der Frauen 67,1 % (67,8 %). Beide Quoten nahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht zu. Die Zuwächse lagen allerdings bundesweit und in Niedersachsen unter einem Prozentpunkt.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die hier anders als die Erwerbstätigen nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt werden, stieg in Niedersachsen mittel- und kurzfristig deutlich an (Tab. 13). Ende Juni 2012 gingen im Lande rund 2,60 Mio. Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Seit Juni 2011 stieg dieser Wert in Niedersachsen im Ländervergleich mit +2,7 % nach Berlin (+3,4 %) am stärksten an. Der Zuwachs gegenüber 2007 betrug +10,3 %. In dieser mittelfristigen Entwicklung wurde Niedersachsen nur von den Stadtstaaten Berlin (+13,5 %) und Hamburg (+10,8 %) übertroffen. Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt (-0,3 % gegenüber 2011) entwickelten sich die Beschäftigtenzahlen in ganz Deutschland gegenüber 2007 (Bundesdurchschnitt: +7,7 %) und 2011 (+1,9 %) durchweg positiv. 2012 waren in Deutschland 28,92 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug in Niedersachsen im Juni 2012 45,1 %.

Der Frauenanteil lag in den ostdeutschen Ländern (49,7 %), in Schleswig-Holstein (47,6 %) und in Hamburg (46,3 %) über dem Deutschlandwert (46,0 %). In Mecklenburg-Vorpommern (51,5 %) und in Berlin (51,3 %) waren sogar etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen.

Anstieg der Zahl hochqualifizierter Erwerbstätiger

Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss und Promotion (Tab. 15) betrug 2012 in Niedersachsen mit 607 000 Beschäftigten 15,9 %. Trotz des Anstieges der Gesamtzahl dieser Hochqualifizierten um +5,7 % gegenüber dem Vorjahr lag deren Anteil an allen Erwerbstätigen unter dem Bundesdurchschnitt von 18,4 %. Deutschlandweit stieg die Zahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen im Vergleich zu 2011 um +5,9 %. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern (2012 zu 2011: -7,6 %) hatten alle Länder im kurz- als auch mittelfristigen Vergleich einen Anstieg zu verzeichnen. So konnten die Hochqualifizierten besonders von der guten Wirtschaftslage profitieren, denn die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt ist prozentual weniger stark gestiegen.

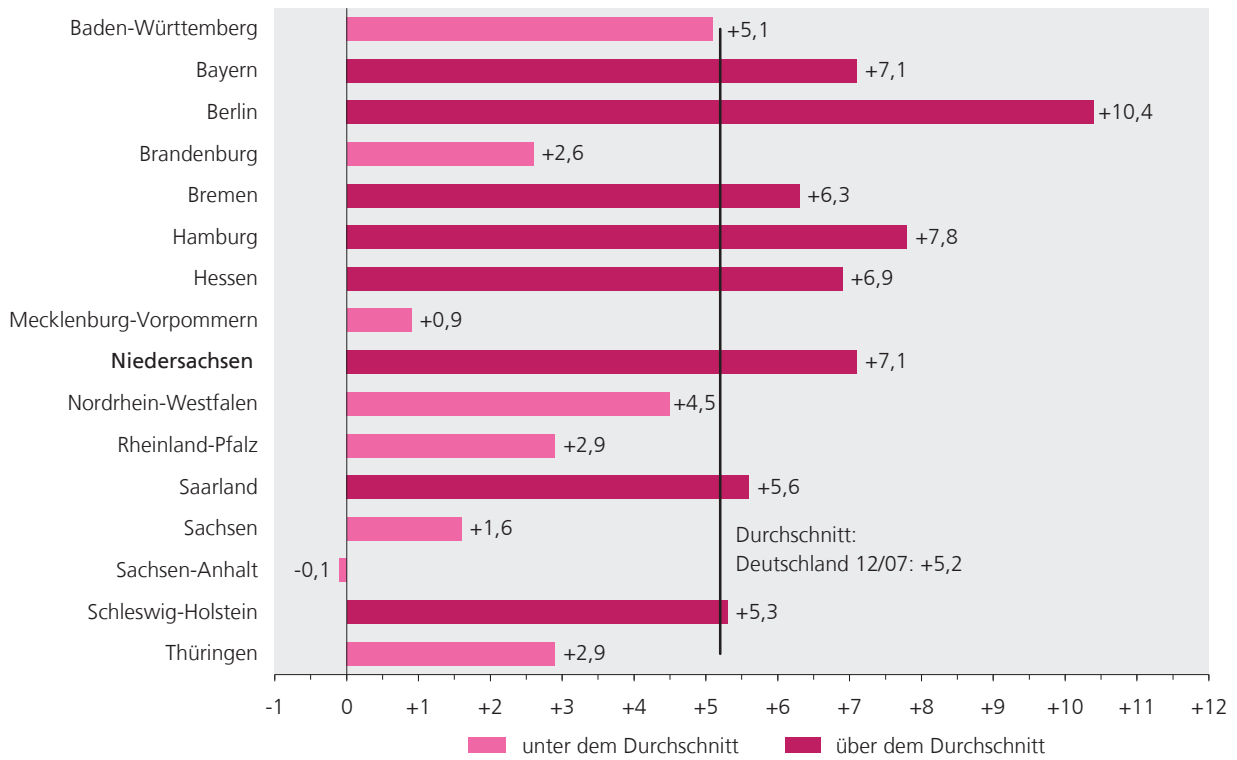
Arbeitslosenquote nahezu unverändert

Im Juni 2013 waren in Niedersachsen 260 987 Personen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das bedeutet eine Zunahme von 7 862 Personen oder +3,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Deutschland: +2,0 %). Im Fünf-Jahres-Vergleich verzeichnete Niedersachsen allerdings -10,5 % weniger Arbeitslose. Bundesweit sank die Zahl seit 2008 um -9,1 % auf zuletzt 2,86 Mio. Menschen. Deutlicher gingen die Arbeitslosenzahlen mittelfristig in den ostdeutschen Ländern Thüringen (-29,0 %), Sachsen (-28,8 %), Sachsen-Anhalt (-25,9 %), Brandenburg (-24,7 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-23,0 %) zurück. Diese waren es auch (gemeinsam mit Berlin), die im Juni 2013 als einzige Länder niedrigere Zahlen als noch ein Jahr zuvor registrierten (Ostdeutschland: -3,1 %).

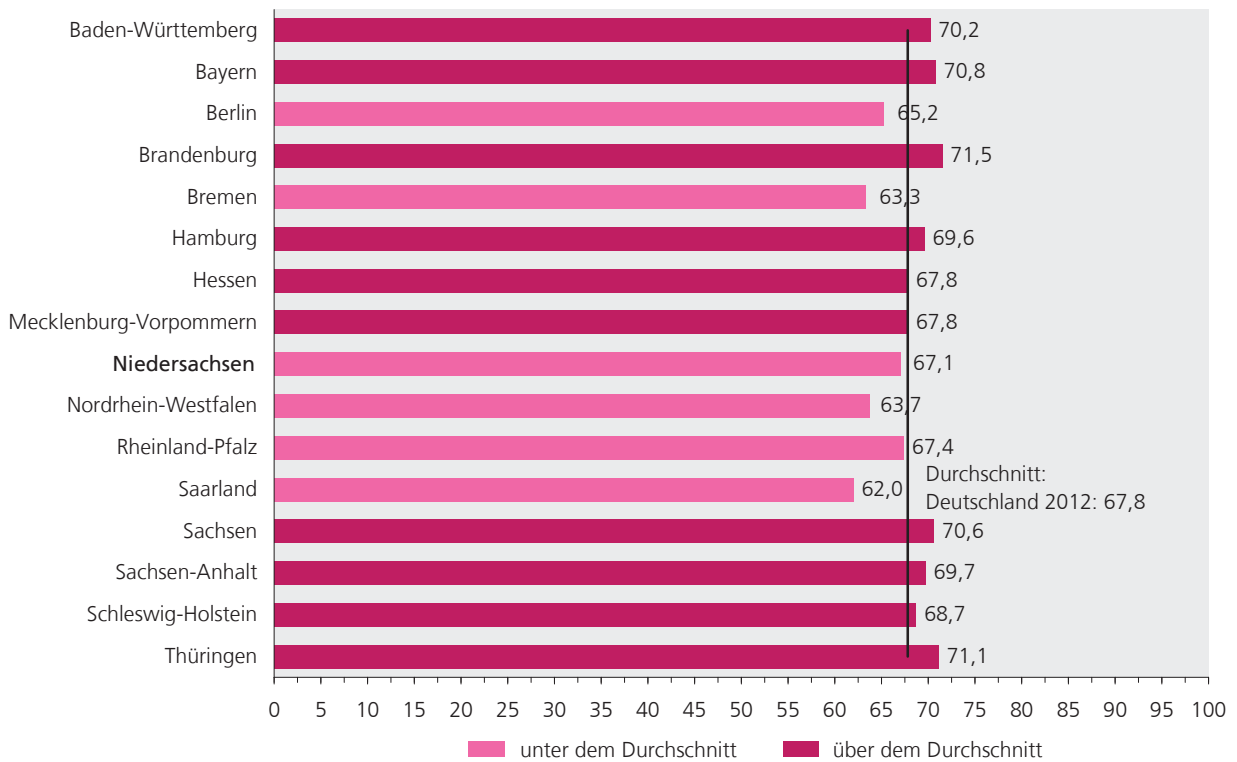
Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen blieb mit 6,3 % gegenüber Juni 2012 (6,2 %) nahezu unverändert; die Arbeitslosenquote für Deutschland betrug wie im Vorjahr 6,6 %. Während in Süddeutschland in Bayern (3,6 %) und Baden-Württemberg (3,9 %) weniger als 4 % aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet waren, lag die Quote in Ostdeutschland bei 9,9 %. In den Stadtstaaten Berlin (11,6 %) und Bremen (10,9 %) wurden im Juni 2013 die höchsten Arbeitslosenquoten ermittelt.

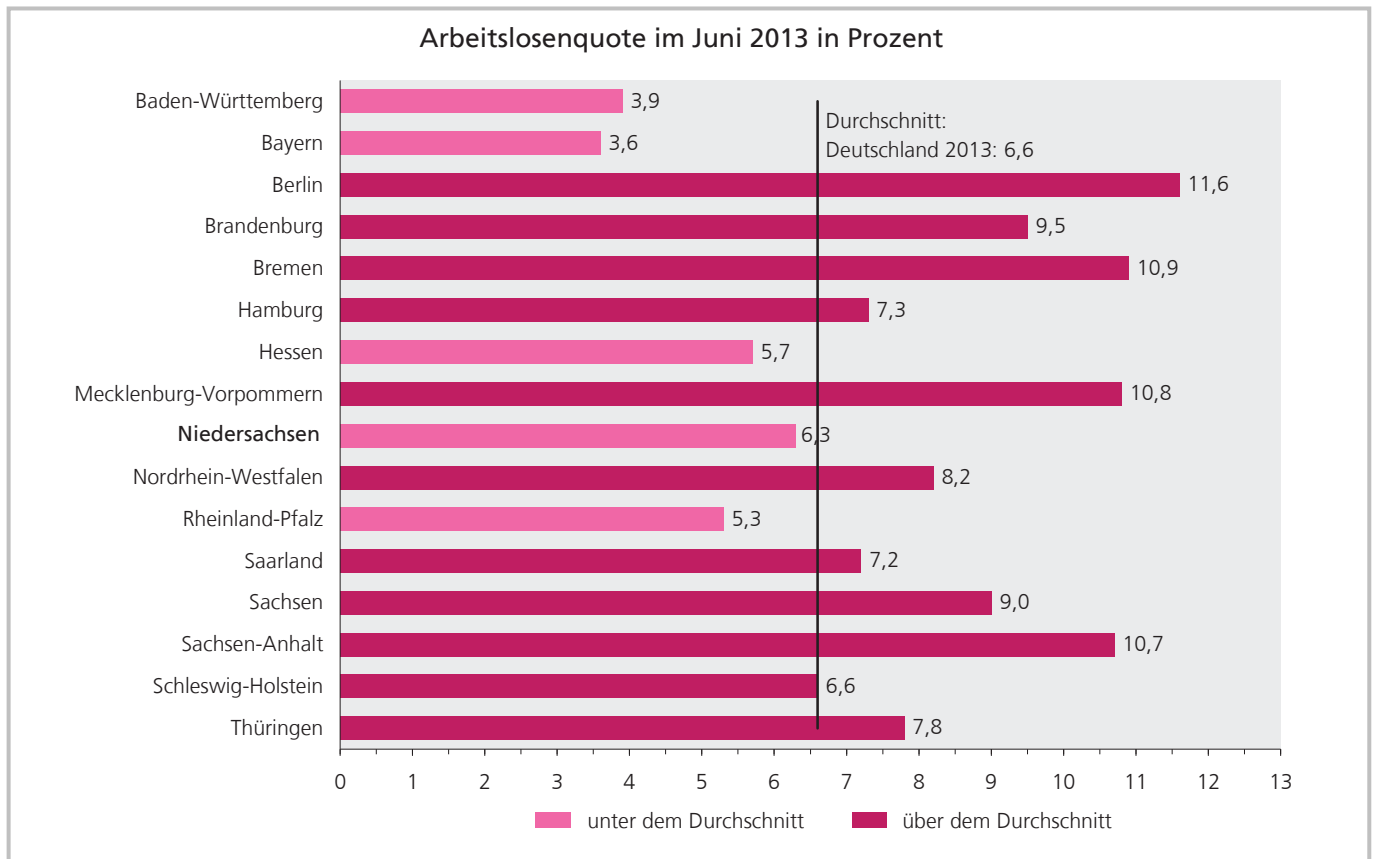
Auch wer in der Arbeitslosenstatistik z.B. aufgrund einer Teilnahme an einer Trainingsmaßnahme nicht als arbeitslos gezählt wird, wird in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen. Um ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Be-

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2007 bis 2012 in Prozent



Erwerbstätigenquote von Frauen 2012 in Prozent





schäftigung zu ermöglichen, veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit ergänzend die Unterbeschäftigungsquote. Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die regionale Struktur der Arbeitslosenquote spiegelt auch jene der Unterbeschäftigungsquote wider. In Niedersachsen lag die Unterbeschäftigungsquote bei 8,3 %, bundesweit bei 8,8 %.

Mehr jugendliche Arbeitslose im Juni als im Vorjahr

Im Juni 2013 waren in Niedersachsen 26 089 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet (Tab. 17). Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies eine Zunahme von +11,8 % (Deutschland: +1,2 %). Die Arbeitslosenquote stieg um +0,5 Prozentpunkte auf 5,7 % (Deutschland: + 0,1 Prozentpunkte auf 5,6 %). Anzumerken ist hierbei, dass die Höhe der Quoten auch vom Beginn der Sommerferien abhängt. Viele Schulabgänger melden sich dann vorübergehend arbeitslos, und die Quote erhöht sich kurzfristig. Durch das deutliche Abweichen der Ferientermine in zwei Vergleichsjahren wie 2012 und 2013 in Niedersachsen ist die Aussage über die Entwicklung jeweils mit Stand Juni daher eingeschränkt. Die Arbeitslosenquote der männlichen Jugendlichen lag mit 6,1 % (Niedersachsen und Deutschland) über dem entsprechenden Wert der weiblichen Jugendlichen (Niedersachsen: 5,2 %; Deutschland: 4,9 %). Gegenüber 2008

sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Niedersachsen um -5,1 % (Deutschland: -14,9 %).

Weniger ausschließlich geringfügig Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung, ein sogenannter Minijob, lag im betrachteten Zeitraum vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschritten hat (ab 2013: 450 Euro). Die geringfügig entlohnten Beschäftigten ohne Beschäftigte im Nebenjob wurden hier am Arbeitsort gezählt.

Am 30. Juni 2012 gingen in Niedersachsen 504 578 Personen einer ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung nach (Tab. 14). Bundesweit waren es 4,83 Mio. Mit Ausnahme von Hamburg (+1,0 %) hat diese Beschäftigungsform in allen Ländern gegenüber 2011 abgenommen (Deutschland: -1,2 %). In Niedersachsen gab es seitdem 2,0 % weniger ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Mittelfristig betrug der Rückgang in Niedersachsen -1,1 % und in Deutschland -1,0 %. In Thüringen ging die Anzahl mit -10,1 % am stärksten zurück, gefolgt von Sachsen (-7,4 %) und Sachsen-Anhalt (-6,7 %). In sechs Ländern gab es 2012 einen Zuwachs gegenüber 2007. Mit +2,0 % war er in Berlin am höchsten, vor Hamburg mit +1,8 % und Schleswig-Holstein (+1,3 %).

In allen Ländern waren mehr als die Hälfte der geringfügig Beschäftigten Frauen. Niedersachsen lag mit 67,3 % über dem bundesweiten Anteil von 65,5 %.

Wirtschaftswachstum verlangsamt

Das Wirtschaftswachstum in Niedersachsen setzte sich 2012 abgeschwächt fort. Obwohl die Eurokrise nicht überwunden war und die USA eine schwache wirtschaftliche Entwicklung verzeichneten, entwickelte sich die Wirtschaft in Deutschland und Niedersachsen positiv. Das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2012 gegenüber dem Vorjahr real um +0,9 % (2011: +2,5 %). Damit lag der niedersächsische Zuwachs noch leicht über dem Bundesdurchschnitt von +0,7 % (Tab. 18). Ein relativ höheres BIP-Wachstum wies im Jahr 2012 das Land Mecklenburg-Vorpommern mit +1,9 % auf, gefolgt von den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen mit jeweils +1,2 %. Mehr als ein Fünftel des gesamtdeutschen BIP wurde wiederum in Nordrhein-Westfalen erbracht (22,0 %). Niedersachsen erwirtschaftete wie 2011 einen Anteil von 8,7 %. Zwischen 2007 und 2012 stieg das niedersächsische BIP real um +5,7 %. Nur in Berlin (+9,4 %) und in Bayern (+6,3 %) war in diesem Zeitraum das Wachstum höher.

Wieder mehr Erwerbstätige

Im Jahr 2012 lag die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen laut Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder bei 3,82 Mio. (Tab. 19). Die Zunahme von +1,4 % gegenüber 2011 lag damit über dem Bundesdurchschnitt von +1,1 %. Berlin konnte die höchste Zuwachsrate mit +2,6 % verzeichnen. Bei der Berechnung werden alle erwerbstätigen Personen am Arbeitsort des jeweiligen Landes berücksichtigt, auch wenn deren Wohnsitz außerhalb des betreffenden Landes liegt. Im Fünfjahresvergleich zeigte sich die niedersächsische Entwicklung im Vergleich zu den übrigen Ländern überdurchschnittlich. Von 2007 bis 2012 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um +5,7 % (Bundesdurchschnitt: +4,4 %) zu.

Bruttowertschöpfung stieg in den dienstleistenden Wirtschaftsbereichen am stärksten

Die drei Sektoren Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (Primärsektor), Produzierendes Gewerbe (Sekundärsektor) sowie die dienstleistenden Wirtschaftsbereiche (Tertiärsektor) zeigten 2012 unterschiedlich starke Zuwachsentwicklungen (Tab. 20 bis 22).

In der niedersächsischen Land- und Forstwirtschaft und Fischerei fiel die reale Zunahme der Bruttowertschöpfung (BWS) 2012 geringer aus als im Vorjahr. Gegenüber 2011 ergab sich eine reale Zuwachsrate von +0,3 %, bundesweit waren es +1,5 %. Die höchsten Zuwächse gab es in

Mecklenburg-Vorpommern (+12,0 %) und in Brandenburg (+11,0 %), den höchsten Rückgang in Hessen (-5,4 %). In Niedersachsen lag der Anteil des Primärsektors an der gesamten BWS unverändert bei 1,8 % (bundesweit: 1,0 %).

Im niedersächsischen Produzierenden Gewerbe blieb 2012 die BWS mit knapp 66 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr real fast unverändert (+ 0,1 %). In Deutschland sank die BWS 2012 im Sekundärsektor um -1,0 % gegenüber 2011 auf 722 Mrd. Euro. Niedersachsen steuerte damit 9,1 % der gesamten BWS des Industriesektors in Deutschland bei und blieb nach Nordrhein-Westfalen (20,9 %), Bayern (19,5 %) und Baden-Württemberg (18,8 %) das Land mit dem viertgrößten Industriesektor. Fast jeder dritte Euro an BWS in Niedersachsen (32,1 %) wurde 2012 im Produzierenden Gewerbe erwirtschaftet. Im Bundesdurchschnitt lag dieser Anteil bei 30,5 %.

Die niedersächsischen dienstleistenden Wirtschaftsbereiche trugen im Jahr 2012 zu zwei Drittel zur gesamten niedersächsischen BWS bei (66,1 %). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die BWS im Tertiärsektor real um +1,5 % auf 136 Mrd. Euro (Deutschland: +1,5 % auf 1 619 Mrd. Euro). Von 2007 zu 2012 wuchs die BWS im Dienstleistungsbereich in Niedersachsen real mit +7,9 % stärker als der Bundesdurchschnitt mit +5,7 %.

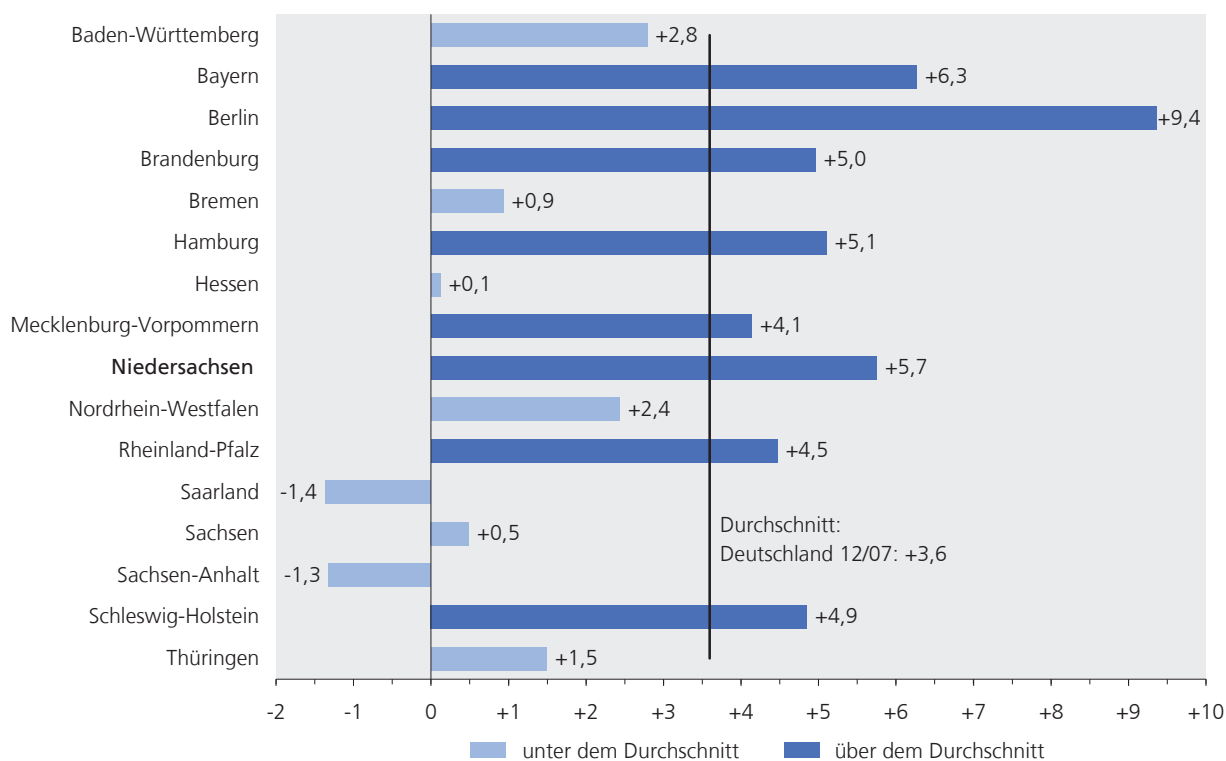
Abnahme bei den Unternehmensinsolvenzen

Wie im Vorjahr waren die Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen rückläufig. Im Vergleich zu 2011 ging ihre Zahl um -6,4 % auf 2 314 zurück (Tab. 23). Bundesweit betrug der Rückgang -6,0 %. Nur in Thüringen (+7,7 %), Hamburg (+4,8 %) und Schleswig-Holstein (+3,5 %) nahmen 2012 die Unternehmensinsolvenzen zu. Auch mittelfristig sanken die Insolvenzzahlen in Niedersachsen von 2007 bis 2012 um -7,7 % (bundesweit: -3,0 %).

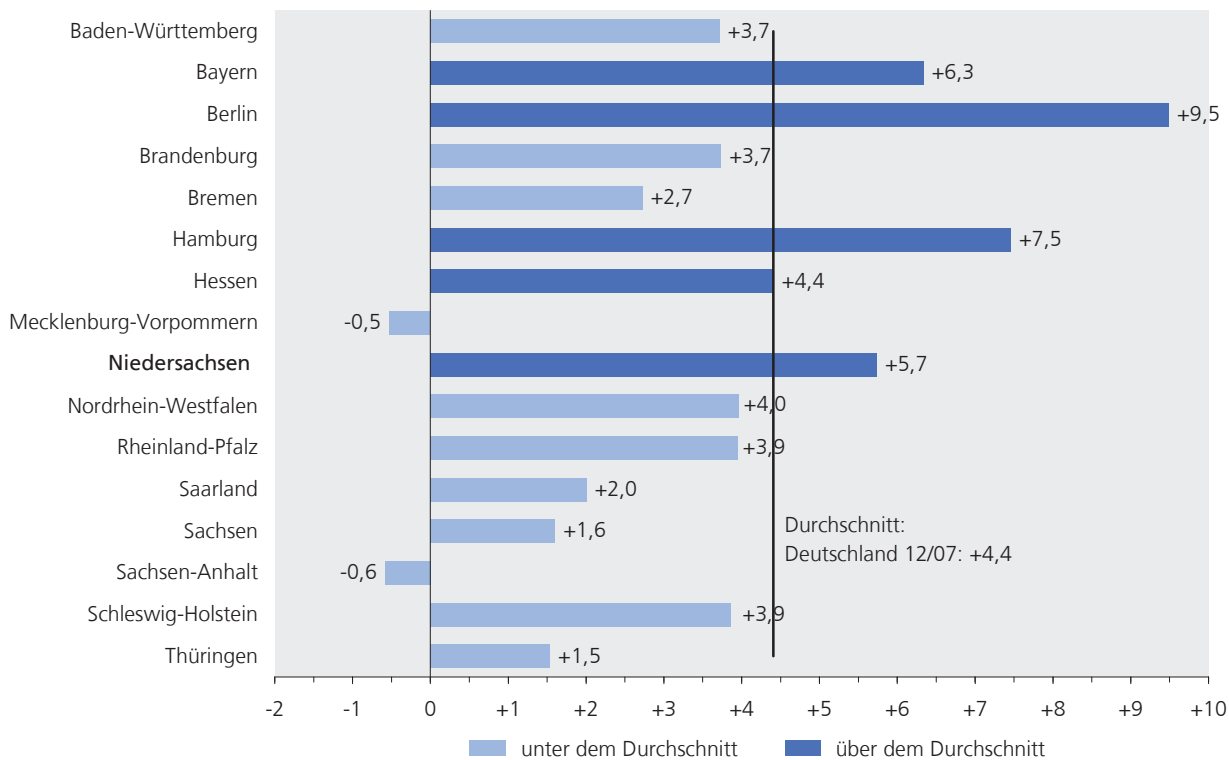
Mehr kleinere und mittlere Unternehmen – Anteil am Gesamtumsatz aber geschrumpft

Die von den umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Niedersachsen im Jahr 2011 erwirtschafteten Lieferungen und Leistungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um +11,1 % auf 506 Mrd. Euro (Tab. 25). Daran hatten die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU mit weniger als 50 Mio. Euro Jahresumsatz) einen Anteil von 38,7 % (Bundesebene: 36,8 %). Gegenüber dem Anteil im Vorjahr (40,5 %; Bund: 37,8 %) war die Bedeutung der KMU damit geschrumpft, obwohl 2011 deren Anzahl auf 270 749 (Tab. 24) um +1,5 % (Bund: +1,6 %) gegenüber 2010 anstieg. Der

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2007 bis 2012 in Prozent

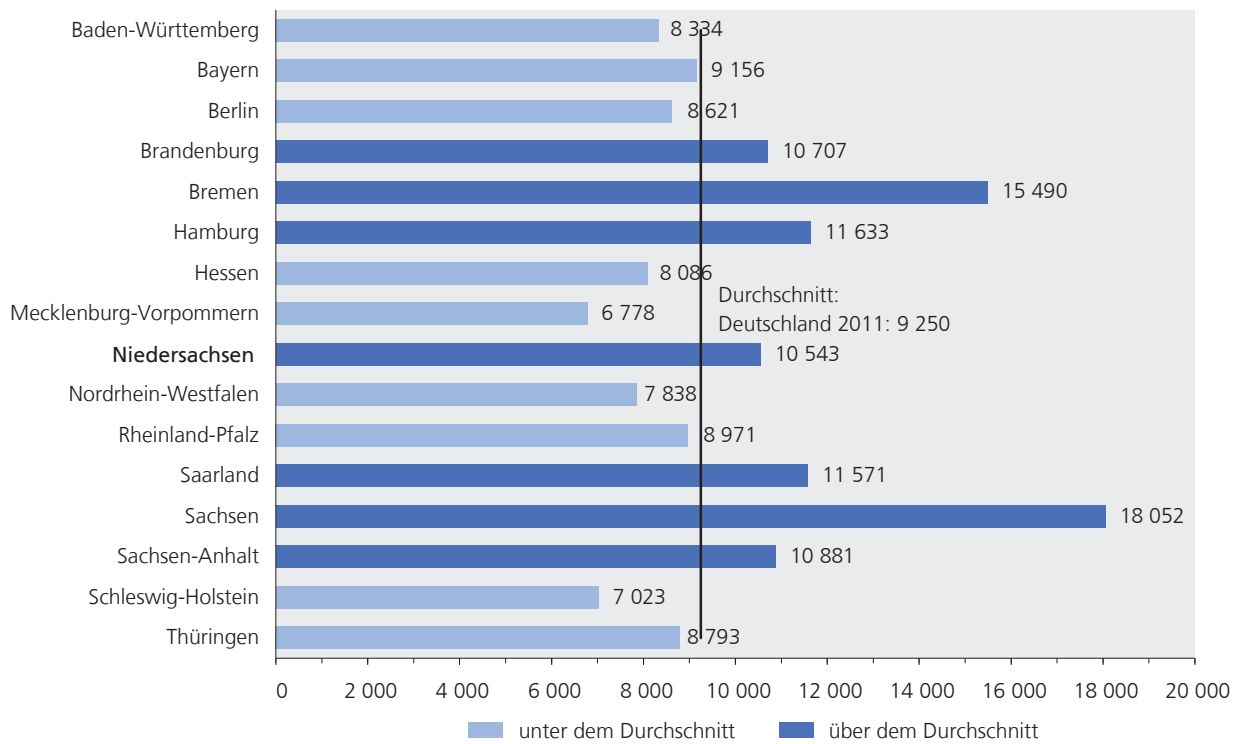


Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2007 bis 2012 in Prozent

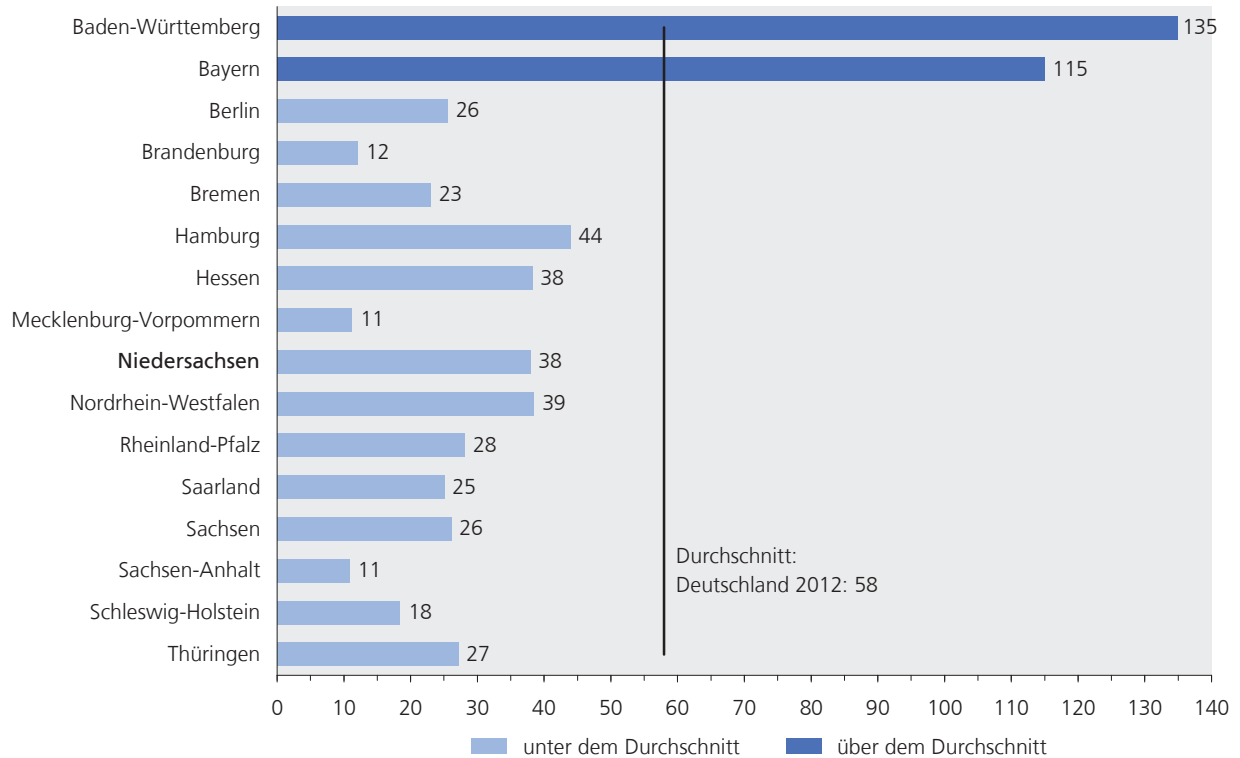


Investitionen je tätiger Person 2011 in Euro

- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2012



Anteil der KMU an den Unternehmen insgesamt betrug 99,6 %, bundesweit 99,7 %.

Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe weiter positiv

Die Unternehmen im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden erzielten 2012 einen Gesamtumsatz von 195 Mrd. Euro und damit +1,7 % mehr als im Vorjahr (Tab. 26). Bundesweit erreichte der Gesamtumsatz eine Größenordnung von knapp 1,8 Billionen Euro (+0,3 %). Umgerechnet auf jeden Beschäftigten lag der Umsatz in Niedersachsen 2012 bei rund 379 000 Euro, das waren 85 000 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt.

Der Gesamtumsatz im niedersächsischen Bauhauptgewerbe belief sich 2012 auf 10,5 Mrd. Euro und stieg im Vergleich zu 2011 um +1,4 % (Tab. 27). Die bundesdeutsche Zunahme von +0,4 % auf knapp 94 Mrd. Euro fiel niedriger aus.

Erstmals über 40 Millionen Übernachtungen

Auch das Jahr 2012 brachte den niedersächsischen Beherbergungsbetrieben und den Campingplätzen eine Zunahme bei den gebuchten Übernachtungen. Erstmals wurde dabei die 40-Millionenmarke überschritten. Gegenüber 2011 war dies ein Plus von +1,7 % (Tab. 28). Hamburg (+11,6 %) und Berlin (+11,4 %) konnten zweistellige Zuwachsraten erzielen, was die steigende Bedeutung des Städtetourismus unterstreicht. Der Gästeteil aus dem Ausland lag in Niedersachsen 2012 bei 8,8 %. Besonders hohe Anteile hatten Berlin (42,5 %), Rheinland-Pfalz (25,2 %) und Hamburg (22,5 %). Insgesamt verbuchte Deutschland 2012 rund 407,3 Mio. Übernachtungen, das waren 3,6 % mehr als im Jahr zuvor.

Verfügbares Einkommen stieg 2011 an

Das verfügbare Einkommen je Einwohner in Niedersachsen erreichte 2011 eine Höhe von 18 972 Euro, das waren +3,3 % mehr als 2010 (Tab. 29). Im Bundesdurchschnitt stieg das verfügbare Einkommen um +3,2 % – damit hatte jeder Einwohner rechnerisch ca. 1 000 Euro mehr im Jahr zur Verfügung als in Niedersachsen.

Bruttoverdienste leicht gestiegen – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern gesunken

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der niedersächsischen Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe

und im Dienstleistungsbereich lag 2012 bei 42 347 Euro und damit um +0,8 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (Tab. 30). Bundesweit erhöhten sich die Bruttoverdienste bei einem Plus von 2,4 % auf durchschnittlich knapp 45 000 Euro.

Weiterhin sind in Deutschland die Bruttoverdienste von Frauen niedriger als die der Männer. Der Abstand wird jedoch langsam geringer. Das zeigt sowohl der Vergleich der Bruttojahresverdienste bei Vollzeitbeschäftigten (mit Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Boni) als auch der Verdienstabstand von Frauen und Männern in Voll- und Teilzeitarbeit – dem Gender Pay Gap. Dieser ist definiert als prozentualer Unterschied zwischen dem Bruttostundenverdienst der Frauen und dem der Männer ohne Sonderzahlungen. Er wird hier unbereinigt dargestellt. Für den aufwendig zu berechnenden bereinigten Gender Pay Gap, der strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern wie bezüglich der Leistungsgruppe, Dienstalter und Qualifikation berücksichtigt, liegen aktuelle Daten nicht vor.

2012 betrug der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 81,6 % des Verdienstes der Männer (2007: 79,7 %), bundesweit waren es 79,5 % (2007: 78,9 %).

Der unbereinigte Gender Pay Gap der Frauen betrug 2012 in Niedersachsen 20 %, fünf Jahre zuvor waren es noch 24 % (2011: 22 %). In Westdeutschland wurde nur in Schleswig-Holstein (18 %) ein geringerer Abstand verzeichnet. In Ostdeutschland war er mit 8 % einstellig, aber steigend (2007: 6 %). Weitere Erläuterungen befinden sich im Kapitel „Gleichstellung von Frauen und Männern“.

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe um ein Viertel gestiegen

Die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sind 2011 deutlich um über ein Viertel gestiegen. Im Vergleich zu 2010 erhöhten sich die Bruttoausgaben um +26,6 % auf knapp 5,3 Mrd. Euro (Tab. 31), bundesweit betrug die Steigerungsrate +17,5 %. In Niedersachsen erreichten die Bruttoausgaben je tätiger Person 10 543 Euro, knapp 1 300 Euro mehr als der bundesdeutsche Mittelwert.

Patentanmeldungen rückläufig

Die niedersächsischen Patentanmeldungen gingen 2012 gegenüber 2011 um -1,1 % auf 2 952 zurück. Auch bundesweit betrug der Rückgang -1,1 % (Tab. 32). Auf Bayern und Baden-Württemberg entfielen 61,3 % aller Anmeldungen. Je 100 000 Einwohner wurden in Niedersachsen 38 Patenteinträge registriert (bundesweit: 58).

Steigerung der Ausfuhr ...

Auch im Jahr 2012 konnte die niedersächsische Wirtschaft den Umfang ihrer Ausfuhr weiter ausbauen. Gegenüber 2011 stieg der Wert der exportierten Güter um +4,4 % auf knapp 78,8 Mrd. Euro (Tab. 33). Auch für Deutschland insgesamt war im gleichen Zeitraum ein Zuwachs zu verzeichnen. Dieser lag bei +3,4 % und erreichte einen Gesamtwert von knapp 1,1 Billionen Euro. Hieran hatte Niedersachsen einen Anteil von 8,8 %. Nordrhein-Westfalen blieb weiterhin das wichtigste Export-Land mit einem Anteil von einem Fünftel an der Gesamtausfuhr (20,2 %). In ähnlichen Größenordnungen trugen Baden-Württemberg (19,6 %) und Bayern (18,4 %) zum deutschen Export bei. Knapp 90 % des Ausfuhrwertes entfielen auf Westdeutschland.

Im mittelfristigen Vergleich konnte die niedersächsische Wirtschaft ihre Ausfuhr von 2007 bis 2012 um +6,9 % steigern. Sie lag damit aber unter der gesamtdeutschen Entwicklung mit einem Zuwachs von +13,7 %. Relativ konnten Hamburg (+75,6 %) und Bremen (+52,0 %) ihre Exporte in diesem Zeitraum am stärksten ausbauen.

... und der Einfuhr

Neben dem Export zeigte 2012 auch der Import von Waren nach Niedersachsen eine positive Entwicklung. Niedersächsische Importeure kauften im Ausland Waren im Wert von knapp 90 Mrd. Euro, dies entsprach einer Zunahme von +7,8 % gegenüber dem Vorjahr (Tab. 34), Deutschland +0,7 %. Nordrhein-Westfalen war auch bei der Einfuhr das wichtigste Land. Auf dieses entfiel 2012 über ein Fünftel der gesamtdeutschen Einfuhr (23,0 %). Jeweils ein Sechstel trugen Bayern (16,7 %) und Baden Württemberg (16,1 %) bei. Niedersachsens Anteil lag bei einem Zehntel (10,1 %).

Auch im mittelfristigen Vergleich zeigte sich die Einfuhrentwicklung in Niedersachsen überdurchschnittlich. Von 2007 bis 2012 stieg die Einfuhr nach Niedersachsen um ein Drittel (+32,7 %), während sie im Bundesdurchschnitt um +18,2 % anstieg. Besonders ostdeutsche Länder konnten relativ hohe Zuwachsraten vermelden. Der Import in Brandenburg wuchs in dem Fünfjahreszeitraum um +65,4 %, Sachsen-Anhalt legte um +43,8 % und Sachsen um +31,2 % zu.

Anhaltende Investitionsfreudigkeit im Ausland

Auch 2011 war eine Zunahme des Investitionsvolumens von niedersächsischen Unternehmen im Ausland festzustel-

len. Insgesamt wurde ein Investitionsvolumen von knapp 76,4 Mrd. Euro im Ausland erreicht. Dies entsprach einer Wertzunahme von +14,0 % gegenüber 2010 (Tab. 35). Der gesamtdeutsche Bestand an Auslandsinvestitionen belief sich auf rund 1,1 Billionen Euro (+7,5 % gegenüber 2010). Davon entfiel auf Nordrhein-Westfalen ein Anteil von 28,0 %, gefolgt von Bayern (22,1 %) und Baden-Württemberg (16,5 %). Niedersachsens Anteil betrug 7,0 %. Auch bei diesem Merkmal sind die westdeutschen Unternehmen dominierend. Sie trugen zu 97,5 % zu den Auslandsinvestitionen bei.

Im Fünfjahreszeitraum von 2006 bis 2011 erhöhten niedersächsische Unternehmen ihre Auslandsinvestitionen um +56,7 %. Der Bundesdurchschnitt lag mit +46,6 % um rund 10 Prozentpunkte darunter. Die Investitionen der Unternehmen in den ostdeutschen Ländern stiegen besonders stark an – um +179 %.

Investitionen aus dem Ausland mit Zuwachs

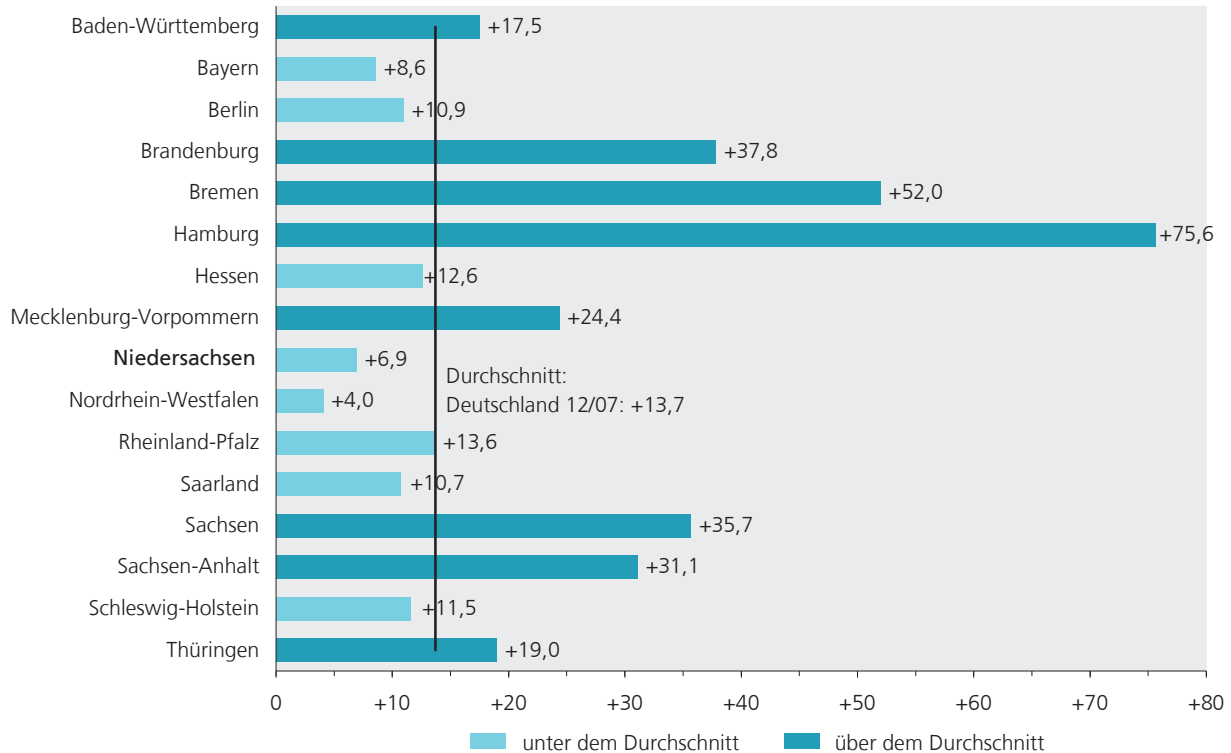
Die Investitionen von ausländischen Unternehmen in Niedersachsen sind 2011 um +14,9 % gegenüber 2010 auf einen Umfang von 31,1 Mrd. Euro gestiegen (Tab. 36). In Deutschland insgesamt betrug der Anstieg im selben Zeitraum über ein Fünftel (+22,2 %) auf 741 Mrd. Euro. Mit 201 Mrd. Euro in Nordrhein-Westfalen entfiel davon mit 27,1 % der größte Anteil. Es folgten Bayern (16,8 %), Hessen (16,1 %) und Baden-Württemberg (13,3 %). Niedersachsen wies einen Anteil von 4,2 % auf.

Mittelfristig zeigte sich in Niedersachsen eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Zunahme des Investitionsvolumens aus dem Ausland: Von 2006 bis 2011 stiegen die Direktinvestitionen aus dem Ausland in Niedersachsen um +71,7 %, im Bundesdurchschnitt um +22,2 %.

Zunahme beim Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe

Der vom niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden im Ausland generierte Umsatz wuchs wie im Vorjahr auch im Jahr 2012. Der Umsatz konnte um +2,6 % auf knapp 87,1 Mrd. Euro gesteigert werden (Tab. 37). Deutschlandweit wurde ein Umsatz von 789 Mrd. Euro erwirtschaftet, ein Plus von 1,7 % im Vergleich zu 2011. Beim Blick auf die Entwicklung der letzten fünf Jahre (2007 bis 2012) zeigt sich für Niedersachsen mit einem Zuwachs um +16,9 % eine höhere Zuwachsrate als im Bundesdurchschnitt (+11,1 %).

Veränderung der Zahl der Ausfahrten 2007 bis 2012 in Prozent



Knapp die Hälfte des im Verarbeitenden Gewerbe erzielten Umsatzes wurde im Ausland erwirtschaftet. In Niedersachsen lag der Anteil im Jahr 2012 bei 44,6 % und entsprach damit dem Bundesdurchschnitt von 44,9 %. Über die Hälfte des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe konnten folgende Länder im Ausland erzielen: Berlin und Bremen (jeweils 52,8 %), Rheinland-Pfalz (51,9 %), Bayern (51,3 %), Baden-Württemberg (51,2 %) und Hessen (50,2 %).

Wanderungssaldo bundesweit positiv

In sämtlichen Ländern war im Jahr 2012 ein positiver Wanderungssaldo festzustellen (Tab. 38). Gegenüber 2011 kamen mehr Personen aus dem Ausland in die jeweiligen Länder, als von dort ins Ausland wegzogen. In Niedersachsen lag die Zunahme des Saldos bei +3 850 Menschen. Den höchsten Zuwachssaldo wies Baden-Württemberg mit +23 522 Personen auf. Danach folgen Nordrhein-

Westfalen (+16 677) und Bayern (+15 398). Der geringste Saldo war im Saarland mit +618 festzustellen.

Im mittelfristigen Vergleich von 2007 bis 2012 zeigt sich ebenfalls in allen Ländern ein positiver Wanderungssaldo. Für Niedersachsen errechnet sich ein Plus von 15 793 Personen. Bayern hatte mit +68 610 den höchsten positiven Wanderungssaldo, während dieser in Mecklenburg-Vorpommern mit +2 869 am geringsten ausfiel.

Durch die Messzahl „Wanderungen je 1 000 Einwohner“ kann die Wanderungsintensität dargestellt werden. Diese lag im Jahr 2012 in Niedersachsen bei +3,5. Auf Bundesebene errechnete sich ein Wert von +4,6. Relativ deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen die Stadtstaaten Berlin (+8,7), Bremen (+6,9) und Hamburg (+6,6). Bei den Flächenländern rangierten Baden-Württemberg und Bayern (beide +6,1) sowie Hessen (+5,6) vorn. Die geringste Intensität war in Brandenburg und Sachsen-Anhalt festzustellen (jeweils +1,8).

Darstellungsweise der Kern- und Extrahaushalte

Seit dem Ende der 1980er Jahre verlagern Bund, Länder und Kommunen zunehmend Teile ihres Wirkungskreises in ausgegliederte Einheiten, die in der amtlichen Statistik als öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (kurz FEU) bezeichnet werden. Beispiele hierfür können kommunale Entsorgungsbetriebe in einer privaten Rechtsform, IT-Dienstleister als Landesbetriebe oder auch Fonds wie die Klosterkammer in Niedersachsen sein. Diese Einheiten wurden schon seit den 1990er Jahren in das Berichtssystem der öffentlichen Finanzen in der amtlichen Statistik einbezogen, sofern sie mehrheitlich von der öffentlichen Hand kontrolliert werden und der Hauptsitz in Deutschland liegt. Eine Teilmenge der FEU stellen die *Extrahaushalte* dar. Extrahaushalte sind FEU, die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Das ist immer dann der Fall, wenn diese Einheiten zu mehr als 50 % durch die öffentliche Hand alimentiert werden. Finanziert sich die Einheit zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u.ä., wie beispielsweise ein kommunales Versorgungsunternehmen, handelt es sich um einen sogenannten Marktproduzenten und damit um keinen Extrahaushalt.

Die unmittelbaren Haushalte des Bundes und der Länder, der Kommunen sowie der Sozialversicherungen werden als *Kernhaushalte* bezeichnet. Kern- und Extrahaushalte bilden zusammen den *öffentlichen Gesamthaushalt*, der für das Land Niedersachsen und seine Kommunen in den Tabellen 39 bis 45 dargestellt ist.

Gesamteinnahmen und Steuereinnahmen gestiegen

In allen Ländern bis auf Sachsen-Anhalt konnten im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr steigende Gesamteinnahmen (Tab. 39) registriert werden. In Niedersachsen fiel der Zuwachs der bereinigten Einnahmen mit +6,6 % gegenüber +2,9 % im Bundesdurchschnitt sogar überdurchschnittlich hoch aus. Pro Kopf gerechnet konnten die Kern- und Extrahaushalte des Landes und der Kommunen über Einnahmen in Höhe von 4 989 Euro verfügen. Die Spannweite der Zuwächse gegenüber dem Vorjahr reichte von +8,9 % (Rheinland-Pfalz) bis -2,1 % (Sachsen-Anhalt).

Die Steuereinnahmen (Tab. 40) entwickelten sich in Niedersachsen im vergangenen Jahr ebenfalls positiv. So belegte das Land beim Zuwachs gegenüber 2011 mit +10,8 % den Spitzenplatz in Deutschland (Bundesdurchschnitt +6,3 %). Das Land und die Gemeinden konnten pro Kopf gerechnet über Steuereinnahmen in Höhe von 3 398 Euro verfügen. Spitzenreiter ist hier Hamburg (5 178 Euro pro Kopf),

gefolgt von Baden-Württemberg (4 001 Euro) und Hessen (3 956 Euro). Die geringsten Steuereinnahmen wurden in Mecklenburg-Vorpommern mit 2 918 Euro pro Kopf verzeichnet.

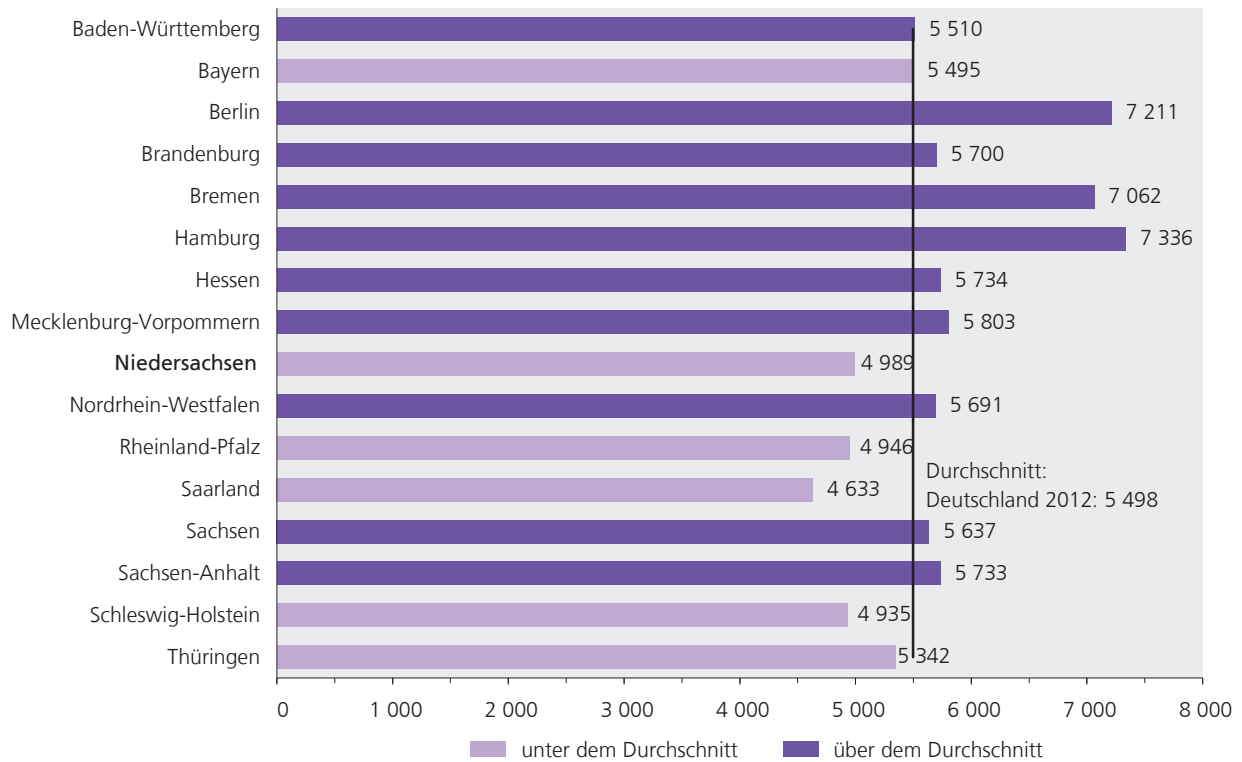
Gesamtausgaben nahezu konstant, Finanzierungsdefizit stark rückläufig

In den meisten Ländern wuchsen im Jahr 2012 die Gesamtausgaben moderat, im Bundesdurchschnitt um +1,5 % (Tab. 41). In Niedersachsen stiegen die Ausgaben von Land und Gemeinden um +0,4 % auf einen Betrag von 5 008 Euro je Einwohner. Die Ausgaben betragen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt gerechnet 16,9 % und lagen damit nahe am Bundesdurchschnitt von 17,0 %. Ein signifikantes Ausgabenwachstum ergab sich in Hamburg (+6,3 %) und Berlin (+3,6 %). Die Ausgaben der Stadtstaaten pro Kopf lagen damit weiterhin deutlich über denen der Flächenländer. Der Bundesdurchschnitt belief sich im Jahr 2012 auf 5 598 Euro pro Kopf, in Bremen wurden 7 945 Euro, in Hamburg 7 938 Euro und in Berlin 7 202 Euro verzeichnet. Erst mit deutlichem Abstand folgt Hessen mit 6 336 Euro. Drei Länder, nämlich Sachsen-Anhalt (-3,6 %), Bremen (-3,3 %) und Thüringen (-2,4 %) konnten die Gesamtausgaben im Jahr 2012 reduzieren. Augenfällig ist eine Differenz zwischen West- und Ostdeutschland in Bezug auf den Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Beträgt dieser Quotient im Westen 16,2 %, liegt er in den östlichen Ländern bei 23,3 %.

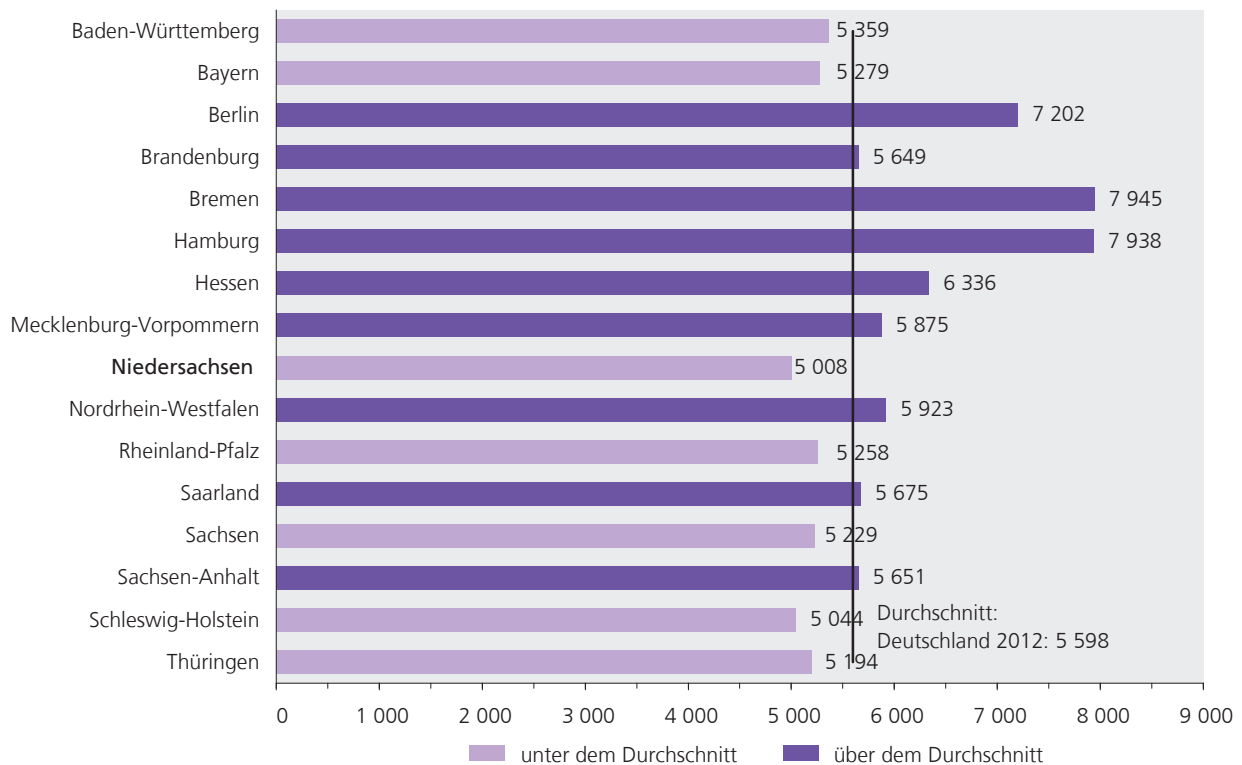
Die Personalausgaben (Tab. 42) stiegen in Niedersachsen um +2,5 % auf 16 394 Mio. Euro oder 2 106 Euro pro Einwohner. Bundesweit waren es 2 178 Euro pro Kopf. Aus Tabelle 42 wird deutlich, dass analog zu den Ausgaben insgesamt die Stadtstaaten im Ländervergleich die höchsten Personalausgaben pro Kopf hatten (Bremen 2 967 Euro, Hamburg 2 740 Euro, Berlin 2 457 Euro); unter den Flächenländern verzeichnete Hessen die höchsten Ausgaben (2 369 Euro).

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Gesamthaushalte des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen konnte 2012 deutlich reduziert werden (Tab. 44). Ergab sich 2011 noch ein Finanzierungssaldo von -2 409 Mio. Euro (-309 Euro pro Kopf), belief sich dieser 2012 auf -149 Mio. Euro oder -19 Euro pro Kopf. Im Bundesdurchschnitt erzielten die öffentlichen Gesamthaushalte ein Pro-Kopf-Defizit von -99 Euro. In allen ostdeutschen Ländern sowie in Bayern und Baden-Württemberg konnten Überschüsse erwirtschaftet werden; die höchsten im Pro-Kopf-Vergleich von Sachsen (+ 408 Euro), Bayern (+216 Euro) und Baden-Württemberg (+151 Euro). Es ergab sich insgesamt ein Gefälle von Ost- nach Westdeutschland.

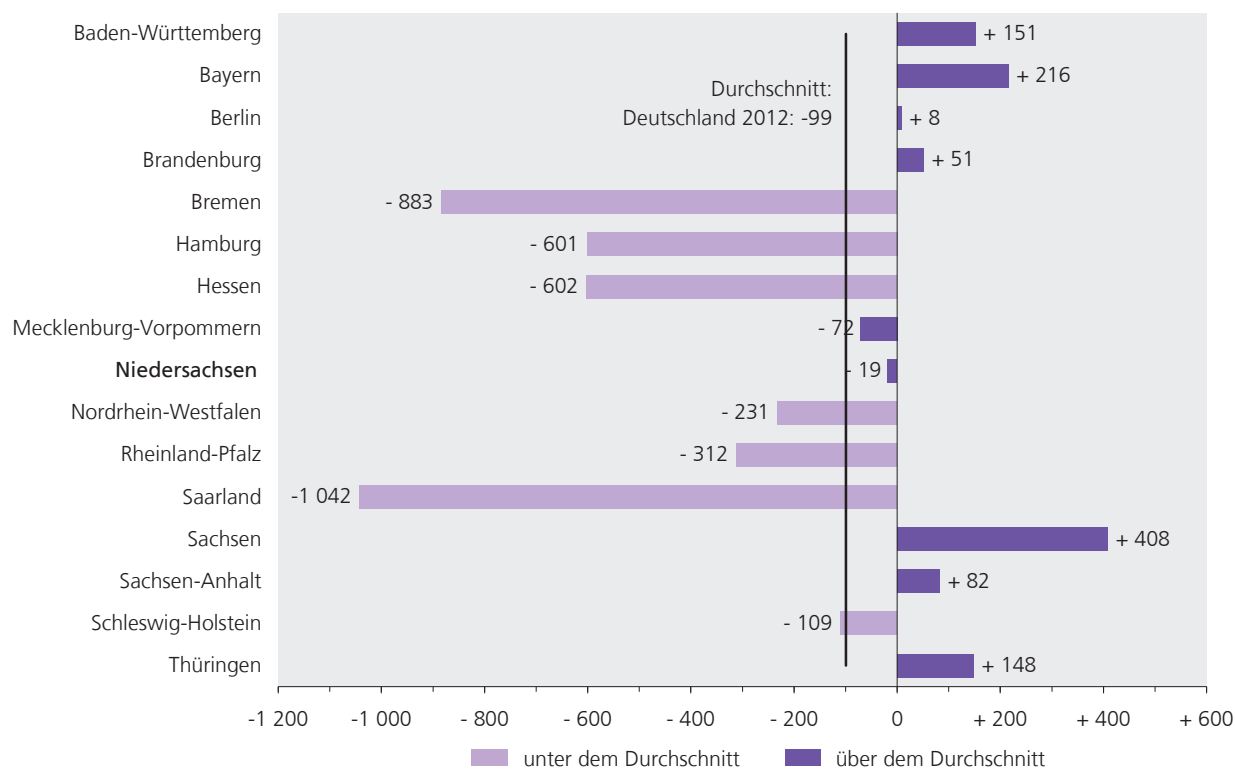
Gesamteinnahmen der Länder und Kommunen je Einwohner 2012 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Gesamtausgaben der Länder und Kommunen je Einwohner 2012 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohner 2012 in Euro - Kernhaushalte und Extrahaushalte -



Hohe Finanzierungsdefizite – pro Kopf gerechnet – ergaben sich vor allem im Saarland (-1 042 Euro), Bremen (-883 Euro) sowie Hessen (-602 Euro) und Hamburg (-601 Euro).

Öffentliche Verschuldung in Niedersachsen um -1,2 % gesunken, Zinsausgaben rückläufig

Die Schulden des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich sanken 2012 um -1,2 % auf 68 604 Mio. Euro (Tab. 45). Während wiederum die ostdeutschen Länder Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Hamburg und Bayern ihre Schulden moderat reduzieren konnten, wuchsen sie vor allem in Nordrhein-Westfalen (+13,2 %), Hessen (+6,2 %) und dem Saarland (+ 5,5 %) an. Mit einer Verschuldung pro Kopf von 8 813 Euro lag Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt von 9 703 Euro. Die mit deutlichem Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung war wie im Vorjahr in Bremen zu verzeichnen (30 155 Euro); danach folgten Berlin (18 213 Euro) und das Saarland (16 077 Euro).

Die Kreditfinanzierungsquote – als Quotient der Differenz der Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung und der Gesamtausgaben – betrug in Niedersachsen nunmehr -1,8 %. Die mit Abstand höchsten Kreditfinanzierungsquoten wurden für Nordrhein-Westfalen (+24,6 %), Bremen (+16,2 %) und das Saarland (+15,9 %) berechnet. Bundesweit betrug dieser Wert +6,0 %.

Spiegelbildlich zu den Schuldenständen verhielt es sich zu den Zinsausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte (Tab. 43). In Niedersachsen waren 2012 die Zinsausgaben mit -4,4 % gegenüber 2011 rückläufig. Sie beliefen sich auf insgesamt 2 286 Mio. Euro oder 294 € je Einwohner. Während in den meisten Ländern 2012 geringere Zinsausgaben getätigt wurden als im Vorjahr, fiel vor allem der Anstieg in Nordrhein-Westfalen mit +18,2 % im Vergleich sehr hoch aus. Zuwächse verzeichneten außerdem noch Hessen (+1,1 %) und das Saarland (+0,9 %).

Die höchsten Zinszahlungen pro Kopf wurden für Bremen (958 Euro), Berlin (626 Euro) und das Saarland (593 Euro) berechnet. Die geringsten Zinsausgaben je Einwohner wurden für Sachsen (110 Euro) und Bayern (126 Euro) registriert.

Weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher

Im Jahr 2011 verließen in Niedersachsen 5 085 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 47). Gegenüber dem Vorjahr waren dies 133 junge Menschen weniger (-2,5 %). Damit setzt sich ein seit einigen Jahren zu beobachtender Trend fort: Seit 2006 ist die Zahl der sogenannten Schulabbrecher in Niedersachsen um -34,4 % gesunken. Bundesweit war mit einem durchschnittlichen Rückgang von -35,1 % im Vergleich zum Jahr 2006 eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Insgesamt blieben im Jahr 2011 in Deutschland 49 472 Schulabgängerinnen und Schulabgänger an allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. Im Vergleich zu den anderen Ländern lag Niedersachsen hinsichtlich der mittelfristigen Entwicklung im guten Mittelfeld. Die Spanne reichte von -16,9 % in Bremen bis hin zu -60,3 % in Brandenburg. Bemerkenswert sind insbesondere die Rückgänge in den ostdeutschen Flächenländern, aus denen sich gegenüber 2006 zum Teil mehr als eine Halbierung der Zahl der Abgängerinnen und Abgänger ohne Abschluss ergab.

Die „Schulabbrecherquote“ setzt die Zahlen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ins Verhältnis zur in etwa gleichaltrigen Bevölkerung. Demografische Veränderungen können dadurch berücksichtigt werden, und es sind zudem Vergleiche im Zeitverlauf und zwischen den Ländern möglich. In Niedersachsen lag die Quote mit zuletzt 5,8 % um 0,4 Prozentpunkte unter dem Deutschlandwert. Geringer als in Niedersachsen war der Anteil der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher im Ländervergleich 2011 in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und im Saarland. Bezogen auf die ungefähr gleichaltrige Bevölkerung relativiert sich die positive Entwicklung in Ostdeutschland ein wenig: Überdurchschnittliche Schulabbrecherquoten wiesen neben Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen alle ostdeutschen Länder auf. Immerhin sind auch dort die Quoten im Vergleich zu 2006 überwiegend gesunken (Ausnahmen: Berlin, Sachsen-Anhalt). Niedersachsen verzeichnete mittelfristig einen Rückgang der Schulabbrecherquote um -2,4 Prozentpunkte und lag damit unter den Ländern im oberen Drittel der positiven Entwicklung.

Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger rückläufig

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ fasst Personen zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind (Tab. 48). Zu den „frühen Schulabgängern“ zählten 2012 unter den 18- bis

unter 25-Jährigen in Niedersachsen 11,8 %. Die Quote lag damit zwar weiterhin über dem Bundesdurchschnitt von 10,4 % (2011: 11,6 %). Sie sank jedoch gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich um -2,3 Prozentpunkte. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt verringerte sich somit auf +1,4 Prozentpunkte, 2011 betrug er noch +2,5 Prozentpunkte. Nur in Mecklenburg-Vorpommern stieg die Quote an um +1,1 Prozentpunkte auf 11,0 %, und in Sachsen blieb sie gegenüber 2011 unverändert bei 7,7 %. In allen anderen Ländern gab es 2012 anteilig an der gleichaltrigen Bevölkerung weniger Schulabgängerinnen und -abgänger, die ohne Berufsausbildung waren oder eine solche zu diesem Zeitpunkt nicht wahrgenommen haben. Im bundesdeutschen Durchschnitt waren die jungen Männer mit 11,0 % eher betroffen als die Frauen mit 9,7 % im gleichen Alter. In Niedersachsen waren es bei den Frauen 10,0 % und bei den Männern 13,5 %. Diese Differenz, die hier 3,5 Prozentpunkte betrug, war nur in Berlin mit 4,4 Prozentpunkten höher, wo 10,8 % der Frauen und 15,2 % der Männer als frühe Schulabgängerinnen und -abgänger bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung gezählt wurden.

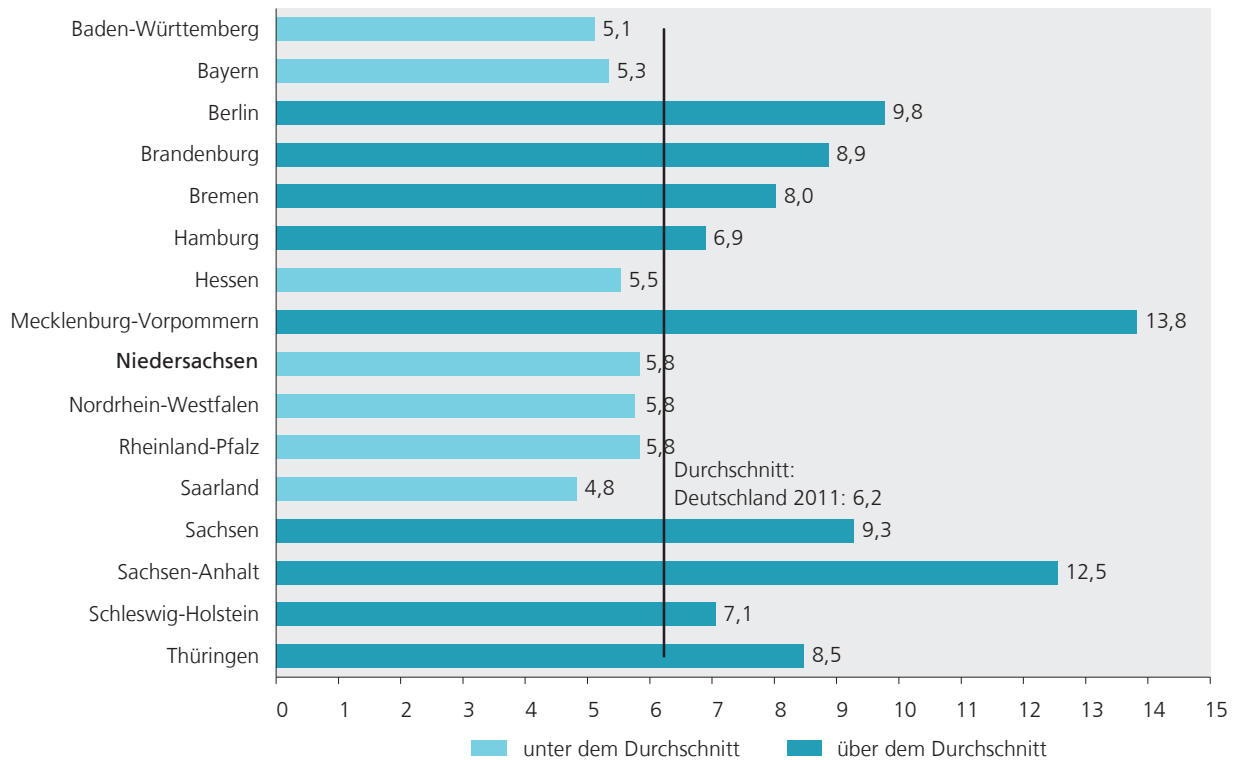
Abiturientenquote infolge des doppelten Abiturjahrgangs in Niedersachsen am höchsten

Im Jahr 2011 erlangten 47 885 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die Hochschulreife (Tab. 49). Bundesweit wurden damit 13,3 % aller Abiturzeugnisse in Niedersachsen ausgestellt. Das absolute Plus von 17 368 gegenüber dem Vorjahr geht auf zwei Jahrgänge zurück, die infolge der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf zwölf Schuljahre zum Abitur angetreten sind.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche werden Abiturientenquoten berechnet. Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten wird dabei in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung gesetzt. Bei Abitur nach zwölf Jahren wird der Durchschnitt der 18- bis unter 20-Jährigen, bei Abitur nach 13 Jahren der Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen genommen.

In Niedersachsen ist die Abiturientenquote im Jahr 2011 infolge des doppelten Abiturjahrgangs kräftig angestiegen. Mit einer Quote von 51,3 % war Niedersachsen mit Bayern (50,1 %) auf einem Niveau, das 2011 als einziges anderes Land mit einem doppelten Abiturjahrgang uneingeschränkt für einen Vergleich tauglich war. Gemessen an der Abiturientenquote des Jahres 2006 hat Bayern mit +27,9 Prozentpunkten allerdings etwas stärker zulegen können als Niedersachsen (+23,5 Prozentpunkte).

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss 2011 - Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent



Bundesweit lag die Abiturientenquote bei 40,7 %. Die höchsten Werte wurden ohne doppelten Abiturjahrgang in Bremen (44,1 %) und Hamburg (44,6 %) erreicht. Diese beiden Länder erzielten im Vergleich zum Jahr 2006 mit +8,7 bzw. +9,4 Prozentpunkten auch die bundesweit größte Steigerung.

Da es erklärtes bildungspolitisches Ziel ist, möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen, rücken Abschlüsse seit einiger Zeit stärker in den Fokus, die – wenn auch zum Teil fachlich eingeschränkt – zu einem Studium berechtigen. Zu nennen ist hier insbesondere die Fachhochschulreife. Bezieht man Absolventinnen und Absolventen mit solchen Abschlüssen mit in die Berechnung des Anteils der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung ein, ergibt sich die sogenannte Studienberechtigtenquote (Tab. 49). Für 2011 war diese aufgrund des doppelten Abiturjahrganges für Bayern und Niedersachsen ebenfalls nicht mit denen der anderen Länder vergleichbar. Bundesweit ergibt sich im Vergleich zur Abiturientenquote ein nur leicht verändertes

Bild: Das Saarland und Nordrhein-Westfalen waren die Länder, die durch einen hohen Anteil von Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife eine im Gegensatz zu ihrer Abiturientenquote hohe Studienberechtigtenquote erlangten. Anders sah es in den Stadtstaaten Berlin und Bremen aus. Sie konnten mit den Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife ihre Studienberechtigtenquoten nur unterproportional steigern, sodass die Quoten unterdurchschnittlich ausfielen.

In Niedersachsen hatten zwei Drittel (68,0 %) der Bevölkerung im Alter von 17 bis unter 20 Jahren die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Bayern hatte mit 64,5 % einen ähnlich hohen Wert. Unter den Ländern ohne doppelten Abiturjahrgang war der Anteil in Nordrhein-Westfalen mit 58,5 % am höchsten. Werte über 50 % hatten außerdem Hamburg (57,2 %), Baden-Württemberg (56,5 %), Hessen (54,8 %), das Saarland (53,3 %) und Bremen (52,5 %). Die niedrigste Quote wies mit Abstand Mecklenburg-Vorpommern aus; sie lag hier bei 34,9 %.

Deutlich mehr Studienanfängerinnen und -anfänger infolge des doppelten Abiturjahrgangs

37 404 Frauen und Männer begannen im Jahr 2011, d.h. im Sommersemester 2011 oder dem nachfolgenden Wintersemester, ein Studium in Niedersachsen (Tab. 50). Deutschlandweit waren es insgesamt 518 748 Personen. Im Vergleich zu 2010 stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Niedersachsen um +20,7 %. Bundesweit waren es +16,7 %. Allerdings sind die niedersächsischen ebenso wie die bayerischen Werte davon beeinflusst, dass in diesen Ländern infolge des doppelten Abiturjahrgangs 2011 mehr junge Menschen an die Hochschulen drängten. Unter den Ländern ohne doppelten Abiturjahrgang konnten Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg mit mehr als +10 % die größten Steigerungen verbuchen. Im mittelfristigen Vergleich zu 2006 betrug der Anstieg in Niedersachsen +52,5 %, in fünf Ländern war das Plus noch deutlicher.

Analog zur Abiturientenquote kann auch für die Zahl der Erstmatrikulierten eine Studienanfängerquote berechnet werden. Diese ergibt sich als Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger am Durchschnitt der gleichaltrigen Bevölkerung zwischen 19 und unter 25 Jahren. Die Altersgruppe ist deshalb etwas weiter gewählt, da sich nach der Schule oft erst eine Ausbildung, ein Auslandsjahr, Bundesfreiwilligendienst oder (freiwilliger) Wehrdienst anschließen.

Diese Quote betrug im Jahr 2011 in Niedersachsen 40,5 % und in Deutschland 53,5 %. Niedrigere Quoten gab es nur in Brandenburg mit 38,0 % und in Schleswig-Holstein mit 32,6 %. In den Stadtstaaten liegt die Studienanfängerquote strukturell weitaus höher, da zahlreiche Studienplätze für Einwohner aus anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zu 2010 stieg die Studienanfängerquote in Niedersachsen um +7,0 Prozentpunkte. Trotz des doppelten Abiturjahrganges lag der Zuwachs unter dem Bundesdurchschnitt von +8,2 Prozentpunkten. Von 2006 zu 2011 fiel die Zunahme in Niedersachsen im Ländervergleich ebenfalls unterdurchschnittlich aus (+12,8 %).

In Deutschland studierten im Wintersemester 2011/2012 knapp 2,4 Mio. Menschen. Von diesen waren 161 417, d.h. 6,8 %, an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben (Tab. 51). Der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden lag in Niedersachsen bei 47,6 % und damit sehr nahe am Bundesdurchschnitt (47,3 %). Generell waren die Unterschiede zwischen den Ländern hier sehr gering ausgeprägt. Die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz waren allerdings die einzigen, in denen der Studentinnenanteil die 50-Prozent-Marke überstieg.

Im Vergleich zum Vorjahressemester erhöhte sich die Zahl der Studierenden in Niedersachsen um +7,7 %. Der Zuwachs fiel damit geringfügig höher aus als bundesweit (+7,4 %). Stärker zulegen konnten allein Nordrhein-Westfalen und Bayern mit einem Plus von jeweils gut 11 %. Allerdings gilt es auch hier bei der Beurteilung den doppelten Abiturjahrgang 2011 zu beachten. Auch mittelfristig nahmen die Studierendenzahlen zwischen 2006 und 2011 in Niedersachsen zu. Mit +10,4 % war das Land allerdings ein gutes Stück unter dem Bundesdurchschnitt von +20,3 %.

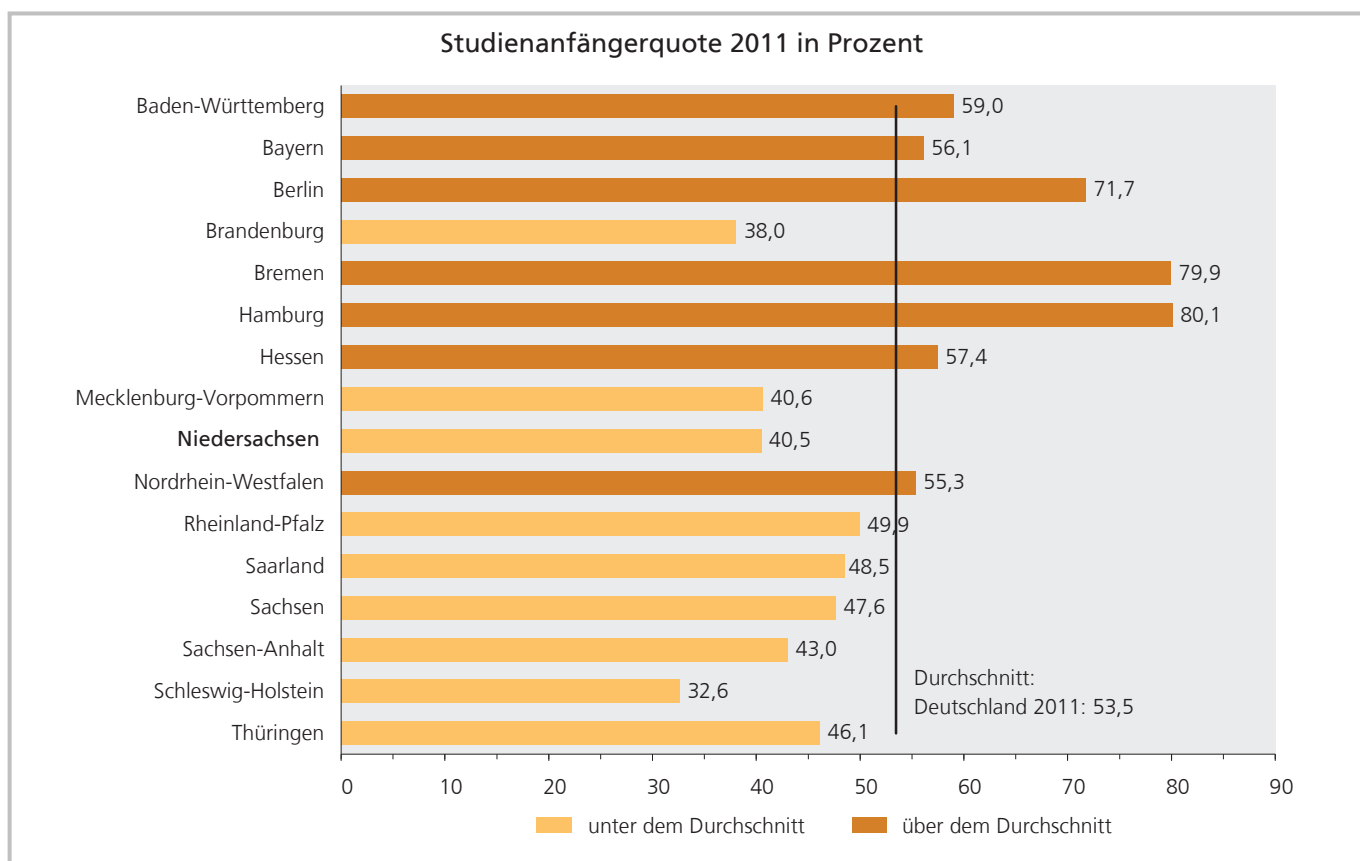
Der Anteil der Bildungsausländer bzw. Bildungsausländerinnen in Niedersachsen war mit 7,2 % unterdurchschnittlich. Diese Gruppe umfasst jene ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben. Im Ländervergleich ergaben sich dabei durchaus deutliche Unterschiede: Mecklenburg-Vorpommern (4,8 %) und Berlin (13,2 %) markierten die Extremwerte des Jahres 2011. Bundesweit ist sowohl kurz- als auch mittelfristig der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zurückgegangen. In Niedersachsen fiel dieser Rückgang mit -0,6 Prozentpunkten (2011 gegenüber 2010) und -2,1 Prozentpunkten (2011 gegenüber 2006) jeweils etwas deutlicher aus als bundesweit (-0,2 und -1,4 Prozentpunkte). Zunahmen waren mittelfristig allein in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu verzeichnen.

Hochschulabsolventenzahlen leicht rückläufig

2011 beendeten 22 682 Studentinnen und Studenten erfolgreich ein Erststudium an einer niedersächsischen Hochschule (Tab. 52). Damit wurden aus Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die meisten Absolventinnen und Absolventen verabschiedet. Gegenüber 2010 betrug die Veränderung in Niedersachsen -0,3 %. Neben Niedersachsen mussten nur Bremen (-17,1 %) und Thüringen (-6,6 %) ebenfalls einen Rückgang hinnehmen. In Deutschland insgesamt hat die Absolventenzahl um +4,2 % auf 307 271 zugenommen, wobei besonders Schleswig-Holstein (+24,1 %), Hamburg (+15,0 %) und das Saarland (+15,1 %) herausragten.

Der Anteil der Frauen unter den Hochschulabsolventen betrug 2011 in Niedersachsen 53,8 % und lag damit auf dem Niveau von 2006 (53,3 %). Bundesweit waren 51,4 % weiblich (2006: 51,6 %).

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2011 in Niedersachsen 2 268 Mal verliehen (Tab. 53). Das entspricht einer Veränderung von +8,8 % gegenüber dem Vorjahr und +11,8 % im Vergleich zu 2006. Auch im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Promotionen kurz- (+5,3 %) und mittelfristig (+11,1 %) zu. Rückgänge im Vergleich zu 2006



waren allein im Saarland und in Schleswig-Holstein zu konstatieren. In Niedersachsen waren 2011 unter den Promovierten 44,5 % weiblich (bundesweit: 44,9 %).

Erneute Zunahme bei Professuren

Die Zahl der Professuren an Niedersachsens Hochschulen ist von 2010 auf 2011 um +2,7 % angestiegen. 2011 gab es 3 483 Professuren im Land (Tab. 54). Von diesen hatten Frauen 846 inne, was einem Anteil von 24,3 % entspricht. Beim Anteil der Professorinnen gehörte Niedersachsen damit im Ländervergleich gemeinsam mit Bremen (23,2 %), Hamburg (24,2 %) und Berlin (30,2 %) in die Spitzengruppe.

In Deutschland lag die Zahl der Professuren 2011 bei insgesamt 42 924, was einer Zunahme von +3,5 % gegenüber 2010 und +13,9 % im Vergleich zu 2006 entsprach. Im Ländervergleich hat sich die Zahl der Professuren mittelfristig mit Ausnahme Bremens und Mecklenburg-Vorpommerns, die leichte Rückgänge aufwiesen, überall nach oben entwickelt: Vor allem Berlin und Baden-Württemberg ragten mit Zuwachsraten von etwa 25 % deutlich heraus. Niedersachsen lag hier im Mittelfeld. Insgesamt hat die Zahl der Professuren in Niedersachsen sowohl gegenüber dem Vorjahr (+2,7 %) als auch im Vergleich zu 2006 (+12,1 %) zugenommen, doch fielen die Steigerungsraten etwas geringer aus als bundesweit.

Bundesweit höchste Ausgaben für Hochschulen je Studierenden – Ausgaben für Kultur sehr gering

In Niedersachsen wurden 2009 gut 2,4 Mrd. Euro für die Hochschulen, d.h. Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen wie Studentenwerke, ausgegeben (Tab. 56). Dies entsprach 17 700 Euro je Student bzw. Studentin und war im Ländervergleich wie schon in den Jahren zuvor Spitze. Der Anteil an sogenannten teuren Fächern (MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik sowie Medizin und Agrarwissenschaften) ist in Niedersachsen traditionell höher als in anderen Ländern. Bezieht man die Ausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), ändert sich das Bild ein wenig: Denn mit einem Anteil von 1,2 % am BIP lag Niedersachsen „nur“ auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts (1,2 %). Die Ausgaben für die Hochschulen sind bundesweit gegenüber 2008 um +4,4 % gestiegen. Niedersachsen war mit +4,5 % im Vergleich mit anderen Ländern im Mittelfeld zu finden. Die extremsten Entwicklungen waren mit +12,2 % in Hamburg und -3,8 % in Hessen festzustellen.

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen hingegen lagen in Niedersachsen mit 74 Euro je Einwohner 2009 deutlich unter dem Durchschnitt (109 Euro). Geringer fielen diese Ausgaben pro Kopf nur in Schleswig-Holstein aus (Tab. 55). Von 2004 bis 2009 haben die Ausgaben in absoluten Beträgen überwiegend zugenommen. Im Vergleich zu +10,4 % in Deutschland fiel die Ausgabenerhöhung in Niedersachsen mit +2,0 % niedrig aus.

Aufkommen an Haushaltsabfällen gestiegen

Zu den Haushaltsabfällen gehören neben Haus- und Sperrmüll auch Bioabfälle und getrennt gesammelte Wertstoffe, wie z. B. Verpackungen, Glas und Papier bzw. Pappe und Karton. 2011 lag die Abfallmenge mit rund 4,0 Mio. Tonnen +2,6 % über dem Vorjahresniveau und der Einwohnerzahl entsprechend an vierter Stelle (Tab. 60). Im Bundesdurchschnitt stieg das Abfallaufkommen um +1,1 % auf 37,2 Mio. Tonnen. Aufgrund des hohen Aufkommens an Bioabfällen und Wertstoffen lag die Gesamtabfallmenge Niedersachsens von 514 kg/Einwohner mit Rheinland-Pfalz (519 kg/Einwohner) an der Spitze der Länder.

Die Spannweite von 183 kg pro Einwohner (Sachsen: 336 kg/Einwohner; Rheinland-Pfalz: 519 kg/Einwohner) basiert mitunter auf unterschiedlich organisierten Sammelsystemen in den Ländern. Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle werden beispielsweise von den Entsorgungsträgern in unterschiedlichem Maße erfasst.

In Niedersachsen wurden dabei die meisten Bioabfälle (153 kg/Einwohner) gesammelt. Bundesweit war es mit 113 kg mehr als ein Viertel weniger. Zum einen sind das Abfälle, die über die Biotonne erfasst werden und zum anderen Garten- und Parkabfälle. Diese werden zumeist kompostiert, in Biogasanlagen aufbereitet oder direkt in der Landwirtschaft eingesetzt.

Die übrigen Wertstoffe wie Altpapier, Altglas, etc. wurden ebenfalls (165 kg/Einwohner) in einer um 10 % größeren Menge als im Bundesdurchschnitt erfasst. Demgegenüber lag das Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) um 2 % unter dem Gesamtmittel.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch gestiegen

Tabelle 61 zeigt die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch. Primärenergieverbrauch beschreibt den Einsatz der ursprünglichen Energieträger – vor der Umwandlung beispielsweise in Strom. Durch Verluste bei der Umwandlung (z.B. in Kraftwerken) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Biomasse) ist in Niedersachsen stetig angestiegen. Im Jahr 2010 wurden 50 286 Mio. kWh verbraucht. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch stieg von 7,9 % (2006) über 11,1 % (2009) auf 12,2 % im Jahr 2010. Für Deutschland lag dieser Wert 2010 bei „nur“ 9,9 %.

Anteil erneuerbarer Energien in der Stromproduktion über Bundesdurchschnitt

In Tabelle 62 geht es – im Gegensatz zum Verbrauch erneuerbarer Energien in Tabelle 61 – um die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Zeitreihe nach Ländern liegt erst seit dem Berichtsjahr 2004 relativ geschlossen vor. Im Stromexportland Niedersachsen wurden im Jahr 2010 rund 16 259 Mio. kWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das entsprach einem Anteil von 21,6 % an der Gesamtstromerzeugung des Landes. Der Anteilswert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,6 %. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien lag nach den vorläufigen Zahlen für das Jahr 2010 nur in Bayern (23 781 Mio. kWh) höher als in Niedersachsen.

Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht gestiegen

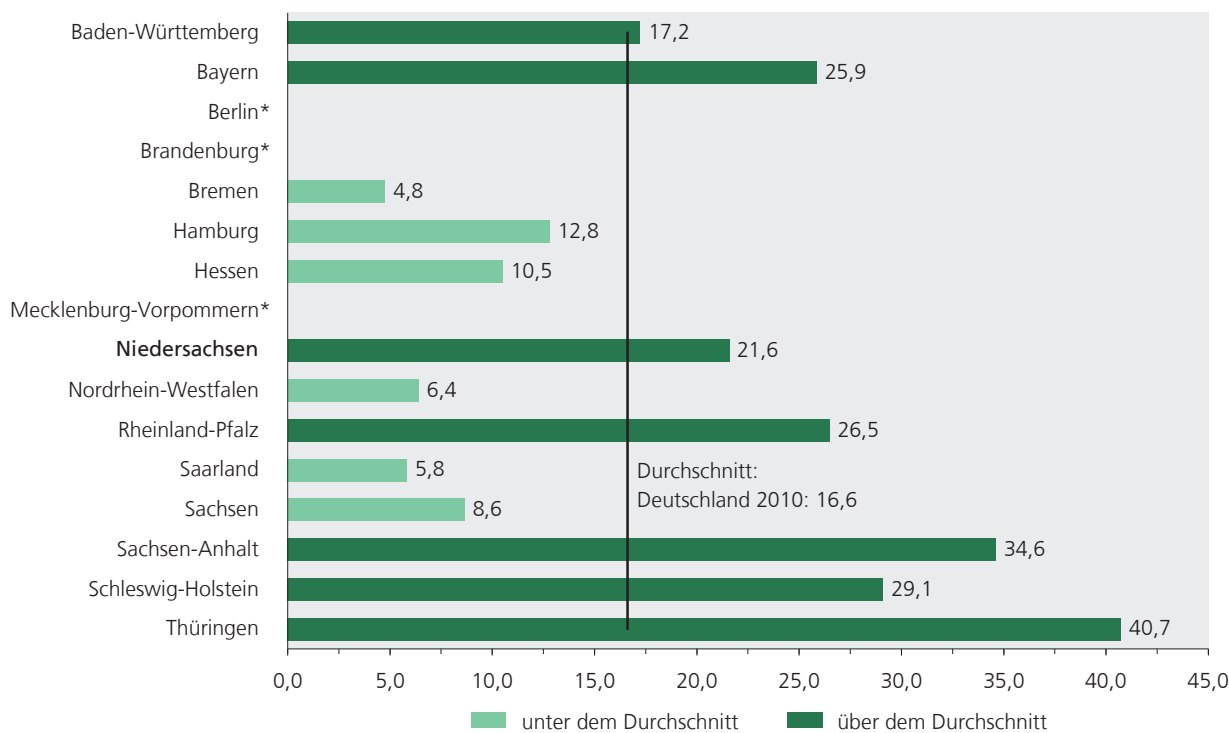
Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto-Abkommen) zu sehen. Allerdings hängt die Höhe der Emissionen auch unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von der Konjunktur und von den Witterungsverhältnissen ab.

Tabelle 63 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (nach der Quellenbilanz) entstehen. Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Gesamtmenge der energiebedingten effektiven CO₂-Emissionen im Jahr 2010 in Niedersachsen betrug 67,5 Mio. Tonnen – eine Zunahme in Höhe von +2,5 % gegenüber 2009, als 65,8 Mio. Tonnen CO₂ emittiert wurden. Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner sind in Niedersachsen im Jahr 2010 auf rund 8,5 Tonnen leicht gestiegen.

Flächenverbrauch konstant

Ende des Jahres 2012 wurden etwa 13,8 % bzw. 6 554 km² der gesamten Fläche Niedersachsens als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 57). Sie setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche (z.B. Sport- und Grünanlagen), der Betriebsfläche, der Erholungsfläche, der Verkehrs- und Friedhofsfläche zusammen. „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen. Der

Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2010 in Prozent



*Angabe für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern noch nicht vorhanden.

„Flächenverbrauch“ eines Jahres, d.h. die Umwidmung von landwirtschaftlich genutzter oder natur belassener Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche errechnet sich aus der Differenz dieser Fläche am 31.12. des Berichtsjahres und der Fläche am 31.12. des Vorjahres. 2012 lag der Flächenverbrauch in Niedersachsen demnach bei 9,9 Hektar pro Tag. Ein Vergleich zu 2011 ist hier nicht sinnvoll, da der Wert von 14,8 Hektar pro Tag in Niedersachsen in diesem Jahr auf einen einmaligen Umstellungseffekt auf ein anderes System der Flächennutzungsarten zurückzuführen war (Umstellung des Automatischen Liegenschaftsbuches (ALB) auf das amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)). Im Vergleich zu 2007 (10,0 Hektar pro Tag) ist der Flächenverbrauch konstant geblieben. Bundesweit waren es 2012 insgesamt 69,5 Hektar pro Tag (2007: 96,2 Hektar pro Tag).

Landwirtschaftliche Fläche nur wenig ökologisch bewirtschaftet

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2010 in Niedersachsen über eine Fläche von 78 495 Hektar (Tab. 58). (Da bei Redaktionsschluss keine aktuelleren Zahlen vorlagen, werden hier die Angaben – wie im *Niedersachsen-Monitor 2012* – für das Jahr 2010 betrachtet.) Sie hielten damit einen Anteil von 3,0 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das Land hat somit den geringsten Anteil im Vergleich zu den anderen Ländern. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der großen Bedeutung der konventionellen Betriebe in der niedersächsischen Landwirtschaft. Der Anteil der Öko-Landfläche stieg mittelfristig um +0,6 Prozentpunkte (Deutschland: +1,3 Prozentpunkte) – die Zunahme ist nur in Hamburg und Sachsen-Anhalt schwächer ausgefallen.

Stagnation bei vorläufigen Schutzmaßnahmen

2012 wurden in Niedersachsen 3 560 vorläufige Schutzmaßnahmen – das sind kurzfristige Maßnahmen zur Abwehr akuter Gefahren- oder Krisensituationen – für Kinder und Jugendliche (Tab. 65) durchgeführt. Meist sind diese Gefahrensituationen auf eine Überforderung oder Beziehungsprobleme der Eltern zurückzuführen; in vielen Fällen gibt es Anzeichen für Vernachlässigung oder Misshandlung. Die Zahl dieser behördlichen Maßnahmen stagnierte im Vergleich zu 2011 (3 561 Maßnahmen). Das ist bemerkenswert, denn über lange Jahre wurde eine stetige Zunahme beobachtet. Die Zunahme war nach einigen spektakulären Fällen von Kindesmisshandlung vermutlich vor allem durch eine größere Sensibilität der Öffentlichkeit und der Behörden begründet. Sie deutete aber auch auf eine Zunahme sozialer und familiärer Problemlagen hin. Dass die Zahl in Niedersachsen 2012 nicht weiter anstieg, liegt möglicherweise auch daran, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen insgesamt um knapp 19 000 bzw. -1,4 % abnahm. Die entsprechende Häufigkeitszahl je 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren betrug wie im Vorjahr 26.

Bundesweit wurde im Jahresvergleich eine Zunahme um +4,6 % beobachtet, die in Ostdeutschland erheblich stärker als im Westen ausfiel. Eine starke Zunahme gab es mit +31,7 % vor allem in Berlin. Im Vergleich zum Jahr 2007 stieg die Zahl der Schutzmaßnahmen bundesweit um +42,7 % (Niedersachsen +59,3 %).

Weniger Mindestsicherungsempfänger ...

Die Tabellen 67 und 68 informieren über die „bekämpfte Armut“, also über die Empfänger von Mindestsicherungsleistungen: Leistungen im Bereich SGB II („Hartz IV“) und SGB XII (Kriegsopferfürsorge, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe) sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

2011 gingen in allen 16 Ländern die Zahlen der Empfänger bzw. Empfängerinnen von Mindestsicherungsleistungen sowohl im Vorjahresvergleich als auch gegenüber dem Jahr 2006 zurück. 706 508 Personen bezogen Ende 2011 in Niedersachsen Mindestsicherungsleistungen. Das waren -3,7 % weniger als 2010 und sogar -14,0 % weniger als 2006. Niedersachsens Entwicklung verlief parallel zum Bundesdurchschnitt, wo die entsprechenden Veränderungsraten -3,7 % bzw. -12,6 % betragen. Die Abnahmerate lag in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland. Auf 100 Einwohner kamen in Niedersachsen 9,1 Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger. Bundesweit waren es 9,0 Personen, wobei die Spanne zwischen 20,0 in Berlin und 4,4 in Bayern lag.

Der Frauenanteil bei den Beziehern bzw. Bezieherinnen von Mindestsicherungsleistungen lag in Niedersachsen bei 50,9 %, bundesweit bei 50,6 %. Dabei gibt es eine bemerkenswerte West-Ost-Divergenz: In nahezu allen westdeutschen Ländern war der Anteil der Frauen höher als der der Männer (Maximum Bayern mit 52,3 %), in nahezu allen ostdeutschen Ländern ist er niedriger (Minimum Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit 48,5 %). Nur Hamburg und Thüringen wiesen exakt 50,0 % auf.

Im April 2013 bezogen 588 756 Personen (Tab. 68) in Niedersachsen SGB II-Leistungen; gegenüber April 2012 sank die Zahl um -0,8 % und bundesweit um -0,4 %. Der Rückgang in Niedersachsen war im Vergleich der westdeutschen Länder der höchste. In den meisten westdeutschen Ländern gab es sogar im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Anstieg der Empfängerzahlen, am stärksten im Saarland und in Hessen. In Ostdeutschland gingen andererseits die Zahlen im Schnitt um -2,1 % zurück.

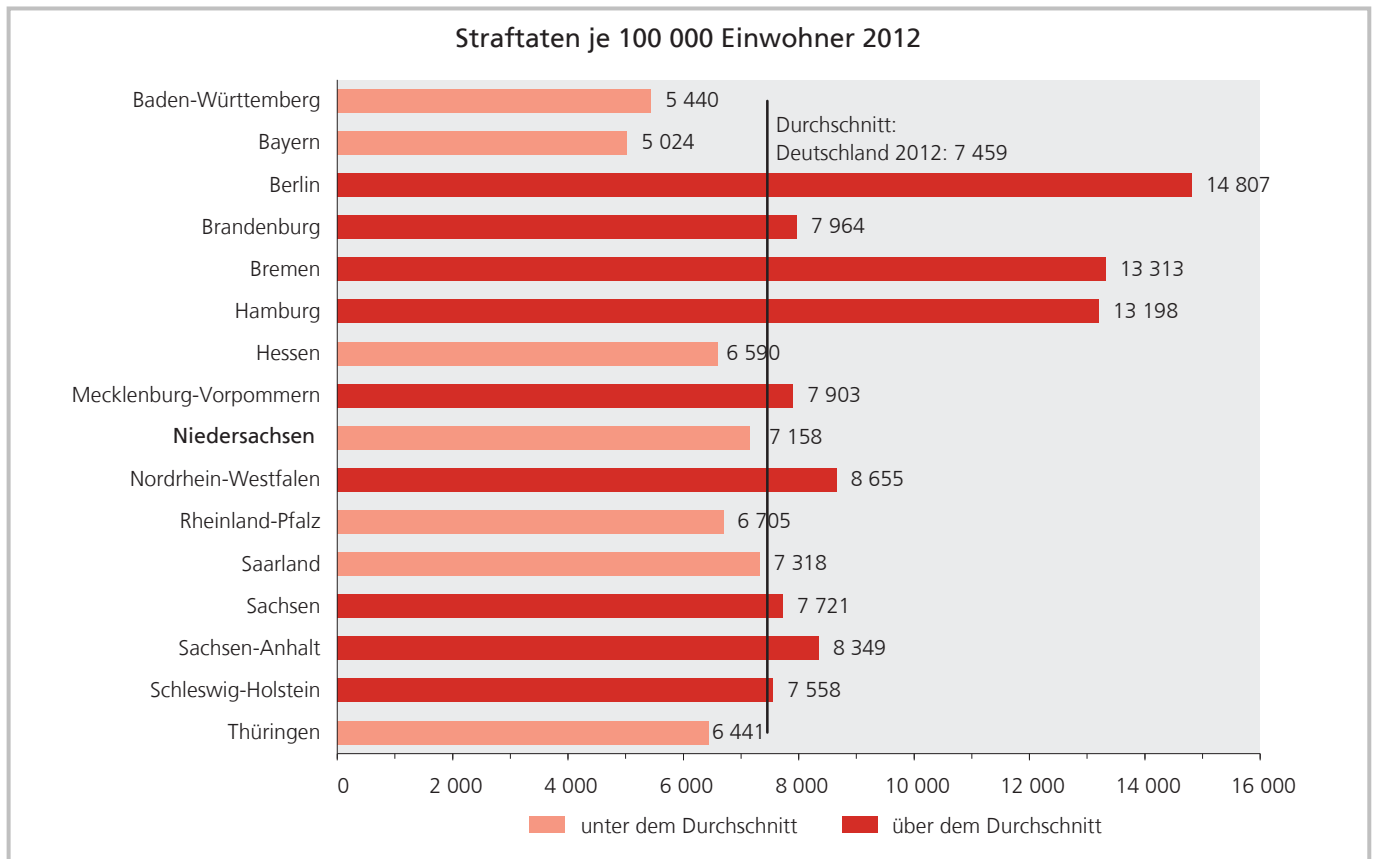
Eine Entspannung zeigte sich auch bei den Verbraucherinsolvenzen (Tab. 69). Deren Zahl nahm 2012 in Niedersachsen um -5,0 % (Bund: -5,5 %) auf 13 282 Fälle ab. Auf 10 000 Einwohner kamen in Niedersachsen 17,1 Insolvenzen, deutlich mehr als im Bund (12,1).

... aber trotzdem höhere Armutsgefährdung

Trotzdem stieg die Armutsgefährdung im Jahr 2012 weiter an. Als armutsgefährdet (Tab. 66) gelten diejenigen Personen, deren Nettoeinkommen weniger als 60 % des regionalen Durchschnittseinkommens (Median) beträgt. Diese international übliche Berechnungsmethode der relativen Armut basiert auf der Erkenntnis, dass für eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben ein Mindestmaß an Einkommen erforderlich ist, das sich an dem bemisst, was gesellschaftlich üblich ist.

2012 waren bei einer Quote von 15,4 % etwa 1,2 Mio. Menschen im Lande armutsgefährdet (Deutschland 15,2 %). Im Vergleich zum Jahr 2007 lag Niedersachsens Quote +0,7 Prozentpunkte höher. Besonders hohe Gefährdungsquoten hatten 2012 die Erwerbslosen (58,0 %), Ausländerinnen und Ausländer (36,9 %) und Alleinerziehende (44,2 %). Die Quote der Altersarmut (der über 65-Jährigen) lag 2012 bei 14,4 % und damit noch unter der Gesamtquote. Sie stieg in den letzten Jahren aber relativ schnell an; vor allem die Quote der Altersarmut von Frauen lag 2012 schon bei 16,6 % und damit höher als die allgemeine Quote.

Seit 2005 ging die Schere zwischen Arm und Reich zunächst nicht weiter auf. Erst 2011 gab es wieder eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote und dann erneut 2012 (+0,2 Prozentpunkte). Die Reichtumsquote blieb aber prak-



tisch unverändert. Das untere Sechstel der Gesellschaft wurde in den letzten beiden Jahren „abgehängt“, denn die Einkommenszuwächse waren ungleich verteilt. Dazu kommt, dass die Mindestsicherungsleistungen in vielen Fällen nicht mehr ausreichen, um ihre Bezieher über die Schwelle der Armutsgefährdung – in Niedersachsen 859 Euro – zu helfen.

Sicherheit: Mehr Straftaten – Zahl der Verunglückten nimmt zu

Die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten (Tab. 71) nahm 2012 in Niedersachsen im Vorjahresvergleich um +0,9 % zu (Bund: +0,1 %). Im Fünfjahresvergleich zu 2007 gab es im Lande allerdings eine deutliche Abnahme um -8,2 % (Bund: -4,6 %). Die Häufigkeitszahl – Straftaten je 100 000 Einwohner – gibt Auskunft über das Ausmaß der Kriminalitätsbelastung: Diese lag in Niedersachsen 2012 bei 7 158 und damit -4,0 % niedriger als die entsprechende Bundeszahl (7 459). Regional variierte diese Zahl zwischen 5 024 in Bayern und 14 807 in Berlin. Alle drei Stadtstaaten wiesen 2012 fünfstellige Werte auf.

Alle Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik haben ein „Dunkelfeld“-Problem. Ob eine Straftat angezeigt bzw. registriert wird, ist u.a. vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung aber auch von der polizeilichen Praxis abhängig. Außerdem erfasst ein pauschaler Indikator wie „Straftaten insgesamt“ Delikte wie Mord und Vergewaltigung einerseits, Delikte wie Schwarzfahren andererseits. Der zusätzlich ausgewie-

sene Indikator „Wohnungseinbruchdiebstahl“ hat ein geringeres Dunkelfeld und ist gut geeignet, die Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung abzubilden: Ein Einbruch in die eigene Wohnung wird wohl von allen Betroffenen als traumatisch wahrgenommen. Im Jahr 2012 lag hier Niedersachsens Häufigkeitszahl von 188 je 100 000 Einwohner deutlich (+5,0 %) über der bundesdeutschen Zahl von 179. Regional gab es große Unterschiede: Werten von 42 bzw. 46 in Thüringen und Bayern stehen Zahlen von 547 in Bremen und 411 in Hamburg gegenüber.

Mittels des Indikators „Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen“ (Tab. 72) wird ein anderer Aspekt von Sicherheit angesprochen. „Verunglückte“ sind getötete und verletzte Personen; die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Ort des Geschehens. Die Häufigkeitszahl „Verunglückte je 100 000 Einwohner“ war in Niedersachsen schon lange überdurchschnittlich hoch. 2012 lag sie bei 540, bundesweit bei 483. Nur in den benachbarten Stadtstaaten Bremen (607), Hamburg (572) sowie in Bayern (562) lag die Zahl noch höher. Eine Erklärung für den überdurchschnittlichen Wert Niedersachsens könnte darin liegen, dass es ein Transitland für den Ost-West- wie auch den Nord-Süd-Verkehr ist.

2012 nahm die Zahl der Verunglückten in Niedersachsen um +1,7 % auf 42 051 zu, nachdem auch schon 2010 ein Anstieg um +4,1 % auftrat. Bundesweit ging die Zahl der Verunglückten im Vorjahresvergleich um -2,1 % zurück.

Gleichstellung von Frauen und Männern

In zahlreichen Tabellen des *Monitors* sind Daten enthalten, die nach Männern und Frauen unterscheiden. Dies geschieht immer dann, wenn nach Geschlechtern differenzierte Daten vorliegen und erforderlich sind, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen einschätzen zu können. In diesem Kapitel werden die wichtigsten der fast über den gesamten *Monitor* verstreuten Informationen zur Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit zusammenfassend dargestellt.

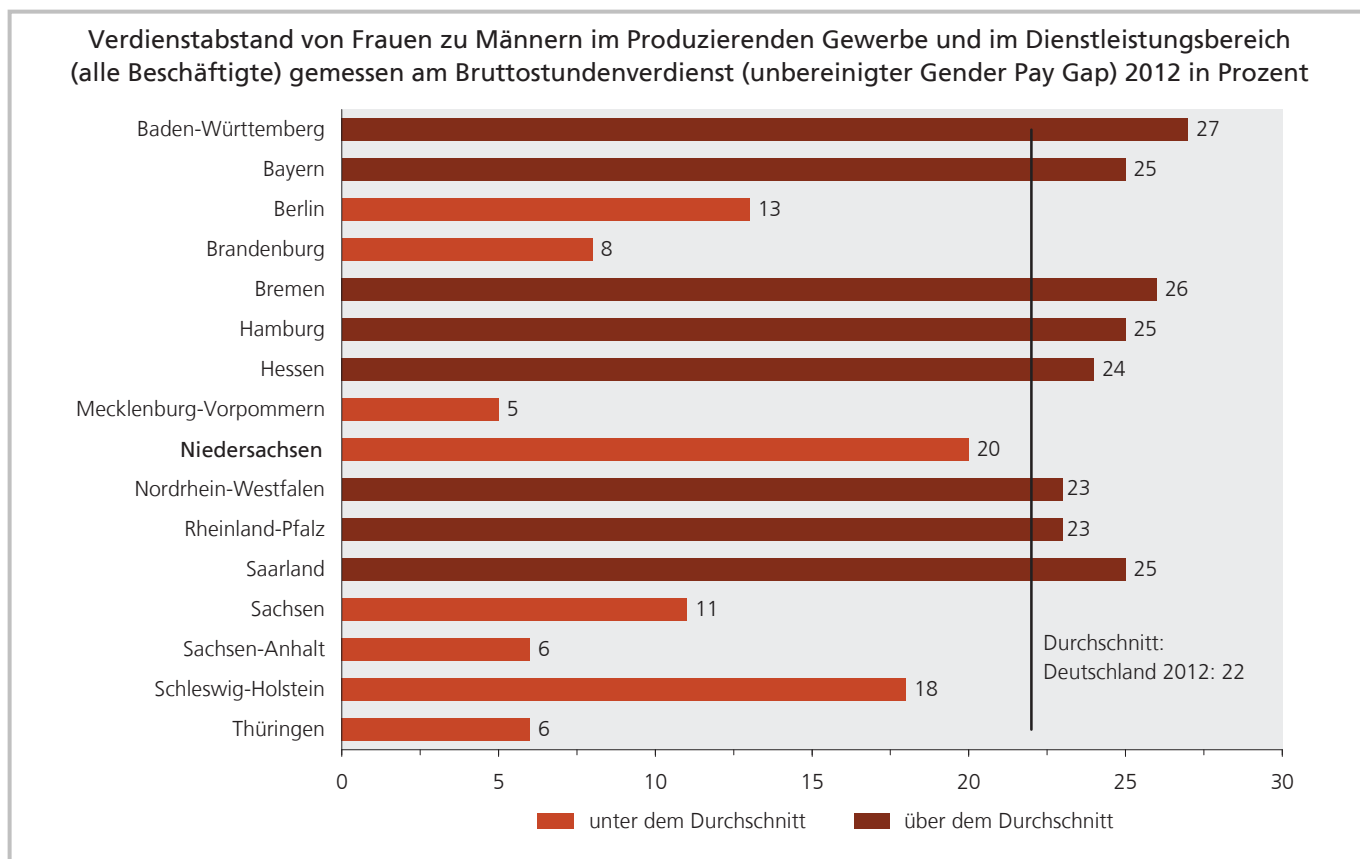
Bezüglich der *Qualifikation* insbesondere der jüngeren Generation liegen folgende Zahlen vor: Der Bevölkerungsanteil der frühen Schulabgänger lag bei den jungen Frauen 2012 bei 10,0 %, bei den jungen Männern bei 13,5 %. Hier liegen Defizite also eher bei jungen Männern vor, die häufiger die Schule abbrechen als Frauen oder keine ordentliche Berufsausbildung angehen. Bezüglich des Studiums gibt es kaum noch Unterschiede zwischen den Geschlechtern. 2011 waren 47,6 % der Studierenden an Niedersachsens Hochschulen Frauen. Bei den Hochschulabsolventen lag der Frauenanteil sogar bei 53,8 %. Bei den höheren Qualifikationen liegen die Männer noch vorn, aber die Frauen holen auf: 44,5 % der Promotionen entfielen 2011 auf Frauen, 2006 waren es 42,4 %. Große Unterschiede gibt es noch bei den Professuren: Hier lag der Frauenanteil 2011 bei 24,3 %, 2006 betrug er 20,2 %.

Die Frauen machen also insgesamt bessere Schulabschlüsse als die Männer, und auch in den höheren Qualifikationen holen sie rasch auf, wenngleich die Strukturunterschiede hier noch stark sind.

Im *Erwerbsverhalten* sind immer noch große geschlechtsspezifische Unterschiede vorhanden. Die Erwerbstätigenquote – also der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Erwerbsalter – der Männer lag 2012 bei 77,0 %, die der Frauen zehn Prozentpunkte niedriger bei 67,1 %. 2012 waren in Niedersachsen 260 000 hochqualifizierte Frauen erwerbstätig – das war ein Anteil von 42,8 % an allen Erwerbstätigen.

Der Umfang der Erwerbstätigkeit ist aber bei Frauen oft deutlich niedriger als bei den Männern: 81,2 % der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit in Niedersachsen waren 2012 Frauen. Bei den geringfügig Beschäftigten – hier am Arbeitsort gezählt – lag der Frauenanteil 2012 in Niedersachsen bei 67,3 %.

Beim unbereinigten Gender Pay Gap gibt es die unter dem Aspekt der Gleichstellung bemerkenswerteste Entwicklung im Lande: Er fiel von 24 % im Jahr 2007 über 22 % 2011 auf „nur noch“ 20 % im Jahr 2012, da die durchschnittlichen Stundenlöhne der Frauen stärker stiegen als



die der Männer. Diese Rückgänge von 4 Prozentpunkten in fünf Jahren bzw. rechnerisch 2 Prozentpunkten im Vorjahresvergleich sind die größten unter allen Ländern. Niedersachsens Gender Pay Gap, der 2007 noch höher als der bundesdurchschnittliche war, lag 2012 um 2 Prozentpunkte unter dem Bundeswert.

Der Gender Pay Gap wird vom Statistischen Bundesamt, auf dessen Berechnungen der *Niedersachsen-Monitor* fußt, derzeit nur in vollen Prozent veröffentlicht. Nachkommastellen werden auf- oder abgerundet. Daraus resultiert für Niedersachsen eine Überzeichnung der positiven Entwicklung, insbesondere der von 2011 auf 2012. 2011 musste rechnerisch aufgerundet und 2012 abgerundet werden. Tatsächlich ging der Gender Pay Gap im Vorjahresvergleich nicht um 2 Prozentpunkte, sondern nur um 1,1 Prozentpunkte zurück.

In allen ostdeutschen Flächenländern lag der Gender Pay Gap mit einstelligen Werten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings wiesen alle diese Länder kurz- und mittelfristig eine steigende Verdienungleichheit zwischen den Geschlechtern auf. Im Bundesgebiet insgesamt verringert sich der Verdienstunterschied nur langsam. Von 2011 auf 2012 stieg der Gender Pay Gap sogar in 7 Ländern, in nur 3 Ländern nahm er ab, und in 6 Ländern blieb er gleich.

Zur Beurteilung dieser Entwicklung sind internationale Vergleiche nützlich. Entsprechende vorläufige Daten liegen für

2011 auch auf europäischer Ebene vor: Im EU-Durchschnitt lag der Gender Pay Gap bei 16 % und damit deutlich niedriger als in Deutschland und Niedersachsen, seinerzeit jeweils bei 22 %. In Slowenien (2 %), Polen (5 %) und Italien (6 %) sind die Verdienstunterschiede europaweit am geringsten. Niedersachsens geschlechtsspezifischer Verdienstabstand von 20 % im Jahr 2012 ist damit gering im Vergleich zu den Vorjahren, aber im EU-Vergleich immer noch hoch. In 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten waren 2011 die Verdienstunterschiede oft deutlich niedriger.

Spiegelbildlich zum Erwerbsverhalten, aber offenbar zeitverzögert, entwickelt sich die *familiäre Arbeitsteilung* zwischen den Geschlechtern: Bei den Alleinerziehenden lag der Frauenanteil 2012 bei 85,2 % und damit nur unwesentlich niedriger als 2007 (86,6 %). Beim Elterngeld gab es 2012 einen Männeranteil von 20,8 % (Bund: 22,4 %). 2010 lag der Männeranteil erst bei 18,5 %. Der starke Ausbau der öffentlichen Kleinkinderbetreuung entlastet daher alle Mütter und Väter, aber aufgrund der existenten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern die Frauen stärker als die Männer. In keinem Land stieg die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren so stark wie in Niedersachsen, nämlich von 2007 bis 2012 um rund 200 % – wenn auch auf Basis eines sehr niedrigen Ausgangswertes. Die Betreuungsquote hat sich somit von nur 6,9 % auf 22,1 % mehr als verdreifacht. Das ist im Bundesvergleich immer noch unterdurchschnittlich, aber erreicht fast den Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Niedersachsen in Europa

Die Tabellen 73 bis 79 stellen Niedersachsen im europäischen Vergleich dar. Tabelle 73 enthält Eckdaten für die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sowie die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland, Tabelle 79 behandelt im selben Vergleich mit dem Indikator „Frühe Schulabgänger“ den Übergang von Schule zur Ausbildung. Die Tabellen 74 bis 78 bestehen aus Zeitreihen der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistik für Niedersachsen, seine Statistischen Regionen (die ehemaligen Regierungsbezirke), Deutschland und die EU-27. Kroatien, das am 1. Juli 2013 als 28. Mitglied der EU beigetreten ist, wird in den folgenden Statistiken noch nicht behandelt, da sich diese auf die Vorjahre beziehen. Alle Angaben entstammen der regionalstatistischen Internetdatenbank von Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>). Unterteilt wird das EU-Gebiet nach der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik, NUTS (Nomenclature des unités territoriales statistiques), deren Ziel die einheitliche und zusammenhängende Untergliederung für die Erstellung von EU-Regionalstatistiken ist. Die nachfolgenden Tabellen weisen den aktuellsten Datenstand für die Analyseebenen NUTS I (Länder) und NUTS II (Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen) auf. Kleine Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen gehen auf unterschiedliche Berechnungsstände und auf im Europa-Vergleich unvermeidbare definitorische Unterschiede zurück.

Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar

In Bezug auf die Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung ist Niedersachsen mit mittelgroßen EU-Staaten vergleichbar (Tab. 73). Mit seinen rund 7,8 Mio. Einwohnern und einer Fläche von etwa 48 000 km² (EU-Anteil: 1,1 %) ist Niedersachsen ländlich geprägt. Die Besiedlungsdichte beträgt demnach 163,3 Einwohner je km², liegt jedoch weit über dem EU-Durchschnitt von 113,6 km².

Niedersachsen steht bei der Höhe der Einwohnerzahl an 16. Stelle unter den EU-Mitgliedsstaaten und ist damit in etwa mit Bulgarien und Österreich vergleichbar. Wirtschaftlich ist Niedersachsen im Vergleich zu den anderen EU-Ländern zwischen der Wirtschaftsleistung Finnlands und Dänemarks eine mittlere Größe.

Bevölkerungsentwicklung Niedersachsens vergleichbar mit Osteuropa

In der EU lebten Ende 2011 eine halbe Milliarde (500 355 004) Menschen (Tab. 74). Seit 2007 ist ein Anstieg um +0,7 %

zu verzeichnen. In zahlreichen Ländern wurden in dieser Zeit Volkszählungen durchgeführt, was dort – wie in der EU insgesamt – zu Korrekturen der Bevölkerungszahlen geführt hat. In Deutschland (-2,3 %) und in Niedersachsen (-2,5 %) mussten die bisher angenommenen Einwohnerzahlen zum 31.12.2011 aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011 nach unten korrigiert werden, so dass der Verlust an Einwohnern in der Statistik stärker ausfällt als es tatsächlich der Fall ist. Zum Vergleich: Nach der Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987 (Bundesrepublik Deutschland) und 1981 (DDR) betrug der Rückgang nur -0,5 % im gesamten Bundesgebiet und -0,7 % in Niedersachsen. Unabhängig davon hatte innerhalb Niedersachsens die Statistische Region Braunschweig mit einem Rückgang von -3,5 % den größten Bevölkerungsverlust zu verzeichnen, die Statistische Region Weser-Ems mit -1,7 % den niedrigsten (Statistische Region Hannover -2,9 %, Statistische Region Lüneburg -2,0 %). Die regionale Entwicklung innerhalb der EU war gegensätzlich: Während im Zeitraum 2009 bis 2011 neben Griechenland, Italien (beide mit Zeitreihenbrüchen) und Portugal vor allem osteuropäische Staaten Einwohner verloren, stieg in den anderen Ländern der EU die Einwohnerzahl. Niedersachsens Bevölkerungszahl wäre in dieser Zeit auch ohne die aufgrund des Zensus nach unten korrigierte Einwohnerzahl geschrumpft, vor allem wegen des Geburtendefizits.

Niedersachsens Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich stärker gestiegen als der EU-Durchschnitt

Von 2006 bis 2010 stieg das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit +9,0 % auf 217 Milliarden Euro stärker an als das der Europäischen Union (+4,9 %) (Tab. 75). Der Anstieg von +13,0 % des BIP auf 68,2 Milliarden Euro in der Statistischen Region Weser-Ems war unter den Statistischen Regionen Niedersachsens mit Abstand der höchste. Dies ist besonders beachtlich, da die Region 2006 schon das höchste BIP aufwies, das Ausgangsniveau also bereits das höchste war.

Mit Blick auf die Finanzkrise zeigt sich Folgendes: 2010 wurde in Niedersachsen ein um +2,4 % höheres Niveau beim BIP erreicht als vor der Finanzkrise 2008. In der gesamten EU sank im selben Zeitraum hingegen das BIP um -1,6 % (Deutschland: +0,9 %).

Der Produktivitätsindikator „BIP je Einwohner“ (Tab. 76) ist eine der wichtigsten Kennzahlen der EU-Politik, jedoch methodisch problematisch: Bei großen Pendlerströmen über die Grenzen einer NUTS II-Region wird der Indikator verzerrt, da er die Wirtschaftsleistung am Arbeitsort auf die

Bevölkerung am Wohnort bezieht. Insbesondere in Norddeutschland mit seinen Stadtstaaten und Einpendlerzentren Berlin, Hamburg und Bremen ist dies zu berücksichtigen. In Niedersachsen lag 2010 das BIP je Einwohner bei 27 300 Euro. In der gesamten EU lag es -2 800 Euro, also -10,3 % darunter; in Deutschland betrug es 30 500 Euro. Der Wachstumsknick von 2008 zu 2009, als das BIP in Niedersachsen je Einwohner um 1 000 Euro sank, war somit nur von kurzer Dauer. Den höchsten Wert, der nur wenig unter dem des Bundesdurchschnitts lag, wies die Statistische Region Hannover mit 30 000 Euro auf. Allerdings war die Entwicklung mit einem Plus von 7,9 % gegenüber 2006 weniger deutlich als in der Statistischen Region Weser-Ems, die einen Anstieg um +13,2 % auf 27 500 Euro verzeichnete. Als einzige Statistische Region lag Lüneburg mit einem BIP je Einwohner von 21 500 Euro unter dem EU-Durchschnitt – was zum großen Teil auf die oben ausgeführte hohe Zahl an Pendlern zurückzuführen ist. Hier lag auch die Zunahme zwar deutlich über dem Europäischen Durchschnitt, gleichzeitig jedoch deutlich unter dem Niedersachsen-Durchschnitt. Zusammen mit dem niedrigsten BIP und dessen mittelfristig geringsten Entwicklung zeigt sich in dieser Statistischen Region ein unterdurchschnittliches Bild.

Arbeitsmarktentwicklung weiterhin positiv

Grundlage für die Daten der Tabellen 77 und 78 ist die EU-Arbeitskräftestichprobe, die in allen Mitgliedsstaaten durchgeführt wird, um eine vergleichbare Datengrundlage herzustellen. Sie sind mit den Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit nicht kompatibel, da die europäische Nomenklatur von der nationalen abweicht. In Tabelle 77 sind die Beschäftigungsquoten dargestellt. Nach deutscher Begrifflichkeit würde man diese als Erwerbstätigenquote bezeichnen. Tabelle 78 enthält die Arbeitslosenquoten nach europäischer Definition. Diese ist im nationalen Kontext mit der Erwerbslosenquote vergleichbar. Die Angaben beziehen sich auf Beschäftigte bzw. Arbeitslose am Wohnort.

Während die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Erwerbsalter EU-weit von 2008 bis 2012 um -1,7 Prozentpunkte auf 64,1 % abnahm, stieg sie in Deutschland um +2,1 Prozentpunkte (72,8 %) und in Niedersachsen sogar um +3,2 Prozentpunkte auf 72,3 %. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Quote niedersachsenweit zwar um +0,4 Prozentpunkte (EU: -0,1 Prozentpunkte), regional war die Entwicklung jedoch uneinheitlich: So ist in den Statistischen Regionen Braunschweig (-0,5 Prozentpunkte) und Lüneburg (-0,3 Prozentpunkte) mit der höchsten Quote unter den Regionen von 73,7 % die Quote gegen-

über dem Vorjahr gesunken. Die Statistische Region Weser-Ems blieb etwa auf dem Vorjahresniveau (72,9 %: +0,1 Prozentpunkte), und Hannover machte einen Sprung um +2,0 Prozentpunkte auf 72,3 %.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquoten Niedersachsens und der EU verlief ähnlich konträr wie die der Beschäftigungsquoten: Während die Arbeitslosenquote innerhalb der Europäischen Union um +3,4 Prozentpunkte stieg, nahm sie in Niedersachsen von 2008 bis 2012 kontinuierlich um insgesamt -2,1 Prozentpunkte auf 5,0 % ab. Dieser Wert war weniger als halb so hoch wie in der gesamten EU, wo die Arbeitslosenquote 10,4 % betrug. Die Statistischen Regionen Weser-Ems (4,4 %) und Lüneburg (4,5 %) lagen unter dem Niedersachsen-Durchschnitt, Braunschweig (5,7 %) und Hannover (5,5 %) darüber. Zwar verzeichneten alle Regionen im mittelfristigen Vergleich ein Absinken der Quote, gegenüber dem Vorjahr stieg sie allerdings minimal in der Statistischen Region Weser-Ems.

Weniger frühe Schulabgänger als im EU-Durchschnitt

Der Indikator „frühe Schulabgänger“ (Tab. 79) kann Aussagen darüber machen, wie erfolgreich junge Menschen den Übergang vom (Aus-) Bildungssystem zum Erwerbsleben bewältigen. Er misst den Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, an der gleichaltrigen Bevölkerung. 2012 lag der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Eurostat-Berechnungen in Niedersachsen mit einer Höhe von 11,9 % unter dem EU-Durchschnitt von 12,8 %; im Jahr zuvor lag der Wert noch über dem Durchschnitt. Der Rückgang betrug in Niedersachsen -2,4 Prozentpunkte. Im EU-Durchschnitt waren es nur -0,7 Prozentpunkte. Mittelfristig betrug der Rückgang in Niedersachsen -1,1 Prozentpunkte (EU-27: -2,0 Prozentpunkte). Die höchsten Anteile verzeichneten die südeuropäischen „Krisenländer“. In Spanien war jeder vierte der 18- bis unter 25-Jährigen ein früher Schulabgänger bzw. eine frühe Schulabgängerin (24,9 %); auf Malta lag der Anteil bei 22,6 % und in Portugal bei 20,8 %. Allerdings hatten diese Länder gegenüber 2008 die höchsten Rückgänge zu verzeichnen. Die niedrigsten Anteile fanden sich 2012 in den osteuropäischen Ländern Slowenien (4,4 %), Slowakei (5,3 %) und der Tschechischen Republik (5,5 %). Nur in Bulgarien (und in Rheinland-Pfalz und Brandenburg) waren die Anteile unter den Frauen höher als unter den Männern. Die höchste Differenz diesbezüglich verzeichnete Portugal. Unter den Männern gab es 27,1 % frühe Schulabgänger, bei den Frauen waren es dagegen „nur“ 14,3 %.

Fazit

Positive Entwicklungen, aber keine demografische Trendwende

Im Laufe des Jahres 2012 stieg die Bevölkerung Niedersachsens um +0,1 % bzw. 4 742 Personen. Wanderungsgewinne konnten erstmals seit einigen Jahren wieder den Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen ausgleichen. Das leichte Geburtenplus von +0,3 % bedeutet keine demografische Trendwende: Auf sieben Geborene kommen zehn Gestorbene, und im mittelfristigen Vergleich zu 2007 trat in Niedersachsen mit -5,9 % der größte Geburtenrückgang aller Länder auf. Auch der Alterungsprozess der Gesellschaft setzt sich fort und äußert sich unter anderem darin, dass Ende 2011 gut 27 000 Menschen bzw. 3,5 % der Bevölkerung pflegebedürftig waren. In vier Jahren stieg deren Zahl um +11,6 %.

Durch den zügigen Ausbau der Betreuungsangebote wurden die Familien entlastet. Außerdem gab es weniger Alleinerziehende, die die Verantwortung und zeitliche Belastung durch die Kindererziehung nicht mit einem Partner teilen können. Die Zahl der Eheschließungen stieg und die der Scheidungen nahm ab.

Weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher

Eine der positivsten Entwicklungen der letzten Jahre ist die Verringerung der Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher um -34,4 % von 2006 bis 2011 sowie der starke Rückgang der Zahl der „frühen Schulabgängerinnen und -abgänger“. Deren Anteil an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren ist im Bundesvergleich zwar immer noch überdurchschnittlich, ging aber innerhalb eines Jahres von 14,1 % auf 11,8 % zurück.

Bei den Kulturausgaben ist Niedersachsen weit vom Bundesdurchschnitt entfernt: Pro Einwohner lagen diese 2009 im Lande bei nur 74 Euro pro Kopf. Nur in Schleswig-Holstein lag dieser Wert noch niedriger, im Durchschnitt der Länder waren es 109 Euro.

Günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft und bei den öffentlichen Finanzen

2012 hat sich der Arbeitsmarkt insgesamt positiv und besser als im Bundesdurchschnitt entwickelt. Die Zahl der in Niedersachsen lebenden Erwerbstätigen stieg laut Mikrozensus im Vorjahresvergleich um +1,1 % (Bund: +0,7 %). Die Zahl der hochqualifizierten Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss nahm sogar um +5,7 % zu. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stieg um +2,7 % (Bund: +1,9 %). Die Erwerbstätigenrechnung, die auf Basis verschiedener Datenquellen die Zahl der Er-

werbstätigen am Arbeitsort ermittelt, kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Sie berechnet ein Plus von +1,4 % für Niedersachsen gegenüber +1,1 % für Deutschland. Ein günstiges Zeichen ist auch, dass die geringfügige Beschäftigung im Vorjahresvergleich um -2,0 % auf gut 505 000 Personen zurückging.

Auch die Wirtschaftsdaten waren überwiegend positiv: Die Wirtschaft wuchs 2012 real um +0,9 % und damit um +0,2 Prozentpunkte etwas stärker als im Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank im Vorjahresvergleich um -6,4 % (Bund: -6,0 %). Im Tourismus gab es zwar nur leicht unterdurchschnittliche Zuwächse, erstmals aber konnte die Marke von 40 Mio. Übernachtungen überschritten werden.

Niedersachsen bleibt aber ein Land mit relativ niedrigen Verdiensten. Sowohl das verfügbare Einkommen pro Kopf (2011) als auch die Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten 2012 liegen 5 bis 6 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bruttojahresverdienste stiegen in Niedersachsen 2012 nur um +0,8 %. Dieser Zuwachs blieb unter der Inflationsrate von +1,8 % und lag deutlich unter dem bundesweiten Plus von +2,4 %.

Von der insgesamt günstigen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt profitierten auch die öffentlichen Finanzen: Die Einnahmen von Land und Kommunen stiegen um +6,6 %, die Ausgaben nur um +0,4 %. Beide Kennwerte liegen günstiger als die entsprechenden Zahlen für den Durchschnitt aller Länder.

Erste Zahlen für das Jahr 2013 zeigen weniger gute Konjunkturdaten als noch 2012 und ungünstigere Werte für den Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen stieg von Juni 2012 bis Juni 2013 um +3,1 %, und die Arbeitslosenquote erhöhte sich damit leicht auf 6,3 %. Die Zahl der SGB II-Empfänger verringerte sich gleichwohl weiter um -0,8 % auf ca. 589 000 im Juni 2013. Das BIP in Niedersachsen stieg weniger stark an als in den Vorjahren. So lag 2010 das reale Wachstum bei +4,7 %, 2011 waren es +2,5 %, und 2012 lag der Zuwachs nur noch bei +0,9 %. Neueste Berechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder schätzen für das 1. Halbjahr 2013 einen Rückgang des BIP in Niedersachsen um real -0,9 %.

Zunahme der Armutsgefährdung

Obwohl die Zahl der Mindestsicherungsempfänger sank, stieg die Armutsgefährdungsquote 2012 auf 15,4 % an. 1,2 Millionen Menschen müssen als armutsgefährdet gelten. Die unteren Schichten der Gesellschaft konnten an den Einkommenszuwächsen nur wenig partizipieren und wurden vom Rest der Gesellschaft stärker abgehängt.

Die beiden Datenreihen, die sich im *Monitor* auf die öffentliche Sicherheit im weiteren Sinne beziehen, entwickelten sich 2012 nicht gut: Die Zahl der Straftaten nahm um +0,9 % und damit höher als im Bundesdurchschnitt (+0,1 %) zu. Die Kriminalitätsbelastung bleibt in Niedersachsen über alle Delikte hinweg trotzdem unterdurchschnittlich, wenngleich Wohnungseinbrüche, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung stark tangieren, in Niedersachsen um 5 % häufiger als im Bundesdurchschnitt vorkommen. Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr nahm 2012 in Niedersachsen um +1,7 % zu, bundesweit um -2,1 % ab.

Regenerative Energien gewinnen an Bedeutung

Niedersachsen hat weitere Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung getan. Die Bürgerinnen und Bürger

des Landes gehen sparsam mit den Ressourcen um. Der Wasserverbrauch pro Kopf ging 2010 zurück, und wertvolle Rohstoffe landen nicht im Müll, sondern werden verwertet: 153 kg Biomüll pro Einwohner waren 2011 bundesweit Spitze, und auch beim getrennten Einsammeln von Wertstoffen liegen die 164 kg pro Kopf weit über dem Bundesdurchschnitt.

Die Bedeutung der erneuerbaren Energien hat – schon deutlich vor dem Fukushima-Unglück beginnend – stark zugenommen. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch lag 2010 schon bei 12,2 %, 2006 lag er erst bei 7,9 %. 21,6 % der Stromerzeugung entfiel 2010 auf regenerative Quellen. Trotzdem gab es von 2009 auf 2010 eine leichte Steigerung der energiebedingten CO₂-Emissionen auf 8,5 Tonnen pro Kopf.

Tabellen

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am			Länderanteil	Ausländeranteil	Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	31.12.2007 ¹	31.12.2011 ²	31.12.2012 ²				2012	31.12.12/07 ³
	Anzahl (1 000)			%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 750	10 512	10 569	13,1	11,4	296	- 1,7	+ 0,5
Bayern	12 520	12 443	12 520	15,5	9,0	177	- 0,0	+ 0,6
Berlin	3 416	3 326	3 375	4,2	12,6	3 785	- 1,2	+ 1,5
Brandenburg	2 536	2 453	2 450	3,0	2,0	83	- 3,4	- 0,1
Bremen	663	652	655	0,8	11,6	1 562	- 1,3	+ 0,4
Hamburg	1 771	1 718	1 734	2,2	12,9	2 296	- 2,1	+ 0,9
Hessen	6 073	5 994	6 016	7,5	11,7	285	- 0,9	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 680	1 607	1 600	2,0	2,0	69	- 4,7	- 0,4
Niedersachsen	7 972	7 774	7 779	9,7	5,8	163	- 2,4	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	17 997	17 545	17 554	21,8	9,5	515	- 2,5	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	4 046	3 990	3 990	5,0	7,2	201	- 1,4	+ 0,0
Saarland	1 037	998	994	1,2	7,1	387	- 4,1	- 0,4
Sachsen	4 220	4 054	4 050	5,0	2,2	220	- 4,0	- 0,1
Sachsen-Anhalt	2 412	2 277	2 259	2,8	2,0	110	- 6,3	- 0,8
Schleswig-Holstein	2 837	2 802	2 807	3,5	4,5	178	- 1,1	+ 0,2
Thüringen	2 289	2 182	2 170	2,7	1,8	134	- 5,2	- 0,5
Deutschland	82 218	80 328	80 524	100,0	8,2	225	- 2,1	+ 0,2
Westdeutschland	65 664	64 429	64 619	80,2	9,2	260	- 1,6	+ 0,3
Ostdeutschland	16 554	15 899	15 905	19,8	4,3	146	- 3,9	+ 0,0

1 Auf der Basis der Volkszählung vom 25. Mai 1987 fortgeschriebene Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2 Auf Basis der Fortschreibung des Zensus 2011.

3 Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis für 2007 und 2012 ist die Vergleichbarkeit eingeschränkt.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner			Geburten-/ Sterbesaldo je 1 000 Einwohner 2012	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012		12/07	12/11
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	92 823	88 823	89 477	8,6	8,2	8,5	- 1,1	- 3,6	+ 0,7
Bayern	106 870	103 668	107 039	8,5	8,3	8,6	- 1,5	+ 0,2	+ 3,3
Berlin	31 174	33 075	34 678	9,2	9,5	10,4	+ 0,7	+ 11,2	+ 4,8
Brandenburg	18 589	18 279	18 482	7,3	7,3	7,5	- 4,0	- 0,6	+ 1,1
Bremen	5 591	5 388	5 639	8,4	8,2	8,6	- 2,8	+ 0,9	+ 4,7
Hamburg	16 727	17 125	17 706	9,5	9,6	10,3	+ 0,4	+ 5,9	+ 3,4
Hessen	52 616	51 479	51 607	8,7	8,5	8,6	- 1,7	- 1,9	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	12 786	12 638	12 715	7,6	7,7	7,9	- 3,9	- 0,6	+ 0,6
Niedersachsen	65 326	61 280	61 478	8,2	7,7	7,9	- 3,3	- 5,9	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	151 168	143 097	145 755	8,4	8,0	8,3	- 2,7	- 3,6	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	32 536	31 081	31 169	8,0	7,8	7,8	- 3,3	- 4,2	+ 0,3
Saarland	7 274	7 088	6 878	7,0	7,0	6,9	- 5,4	- 5,4	- 3,0
Sachsen	33 858	34 423	34 686	8,0	8,3	8,6	- 4,1	+ 2,4	+ 0,8
Sachsen-Anhalt	17 387	16 837	16 888	7,2	7,2	7,5	- 5,9	- 2,9	+ 0,3
Schleswig-Holstein	22 961	21 331	22 005	8,1	7,5	7,8	- 3,4	- 4,2	+ 3,2
Thüringen	17 176	17 073	17 342	7,5	7,7	8,0	- 4,5	+ 1,0	+ 1,6
Deutschland	684 862	662 685	673 544	8,3	8,1	8,4	- 2,4	- 1,7	+ 1,6
Westdeutschland	553 892	530 360	538 753	8,4	8,1	8,4	- 2,2	- 2,7	+ 1,6
Ostdeutschland	130 970	132 325	134 791	7,9	8,1	8,5	- 3,4	+ 2,9	+ 1,9

3. Wanderungssaldo¹

Land	Wanderungssaldo			Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2007	2011	2012 ²	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+ 12 392	+ 41 458	+ 65 806	+ 1,2	+ 4,0	+ 6,2	+ 53 414	+ 24 348
Bayern	+ 38 964	+ 76 065	+ 91 586	+ 3,1	+ 6,1	+ 7,3	+ 52 622	+ 15 521
Berlin	+ 11 996	+ 39 421	+ 41 324	+ 3,5	+ 12,0	+ 12,4	+ 29 328	+ 1 903
Brandenburg	- 3 968	+ 1 847	+ 5 729	- 1,6	+ 0,8	+ 2,3	+ 9 697	+ 3 882
Bremen	+ 797	+ 2 708	+ 4 103	+ 1,2	+ 4,2	+ 6,3	+ 3 306	+ 1 395
Hamburg	+ 16 779	+ 12 235	+ 15 011	+ 9,5	+ 7,2	+ 8,7	- 1 768	+ 2 776
Hessen	- 404	+ 32 455	+ 30 641	- 0,1	+ 5,4	+ 5,1	+ 31 045	- 1 814
Mecklenburg-Vorpommern	- 9 279	- 1 694	- 615	- 5,5	- 1,1	- 0,4	+ 8 664	+ 1 079
Niedersachsen	+ 5 905	+ 19 236	+ 28 653	+ 0,7	+ 2,5	+ 3,7	+ 22 748	+ 9 417
Nordrhein-Westfalen	+ 1 618	+ 42 643	+ 53 493	+ 0,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 51 875	+ 10 850
Rheinland-Pfalz	+ 2 366	+ 7 847	+ 12 783	+ 0,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 10 417	+ 4 936
Saarland	- 1 521	+ 1 023	+ 1 548	- 1,5	+ 1,0	+ 1,6	+ 3 069	+ 525
Sachsen	- 11 147	+ 3 652	+ 11 728	- 2,6	+ 0,9	+ 2,9	+ 22 875	+ 8 076
Sachsen-Anhalt	- 17 508	- 8 370	- 4 255	- 7,2	- 3,7	- 1,9	+ 13 253	+ 4 115
Schleswig-Holstein	+ 10 230	+ 13 013	+ 13 138	+ 3,6	+ 4,6	+ 4,7	+ 2 908	+ 125
Thüringen	- 13 310	- 4 209	- 1 728	- 5,8	- 1,9	- 0,8	+ 11 582	+ 2 481
Deutschland	+ 43 910	+ 279 330	+ 368 945	+ 0,5	+ 3,5	+ 4,6	+ 325 035	+ 89 615
Westdeutschland	+ 87 126	+ 248 683	+ 316 762	+ 1,3	+ 3,9	+ 4,9	+ 229 636	+ 68 079
Ostdeutschland	- 43 216	+ 30 647	+ 52 183	- 2,6	+ 1,9	+ 3,3	+ 95 399	+ 21 536

1 Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".

2 Vorläufige Ergebnisse.

Familie und Beruf

4. Eheschließungen

Land	Eheschließungen			Eheschließungen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	47 233	48 991	50 555	43,9	46,7	48,0	+ 7,0	+ 3,2
Bayern	57 223	59 274	61 768	45,8	47,8	49,5	+ 7,9	+ 4,2
Berlin	11 511	12 544	13 222	33,8	38,0	39,5	+ 14,9	+ 5,4
Brandenburg	11 430	12 115	12 505	45,0	49,3	51,0	+ 9,4	+ 3,2
Bremen	2 762	2 837	2 706	41,7	43,6	41,5	- 2,0	- 4,6
Hamburg	6 661	7 022	6 774	37,8	41,1	39,3	+ 1,7	- 3,5
Hessen	26 931	27 468	27 721	44,4	46,0	46,2	+ 2,9	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	9 747	10 400	10 713	57,8	64,6	66,8	+ 9,9	+ 3,0
Niedersachsen	38 036	37 645	38 947	47,6	48,4	50,0	+ 2,4	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	80 092	80 829	81 759	44,5	46,1	46,6	+ 2,1	+ 1,2
Rheinland-Pfalz	19 542	20 212	20 242	48,3	50,7	50,7	+ 3,6	+ 0,1
Saarland	4 774	4 866	4 968	45,9	48,7	49,9	+ 4,1	+ 2,1
Sachsen	16 965	17 580	18 348	40,1	43,4	45,3	+ 8,2	+ 4,4
Sachsen-Anhalt	10 117	10 264	10 707	41,7	44,9	47,2	+ 5,8	+ 4,3
Schleswig-Holstein	16 451	16 019	16 383	58,0	57,2	58,4	- 0,4	+ 2,3
Thüringen	9 454	9 750	10 105	41,1	44,6	46,5	+ 6,9	+ 3,6
Deutschland	368 929	377 816	387 423	44,8	47,1	48,2	+ 5,0	+ 2,5
Westdeutschland	299 705	305 163	311 823	45,6	47,4	48,3	+ 4,0	+ 2,2
Ostdeutschland	69 224	72 653	75 600	41,7	45,7	47,6	+ 9,2	+ 4,1

5. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen			Ehescheidungen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	22 145	23 113	22 226	20,6	22,0	21,1	+ 0,4	- 3,8
Bayern	27 154	27 004	25 644	21,7	21,8	20,6	- 5,6	- 5,0
Berlin	7 760	7 930	7 267	22,8	24,1	21,7	- 6,4	- 8,4
Brandenburg	5 127	5 344	5 031	20,2	21,8	20,5	- 1,9	- 5,9
Bremen	1 595	1 566	1 391	24,1	24,1	21,3	- 12,8	- 11,2
Hamburg	4 385	3 635	3 446	24,9	21,3	20,0	- 21,4	- 5,2
Hessen	15 469	14 905	14 334	25,5	24,9	23,9	- 7,3	- 3,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 000	3 407	3 276	17,8	21,2	20,4	+ 9,2	- 3,8
Niedersachsen	19 682	18 953	17 806	24,6	24,3	22,9	- 9,5	- 6,1
Nordrhein-Westfalen	43 104	44 501	43 399	23,9	25,4	24,7	+ 0,7	- 2,5
Rheinland-Pfalz	10 324	11 041	9 724	25,5	27,7	24,4	- 5,8	- 11,9
Saarland	2 802	2 659	2 491	27,0	26,6	25,0	- 11,1	- 6,3
Sachsen	7 749	7 146	7 104	18,3	17,6	17,6	- 8,3	- 0,6
Sachsen-Anhalt	4 924	4 808	4 620	20,3	21,0	20,4	- 6,2	- 3,9
Schleswig-Holstein	7 434	7 431	7 113	26,2	26,5	25,4	- 4,3	- 4,3
Thüringen	4 418	4 197	4 275	19,2	19,2	19,7	- 3,2	+ 1,9
Deutschland	187 072	187 640	179 147	22,7	23,4	22,3	- 4,2	- 4,5
Westdeutschland	154 094	154 808	147 574	23,5	24,1	22,9	- 4,2	- 4,7
Ostdeutschland	32 978	32 832	31 573	19,9	20,7	19,9	- 4,3	- 3,8

6. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹			Betreuungsquote ²			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	32 682	57 007	62 732	11,5	20,8	23,1	+ 91,9	+ 10,0
Bayern	35 037	65 617	73 003	10,7	20,6	23,0	+ 108,4	+ 11,3
Berlin	34 497	40 683	41 820	39,8	41,9	42,6	+ 21,2	+ 2,8
Brandenburg	23 984	29 892	30 708	43,4	51,6	53,4	+ 28,0	+ 2,7
Bremen	1 691	3 198	3 432	10,5	19,6	21,2	+ 103,0	+ 7,3
Hamburg	10 382	16 036	17 738	22,0	32,4	35,8	+ 70,9	+ 10,6
Hessen	19 630	33 352	36 729	12,4	21,5	23,7	+ 87,1	+ 10,1
Mecklenburg-Vorpommern	16 736	20 447	21 025	44,1	51,7	53,6	+ 25,6	+ 2,8
Niedersachsen	13 982	35 669	41 772	6,9	18,6	22,1	+ 198,8	+ 17,1
Nordrhein-Westfalen	31 796	70 395	79 118	6,9	15,9	18,1	+ 148,8	+ 12,4
Rheinland-Pfalz	11 849	23 549	25 589	12,0	24,7	27,0	+ 116,0	+ 8,7
Saarland	2 704	4 293	4 670	12,1	20,2	22,1	+ 72,7	+ 8,8
Sachsen	34 084	45 844	48 244	34,6	44,1	46,4	+ 41,5	+ 5,2
Sachsen-Anhalt	26 533	29 306	29 559	51,8	56,1	57,5	+ 11,4	+ 0,9
Schleswig-Holstein	5 811	14 819	16 295	8,2	21,6	24,2	+ 180,4	+ 10,0
Thüringen	18 819	24 377	25 774	37,5	46,9	49,8	+ 37,0	+ 5,7
Deutschland	320 217	514 484	558 208	15,5	25,2	27,6	+ 74,3	+ 8,5
Westdeutschland	165 564	323 935	361 078	9,8	19,8	22,3	+ 118,1	+ 11,5
Ostdeutschland	154 653	190 549	197 130	40,7	47,3	49,0	+ 27,5	+ 3,5

1 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag im Berichtsjahr 2007: 15.03.; Berichtsjahre 2011/2012: jeweils 01.03.

2 Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

7. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztägig betreute Kinder ¹			Ganztagsbetreuungsquote ²			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	24 139	42 128	45 462	8,0	14,9	16,1	+ 88,3	+ 7,9
Bayern	65 459	81 165	87 864	18,9	25,0	27,0	+ 34,2	+ 8,3
Berlin	42 793	50 264	53 937	52,4	57,0	58,7	+ 26,0	+ 7,3
Brandenburg	27 001	33 249	35 024	47,3	57,4	59,1	+ 29,7	+ 5,3
Bremen	3 108	4 235	4 296	19,4	26,5	26,6	+ 38,2	+ 1,4
Hamburg	12 239	17 254	18 200	27,5	36,8	38,4	+ 48,7	+ 5,5
Hessen	42 335	61 761	65 187	25,6	39,2	41,4	+ 54,0	+ 5,5
Mecklenburg-Vorpommern	18 957	22 171	24 186	49,9	59,0	62,6	+ 27,6	+ 9,1
Niedersachsen	21 579	33 789	37 966	9,6	16,8	19,0	+ 75,9	+ 12,4
Nordrhein-Westfalen	107 401	163 665	172 594	21,8	35,9	37,9	+ 60,7	+ 5,5
Rheinland-Pfalz	21 799	37 992	44 021	20,3	38,6	44,7	+ 101,9	+ 15,9
Saarland	3 864	6 598	7 554	16,2	30,1	34,8	+ 95,5	+ 14,5
Sachsen	59 416	74 772	77 085	62,3	75,8	76,5	+ 29,7	+ 3,1
Sachsen-Anhalt	27 390	31 116	32 707	53,1	61,3	63,5	+ 19,4	+ 5,1
Schleswig-Holstein	8 743	13 933	15 489	11,2	19,4	21,6	+ 77,2	+ 11,2
Thüringen	42 982	44 649	44 474	84,5	89,5	87,4	+ 3,5	- 0,4
Deutschland	529 205	718 741	766 046	24,3	34,9	37,1	+ 44,8	+ 6,6
Westdeutschland	310 666	462 520	498 633	17,3	27,6	29,8	+ 60,5	+ 7,8
Ostdeutschland	218 539	256 221	267 413	58,4	66,9	68,0	+ 22,4	+ 4,4

1 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagsbetreuung besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Stichtag im Berichtsjahr 2007: 15.03.; Berichtsjahre 2011/2012: jeweils 01.03.

2 Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge insgesamt		Anteil der männlichen Leistungsbezieher		Anteil der beendeten Leistungsbezüge, deren Bezieher vor der Geburt erwerbstätig waren			
	2011	2012	2011	2012	2011		2012	
					männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl		%					
Baden-Württemberg	111 712	112 207	21,6	23,8	89,6	62,1	90,7	64,8
Bayern	135 389	136 800	25,2	27,0	91,0	67,6	92,1	70,4
Berlin	41 190	40 746	24,9	26,4	81,6	57,8	85,1	63,8
Brandenburg	23 130	22 971	22,4	24,1	86,7	68,6	88,6	73,3
Bremen	6 159	6 107	17,2	18,5	81,6	51,4	86,9	56,1
Hamburg	20 906	21 143	22,5	24,1	88,9	65,0	89,5	68,4
Hessen	62 220	62 419	20,5	21,7	88,0	60,6	88,9	64,0
Mecklenburg-Vorpommern	15 584	14 840	18,9	19,2	84,6	65,1	87,9	70,6
Niedersachsen	74 617	73 047	19,2	20,8	84,3	59,6	86,7	63,9
Nordrhein-Westfalen	166 235	162 204	16,5	17,7	84,1	53,8	88,3	60,2
Rheinland-Pfalz	37 153	36 153	18,4	19,4	86,1	59,1	88,3	63,0
Saarland	7 818	7 819	15,4	15,3	86,1	56,4	88,4	60,8
Sachsen	44 911	45 578	24,8	27,0	89,9	69,5	91,6	75,1
Sachsen-Anhalt	19 318	19 322	17,3	18,6	86,3	61,1	89,1	66,7
Schleswig-Holstein	26 145	25 195	18,5	19,8	88,3	65,2	90,5	69,0
Thüringen	22 000	22 164	23,5	25,4	87,6	69,1	88,3	72,9
Deutschland	814 487	808 715	20,8	22,4	87,4	61,3	89,5	65,7
Westdeutschland	648 354	643 094	20,3	21,9	87,7	60,4	89,7	64,5
Ostdeutschland	166 133	165 621	22,9	24,6	86,2	65,0	88,5	70,3

9. Erwerbstätige in Teilzeitarbeit¹

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauen			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen ²	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012		12/07	12/11
	1 000						%		
Baden-Württemberg	1 412	1 508	1 542	1 166	1 224	1 245	28,9	+ 9,2	+ 2,3
Bayern	1 560	1 731	1 753	1 304	1 424	1 434	27,6	+ 12,4	+ 1,3
Berlin	398	439	456	259	282	286	28,3	+ 14,6	+ 3,9
Brandenburg	251	251	260	191	191	194	21,7	+ 3,6	+ 3,6
Bremen	86	93	95	63	68	69	32,4	+ 10,5	+ 2,2
Hamburg	226	233	234	162	166	166	26,5	+ 3,5	+ 0,4
Hessen	782	854	843	626	665	659	28,9	+ 7,8	- 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	163	169	164	118	126	122	22,3	+ 0,6	- 3,0
Niedersachsen	979	1 068	1 092	817	871	887	29,9	+ 11,5	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	2 183	2 292	2 279	1 769	1 839	1 825	28,6	+ 4,4	- 0,6
Rheinland-Pfalz	538	552	551	439	442	443	29,2	+ 2,4	- 0,2
Saarland	127	128	131	104	106	107	29,4	+ 3,1	+ 2,3
Sachsen	398	415	414	299	313	306	21,9	+ 4,0	- 0,2
Sachsen-Anhalt	231	226	228	179	173	177	21,8	- 1,3	+ 0,9
Schleswig-Holstein	375	404	405	296	319	317	30,7	+ 8,0	+ 0,2
Thüringen	209	227	227	158	171	170	21,3	+ 8,6	+ 0,0
Deutschland	9 918	10 589	10 674	7 951	8 380	8 406	27,7	+ 7,6	+ 0,8
Westdeutschland	8 268	8 863	8 925	6 746	7 124	7 152	28,7	+ 7,9	+ 0,7
Ostdeutschland	1 650	1 727	1 749	1 204	1 256	1 255	23,2	+ 6,0	+ 1,3

¹ Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

² Ohne Auszubildende.

Quelle: Mikrozensus.

10. Alleinerziehende¹

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Darunter Frauen			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner ²			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2007	2011	2012	2007	2012		2007	2011	2012	12/07	12/11
	1 000			%	1 000		Anzahl			%	
Baden-Württemberg	309	322	330	84,5	85,2	281	29	30	31	+ 6,8	+ 2,5
Bayern	384	390	388	85,4	84,8	329	31	31	31	+ 1,0	- 0,5
Berlin	149	149	149	87,2	86,6	129	44	43	42	0,0	0,0
Brandenburg	103	95	102	86,4	87,3	89	41	38	41	- 1,0	+ 7,4
Bremen	24	27	28	91,7	89,3	25	36	41	42	+ 16,7	+ 3,7
Hamburg	60	72	72	88,3	87,5	63	34	40	40	+ 20,0	0,0
Hessen	186	189	187	84,9	85,0	159	31	31	31	+ 0,5	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	69	59	63	89,9	88,9	56	41	36	39	- 8,7	+ 6,8
Niedersachsen	238	240	237	86,6	85,2	202	30	30	30	- 0,4	- 1,3
Nordrhein-Westfalen	532	586	581	86,7	85,5	497	30	33	33	+ 9,2	- 0,9
Rheinland-Pfalz	123	132	133	85,4	83,5	111	30	33	33	+ 8,1	+ 0,8
Saarland	38	35	37	86,8	81,1	30	37	34	37	- 2,6	+ 5,7
Sachsen	144	131	133	88,9	87,2	116	34	32	32	- 7,6	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	92	84	82	87,0	87,8	72	38	36	36	- 10,9	- 2,4
Schleswig-Holstein	84	91	93	86,9	82,8	77	30	32	33	+ 10,7	+ 2,2
Thüringen	92	81	83	87,0	84,3	70	40	36	37	- 9,8	+ 2,5
Deutschland	2 628	2 685	2 698	86,4	85,5	2 308	32	33	33	+ 2,7	+ 0,5
Westdeutschland	1 979	2 086	2 085	85,9	85,1	1 775	30	32	32	+ 5,4	- 0,0
Ostdeutschland	649	599	612	87,8	87,1	533	39	37	38	- 5,7	+ 2,2

1 Die Angaben zu den Alleinerziehenden sind aus dem Mikrozensus. Hochrechnungsrahmen ist die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.

2 Die Bezugsgröße ist die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Frauenanteil	Selbständigenquote		Veränderung insgesamt	
	2007	2011	2012		2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	5 300	5 507	5 568	46,0	10,4	10,3	+ 5,1	+ 1,1
Bayern	6 169	6 516	6 606	45,8	12,0	11,6	+ 7,1	+ 1,4
Berlin	1 504	1 618	1 661	47,4	17,4	17,3	+ 10,4	+ 2,7
Brandenburg	1 203	1 240	1 234	47,0	11,1	11,2	+ 2,6	- 0,5
Bremen	285	302	303	46,2	11,3	11,6	+ 6,3	+ 0,3
Hamburg	847	905	913	47,3	14,7	14,3	+ 7,8	+ 0,9
Hessen	2 832	3 011	3 026	46,0	11,5	11,7	+ 6,9	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	757	784	764	46,9	9,6	8,8	+ 0,9	- 2,6
Niedersachsen	3 568	3 778	3 820	45,7	10,1	10,1	+ 7,1	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	7 966	8 269	8 322	45,6	10,3	10,3	+ 4,5	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	1 915	1 945	1 970	45,8	10,4	10,3	+ 2,9	+ 1,3
Saarland	444	457	469	44,8	8,3	7,7	+ 5,6	+ 2,6
Sachsen	1 913	1 959	1 944	46,5	11,0	11,3	+ 1,6	- 0,8
Sachsen-Anhalt	1 083	1 106	1 082	46,9	8,1	8,7	- 0,1	- 2,2
Schleswig-Holstein	1 310	1 360	1 379	46,3	11,4	11,5	+ 5,3	+ 1,4
Thüringen	1 067	1 113	1 098	46,2	10,2	10,4	+ 2,9	- 1,3
Deutschland	38 163	39 870	40 161	46,0	11,1	11,0	+ 5,2	+ 0,7
Westdeutschland	30 636	32 049	32 377	45,9	10,9	10,8	+ 5,7	+ 1,0
Ostdeutschland	7 527	7 820	7 783	46,8	11,7	11,8	+ 3,4	- 0,5

12. Erwerbstätigenquoten (Mikrozensus)

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Frauen- erwerbs- tätigenquote	Veränderung der Männer- erwerbs- tätigenquote
	2007	2011	2012	2007	2011	2012		
	%						12/11 Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	66,8	70,0	70,2	79,3	80,2	80,3	+ 0,2	+ 0,1
Bayern	66,0	70,4	70,8	79,3	81,1	81,6	+ 0,4	+ 0,5
Berlin	59,8	64,7	65,2	64,2	68,9	70,6	+ 0,5	+ 1,7
Brandenburg	66,2	72,4	71,5	71,0	75,1	75,5	- 0,9	+ 0,4
Bremen	59,9	63,6	63,3	68,3	69,8	72,4	- 0,3	+ 2,6
Hamburg	64,1	69,5	69,6	74,6	77,2	76,7	+ 0,1	- 0,5
Hessen	62,9	67,5	67,8	75,8	78,6	78,3	+ 0,3	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	62,4	68,4	67,8	68,2	73,8	72,4	- 0,6	- 1,4
Niedersachsen	61,3	66,5	67,1	74,2	76,9	77,0	+ 0,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	59,7	63,4	63,7	73,1	75,0	75,3	+ 0,3	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	64,4	66,8	67,4	77,4	78,3	78,5	+ 0,6	+ 0,2
Saarland	58,7	61,4	62,0	72,3	72,8	74,9	+ 0,6	+ 2,1
Sachsen	64,1	70,6	70,6	70,2	75,6	75,7	+ 0,0	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	62,8	70,0	69,7	68,5	75,1	74,5	- 0,3	- 0,6
Schleswig-Holstein	63,5	67,9	68,7	75,5	76,5	77,4	+ 0,8	+ 0,9
Thüringen	63,5	71,4	71,1	71,9	77,3	77,2	- 0,3	- 0,1
Deutschland	63,1	67,6	67,8	74,5	77,1	77,4	+ 0,2	+ 0,3
Westdeutschland	63,1	67,1	67,5	76,0	77,8	78,1	+ 0,4	+ 0,3
Ostdeutschland	63,1	69,3	69,1	68,9	74,0	74,3	- 0,2	+ 0,3

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen am Insgesamt	Veränderung insgesamt	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012		12/07	12/11
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	3 804	3 984	4 072	1 663	1 783	1 825	44,8	+ 7,0	+ 2,2
Bayern	4 412	4 703	4 827	1 959	2 137	2 196	45,5	+ 9,4	+ 2,6
Berlin	1 048	1 151	1 190	540	592	611	51,3	+ 13,5	+ 3,4
Brandenburg	725	763	771	350	370	373	48,4	+ 6,3	+ 1,0
Bremen	279	291	297	119	127	129	43,4	+ 6,5	+ 2,1
Hamburg	772	835	855	349	387	396	46,3	+ 10,8	+ 2,4
Hessen	2 130	2 233	2 272	941	1 007	1 027	45,2	+ 6,7	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	512	529	532	262	273	274	51,5	+ 3,9	+ 0,6
Niedersachsen	2 357	2 531	2 599	1 042	1 139	1 172	45,1	+ 10,3	+ 2,7
Nordrhein-Westfalen	5 666	5 964	6 051	2 436	2 639	2 689	44,4	+ 6,8	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	1 179	1 248	1 266	527	571	580	45,8	+ 7,4	+ 1,4
Saarland	345	358	363	144	156	159	43,8	+ 5,2	+ 1,4
Sachsen	1 373	1 437	1 454	670	707	713	49,0	+ 5,9	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	734	759	757	363	375	375	49,5	+ 3,1	- 0,3
Schleswig-Holstein	795	842	857	372	400	408	47,6	+ 7,8	+ 1,8
Thüringen	726	752	759	348	363	366	48,2	+ 4,5	+ 0,9
Deutschland	26 855	28 381	28 921	12 085	13 026	13 295	46,0	+ 7,7	+ 1,9
Westdeutschland	21 737	22 989	23 458	9 553	10 345	10 581	45,1	+ 7,9	+ 2,0
Ostdeutschland	5 117	5 392	5 463	2 532	2 681	2 713	49,7	+ 6,8	+ 1,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

14. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Geringfügig Beschäftigte ohne Beschäftigte im Nebenjob insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen am Insgesamt	Veränderung insgesamt	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012		12/07	12/11
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	691 843	695 766	689 644	477 988	470 122	462 619	67,1	- 0,3	- 0,9
Bayern	743 256	747 923	742 701	530 581	520 280	511 228	68,8	- 0,1	- 0,7
Berlin	142 677	147 841	145 532	79 091	81 100	79 860	54,9	+ 2,0	- 1,6
Brandenburg	97 340	100 784	98 523	55 127	56 600	55 410	56,2	+ 1,2	- 2,2
Bremen	48 228	46 319	45 932	30 550	28 557	28 186	61,4	- 4,8	- 0,8
Hamburg	100 721	101 530	102 575	63 879	62 488	62 754	61,2	+ 1,8	+ 1,0
Hessen	366 688	370 427	367 983	249 883	244 468	241 171	65,5	+ 0,4	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	69 392	65 898	64 843	39 284	36 394	35 695	55,0	- 6,6	- 1,6
Niedersachsen	510 075	514 804	504 578	353 324	348 137	339 606	67,3	- 1,1	- 2,0
Nordrhein-Westfalen	1 243 197	1 252 832	1 233 989	849 187	837 472	818 835	66,4	- 0,7	- 1,5
Rheinland-Pfalz	253 664	256 218	253 841	178 261	174 270	171 497	67,6	+ 0,1	- 0,9
Saarland	72 661	69 724	68 875	51 255	47 556	46 379	67,3	- 5,2	- 1,2
Sachsen	184 163	173 951	170 606	110 709	101 739	99 785	58,5	- 7,4	- 1,9
Sachsen-Anhalt	90 946	87 419	84 865	55 274	52 421	50 576	59,6	- 6,7	- 2,9
Schleswig-Holstein	173 210	176 585	175 517	114 758	113 582	112 096	63,9	+ 1,3	- 0,6
Thüringen	93 474	86 301	84 057	57 058	51 080	49 380	58,7	- 10,1	- 2,6
Deutschland	4 881 535	4 894 322	4 834 061	3 296 209	3 226 266	3 165 077	65,5	- 1,0	- 1,2
Westdeutschland	4 203 543	4 232 128	4 185 635	2 899 666	2 846 932	2 794 371	66,8	- 0,4	- 1,1
Ostdeutschland	677 992	662 194	648 426	396 543	379 334	370 706	57,2	- 4,4	- 2,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

15. Erwerbstätige (am Wohnort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion

Land	Erwerbstätige mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion insgesamt			Darunter Frauen ²	Anteil an allen Erwerbstätigen			Veränderung insgesamt	
	2007	2011	2012		2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl (1 000)				%				
Baden-Württemberg	903	982	1 061	423	17,0	17,8	19,1	+ 17,5	+ 8,0
Bayern	1 008	1 140	1 224	491	16,3	17,5	18,5	+ 21,4	+ 7,4
Berlin	450	483	524	248	29,9	29,9	31,5	+ 16,4	+ 8,5
Brandenburg	195	192	196	90	16,2	15,5	15,9	+ 0,5	+ 2,1
Bremen ¹	49	57	67	29	17,2	18,9	22,1	+ 36,7	+ 17,5
Hamburg	195	231	234	108	23,0	25,5	25,6	+ 20,0	+ 1,3
Hessen	553	602	640	264	19,5	20,0	21,2	+ 15,7	+ 6,3
Mecklenburg-Vorpommern ¹	93	105	97	44	12,3	13,4	12,7	+ 4,3	- 7,6
Niedersachsen	528	574	607	260	14,8	15,2	15,9	+ 15,0	+ 5,7
Nordrhein-Westfalen	1 315	1 400	1 469	621	16,5	16,9	17,7	+ 11,7	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	289	299	323	133	15,1	15,4	16,4	+ 11,8	+ 8,0
Saarland ¹	53	67	70	28	11,9	14,7	14,9	+ 32,1	+ 4,5
Sachsen	321	333	343	165	16,8	17,0	17,6	+ 6,9	+ 3,0
Sachsen-Anhalt ¹	125	143	149	70	11,5	12,9	13,8	+ 19,2	+ 4,2
Schleswig-Holstein	188	208	221	94	14,4	15,3	16,0	+ 17,6	+ 6,3
Thüringen ¹	149	159	162	77	14,0	14,3	14,8	+ 8,7	+ 1,9
Deutschland	6 436	6 980	7 390	3 154	16,9	17,5	18,4	+ 14,8	+ 5,9
Westdeutschland ³	5 081	5 560	5 916	2 451	16,6	17,3	18,3	+ 16,4	+ 6,4
Ostdeutschland ³	1 333	1 415	1 471	685	17,7	18,1	18,9	+ 10,4	+ 4,0

1 Für 2007 ohne Abschluss Verwaltungsfachhochschule, daher ist hier der Vergleich zu 2012 eingeschränkt.

2 In Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Sachsen-Anhalt ohne Angabe Promotion.

3 Ergebnis für Westdeutschland und Ostdeutschland für 2007 weicht in der Summe vom Deutschland-Ergebnis ab (siehe Fußnoten 1 und 2).

Quelle: Mikrozensus.

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹ (im Juni)			Unterbeschäftigungsquote ²	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013		13/08	13/12
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	216 166	213 013	227 794	3,9	3,7	3,9	5,3	+ 5,4	+ 6,9
Bayern	252 379	231 225	247 130	3,8	3,4	3,6	4,9	- 2,1	+ 6,9
Berlin	228 593	211 914	208 780	13,6	12,0	11,6	15,5	- 8,7	- 1,5
Brandenburg	168 438	131 256	126 890	12,5	9,8	9,5	12,4	- 24,7	- 3,3
Bremen	35 850	36 502	37 003	11,1	11,0	10,9	14,3	+ 3,2	+ 1,4
Hamburg	71 032	70 269	70 526	7,9	7,4	7,3	10,3	- 0,7	+ 0,4
Hessen	199 556	175 172	183 493	6,4	5,6	5,7	7,4	- 8,0	+ 4,8
Mecklenburg-Vorpommern	118 119	95 033	90 924	13,5	11,2	10,8	14,5	- 23,0	- 4,3
Niedersachsen	291 657	253 125	260 987	7,4	6,2	6,3	8,3	- 10,5	+ 3,1
Nordrhein-Westfalen	751 150	727 470	754 102	8,4	8,0	8,2	10,3	+ 0,4	+ 3,7
Rheinland-Pfalz	111 697	109 030	112 964	5,4	5,2	5,3	7,0	+ 1,1	+ 3,6
Saarland	36 121	33 778	37 051	7,1	6,6	7,2	9,9	+ 2,6	+ 9,7
Sachsen	268 130	198 993	191 012	12,4	9,4	9,0	12,1	- 28,8	- 4,0
Sachsen-Anhalt	171 450	131 309	127 093	13,8	11,1	10,7	15,3	- 25,9	- 3,2
Schleswig-Holstein	102 255	96 563	97 634	7,2	6,6	6,6	8,5	- 4,5	+ 1,1
Thüringen	128 605	94 453	91 280	10,7	8,1	7,8	10,6	- 29,0	- 3,4
Deutschland	3 151 198	2 809 105	2 864 663	7,5	6,6	6,6	8,8	- 9,1	+ 2,0
Westdeutschland	2 067 863	1 946 147	2 028 684	6,2	5,7	5,8	7,6	- 1,9	+ 4,2
Ostdeutschland	1 083 335	862 958	835 979	12,7	10,3	9,9	13,4	- 22,8	- 3,1

1 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

2 Vorläufige Werte.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (im Juni)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (im Juni)				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2008	2012	2013	insgesamt		männlich	weiblich	13/08	13/12
				2012	2013				
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	17 528	16 161	17 986	2,4	2,6	2,9	2,3	+ 2,6	+ 11,3
Bayern	23 225	19 677	21 789	2,4	2,7	2,8	2,5	- 6,2	+ 10,7
Berlin	22 283	20 845	18 948	13,0	11,9	13,8	9,9	- 15,0	- 9,1
Brandenburg	17 165	11 413	10 422	9,7	9,7	10,5	8,7	- 39,3	- 8,7
Bremen	2 944	3 199	3 314	8,8	9,4	10,7	7,9	+ 12,6	+ 3,6
Hamburg	5 476	4 976	5 422	5,3	5,7	6,6	4,8	- 1,0	+ 9,0
Hessen	20 550	16 991	17 292	5,1	5,3	5,9	4,6	- 15,9	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	12 246	9 028	8 065	10,4	10,3	11,5	8,8	- 34,1	- 10,7
Niedersachsen	27 488	23 340	26 089	5,2	5,7	6,1	5,2	- 5,1	+ 11,8
Nordrhein-Westfalen	69 786	68 610	69 994	6,9	7,0	7,9	6,0	+ 0,3	+ 2,0
Rheinland-Pfalz	13 117	11 953	12 019	4,7	4,8	5,1	4,5	- 8,4	+ 0,6
Saarland	3 254	3 565	3 966	6,4	7,1	7,7	6,4	+ 21,9	+ 11,2
Sachsen	28 089	16 417	14 960	8,1	7,9	8,3	7,4	- 46,7	- 8,9
Sachsen-Anhalt	16 752	10 993	10 222	9,6	9,9	10,3	9,3	- 39,0	- 7,0
Schleswig-Holstein	10 982	10 446	10 805	6,5	6,6	7,4	5,7	- 1,6	+ 3,4
Thüringen	12 082	7 189	6 453	6,6	6,4	6,5	6,3	- 46,6	- 10,2
Deutschland	302 967	254 803	257 746	5,5	5,6	6,1	4,9	- 14,9	+ 1,2
Westdeutschland	194 350	178 918	188 676	4,6	4,8	5,4	4,3	- 2,9	+ 5,5
Ostdeutschland	108 617	75 885	69 070	9,6	9,3	10,1	8,4	- 36,4	- 9,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wirtschaft und Einkommen

18. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen insgesamt			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	359 916	382 836	389 493	64 276	66 752	67 066	+ 2,8	+ 0,6
Bayern	415 975	456 273	465 502	63 676	66 759	67 013	+ 6,3	+ 0,7
Berlin	90 661	101 141	103 604	56 425	59 010	58 892	+ 9,4	+ 1,2
Brandenburg	51 353	56 475	57 774	49 611	52 715	53 805	+ 5,0	+ 0,5
Bremen	26 528	26 956	27 693	65 816	65 858	66 881	+ 0,9	+ 1,2
Hamburg	89 740	93 447	95 815	83 017	81 731	82 485	+ 5,1	+ 1,2
Hessen	220 686	226 180	229 747	71 360	70 819	71 152	+ 0,1	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	33 241	35 477	36 885	45 359	48 506	50 598	+ 4,1	+ 1,9
Niedersachsen	206 220	224 287	230 021	57 089	59 536	60 225	+ 5,7	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	541 009	572 275	582 054	63 171	64 862	65 376	+ 2,4	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	105 981	114 932	117 659	57 203	60 192	61 096	+ 4,5	+ 0,9
Saarland	30 751	31 503	31 709	60 516	61 051	61 174	- 1,4	- 0,4
Sachsen	90 647	95 383	96 608	46 662	48 581	48 946	+ 0,5	- 0,3
Sachsen-Anhalt	49 652	51 474	52 810	49 183	50 858	52 619	- 1,3	+ 0,5
Schleswig-Holstein	70 581	75 389	77 275	55 920	57 827	58 952	+ 4,9	+ 0,9
Thüringen	45 559	48 573	49 250	44 589	46 869	47 472	+ 1,5	- 0,3
Deutschland	2 428 500	2 592 600	2 643 900	60 930	62 982	63 535	+ 3,6	+ 0,7
Westdeutschland	2 067 387	2 204 078	2 246 969	63 595	65 528	66 017	+ 3,6	+ 0,7
Ostdeutschland	361 113	388 522	396 931	49 140	51 607	52 387	+ 3,6	+ 0,5

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2007	2011	2012	2012			12/07	12/11
1 000			%					
Baden-Württemberg	5 599 563	5 735 159	5 807 561	1,3	31,4	67,4	+ 3,7	+ 1,3
Bayern	6 532 705	6 834 608	6 946 492	2,2	27,7	70,1	+ 6,3	+ 1,6
Berlin	1 606 737	1 713 963	1 759 213	0,0	12,4	87,6	+ 9,5	+ 2,6
Brandenburg	1 035 109	1 071 321	1 073 777	2,9	23,1	73,9	+ 3,7	+ 0,2
Bremen	403 070	409 301	414 061	0,1	19,2	80,6	+ 2,7	+ 1,2
Hamburg	1 080 976	1 143 353	1 161 602	0,2	12,7	87,1	+ 7,5	+ 1,6
Hessen	3 092 559	3 193 774	3 228 940	0,9	21,6	77,4	+ 4,4	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	732 842	731 409	728 984	3,2	19,6	77,2	- 0,5	- 0,3
Niedersachsen	3 612 225	3 767 236	3 819 357	3,0	23,9	73,2	+ 5,7	+ 1,4
Nordrhein-Westfalen	8 564 267	8 822 905	8 903 176	0,9	23,4	75,7	+ 4,0	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	1 852 716	1 909 439	1 925 803	2,3	26,3	71,4	+ 3,9	+ 0,9
Saarland	508 150	516 000	518 343	0,5	28,0	71,5	+ 2,0	+ 0,5
Sachsen	1 942 617	1 963 381	1 973 765	1,5	27,1	71,4	+ 1,6	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	1 009 531	1 012 097	1 003 646	2,2	26,2	71,5	- 0,6	- 0,8
Schleswig-Holstein	1 262 169	1 303 701	1 310 817	3,0	19,7	77,3	+ 3,9	+ 0,5
Thüringen	1 021 764	1 036 353	1 037 463	2,2	30,1	67,7	+ 1,5	+ 0,1
Deutschland	39 857 000	41 164 000	41 613 000	1,6	24,7	73,7	+ 4,4	+ 1,1
Westdeutschland	32 508 400	33 635 476	34 036 152	1,6	25,2	73,9	+ 4,7	+ 1,2
Ostdeutschland	7 348 600	7 528 524	7 576 848	1,7	22,7	75,6	+ 3,1	+ 0,6

20. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2007	2011	2012	2007	2012			12/07	12/11
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	1 929	2 225	2 298	0,6	0,7	10,0	31 138	- 18,3	- 1,9
Bayern	3 974	4 460	4 624	1,1	1,1	20,1	29 655	- 11,1	- 0,4
Berlin	8	8	9	0,0	0,0	0,0	14 488	- 28,7	+ 2,6
Brandenburg	877	1 014	1 198	1,9	2,3	5,2	38 247	- 10,8	+ 11,0
Bremen	11	10	10	0,0	0,0	0,0	19 406	- 19,7	- 2,8
Hamburg	76	91	98	0,1	0,1	0,4	42 373	- 8,6	+ 2,5
Hessen	961	1 032	1 035	0,5	0,5	4,5	34 208	- 26,0	- 5,4
Mecklenburg-Vorpommern	912	1 092	1 298	3,1	3,9	5,6	56 447	- 6,4	+ 12,0
Niedersachsen	3 144	3 541	3 732	1,7	1,8	16,2	32 901	- 13,3	+ 0,3
Nordrhein-Westfalen	2 227	2 420	2 558	0,5	0,5	11,1	32 709	- 19,7	- 0,8
Rheinland-Pfalz	1 346	1 599	1 687	1,4	1,6	7,3	37 678	- 10,5	+ 1,2
Saarland	49	69	74	0,2	0,3	0,3	28 122	+ 9,7	+ 2,4
Sachsen	906	1 026	1 103	1,1	1,3	4,8	36 525	- 10,8	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	885	1 069	1 237	2,0	2,6	5,4	55 067	- 3,1	+ 7,7
Schleswig-Holstein	955	1 152	1 245	1,5	1,8	5,4	31 849	- 7,9	+ 3,9
Thüringen	699	762	833	1,7	1,9	3,6	37 113	- 15,0	+ 2,5
Deutschland	18 960	21 570	23 040	0,9	1,0	100,0	34 337	- 13,1	+ 1,5
Westdeutschland	14 671	16 599	17 362	0,8	0,9	75,4	32 094	- 14,4	- 0,3
Ostdeutschland	4 289	4 971	5 678	1,3	1,6	24,6	43 668	- 9,1	+ 7,5

21. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2007	2011	2012	2007	2012			12/07	12/11
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	126 557	133 825	135 906	39,2	39,0	18,8	74 598	- 1,9	- 0,4
Bayern	119 175	139 431	140 999	32,0	33,9	19,5	73 283	+ 8,2	- 0,9
Berlin	13 845	15 824	16 123	17,0	17,4	2,2	74 073	+ 9,4	- 0,1
Brandenburg	12 494	14 260	14 328	27,1	27,7	2,0	57 665	+ 2,9	- 2,4
Bremen	6 970	6 323	6 549	29,3	26,4	0,9	82 181	- 14,1	+ 1,5
Hamburg	13 314	12 532	12 776	16,6	14,9	1,8	86 367	- 11,8	- 0,5
Hessen	46 850	50 116	50 189	23,7	24,4	6,9	71 867	- 1,0	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 486	6 539	6 699	21,8	20,3	0,9	46 887	- 8,8	- 0,4
Niedersachsen	58 247	64 254	65 944	31,5	32,1	9,1	72 387	+ 1,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	145 831	150 669	151 112	30,1	29,0	20,9	72 522	- 6,4	- 2,0
Rheinland-Pfalz	33 518	35 648	36 723	35,3	34,9	5,1	72 627	- 1,2	+ 0,6
Saarland	10 289	10 184	10 236	37,3	36,1	1,4	70 451	- 7,6	- 1,1
Sachsen	25 867	27 157	27 000	31,8	31,3	3,7	50 565	- 5,0	- 3,0
Sachsen-Anhalt	14 816	14 961	15 367	33,3	32,5	2,1	58 383	- 7,4	- 0,3
Schleswig-Holstein	15 642	16 725	17 187	24,7	24,9	2,4	66 627	- 0,6	+ 0,1
Thüringen	14 019	15 043	15 134	34,3	34,4	2,1	48 438	- 0,8	- 1,6
Deutschland	663 920	713 490	722 270	30,5	30,5	100,0	70 164	- 1,0	- 1,0
Westdeutschland	576 393	619 706	627 620	31,1	31,2	86,9	73 188	- 0,9	- 0,9
Ostdeutschland	87 527	93 784	94 650	27,0	26,7	13,1	55 074	- 1,6	- 1,6

22. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2007	2011	2012	2007	2012			12/07	12/11
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	194 155	206 153	210 130	60,2	60,3	13,0	53 715	+ 5,6	+ 1,5
Bayern	249 745	263 955	270 688	67,0	65,0	16,7	55 622	+ 5,3	+ 1,7
Berlin	67 418	74 574	76 524	83,0	82,6	4,7	49 660	+ 9,4	+ 1,6
Brandenburg	32 663	35 207	36 143	71,0	70,0	2,2	45 521	+ 6,1	+ 1,5
Bremen	16 801	17 762	18 207	70,6	73,5	1,1	54 536	+ 7,1	+ 1,2
Hamburg	67 056	70 906	72 816	83,4	85,0	4,5	71 998	+ 8,5	+ 1,6
Hessen	150 020	151 026	154 245	75,8	75,1	9,5	61 690	+ 0,6	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	22 401	24 080	24 990	75,2	75,8	1,5	44 378	+ 8,1	+ 2,1
Niedersachsen	123 472	132 687	136 038	66,8	66,1	8,4	48 673	+ 7,9	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	336 921	358 447	366 877	69,5	70,5	22,7	54 422	+ 6,5	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	60 141	65 487	66 816	63,3	63,5	4,1	48 580	+ 7,7	+ 1,2
Saarland	17 228	17 907	18 048	62,5	63,6	1,1	48 724	+ 2,4	+ 0,1
Sachsen	54 485	57 076	58 296	67,1	67,5	3,6	41 357	+ 3,2	+ 1,0
Sachsen-Anhalt	28 808	29 980	30 626	64,7	64,8	1,9	42 656	+ 1,7	+ 0,7
Schleswig-Holstein	46 673	49 511	50 677	73,8	73,3	3,1	49 989	+ 6,8	+ 1,3
Thüringen	26 123	27 613	28 079	64,0	63,7	1,7	39 966	+ 2,9	+ 0,4
Deutschland	1 494 110	1 582 370	1 619 200	68,6	68,5	100,0	52 832	+ 5,7	+ 1,5
Westdeutschland	1 262 212	1 333 840	1 364 541	68,1	67,9	84,3	54 757	+ 5,7	+ 1,5
Ostdeutschland	231 898	248 530	254 659	71,6	71,7	15,7	44 457	+ 5,7	+ 1,3

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹		Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2007	2011	2012	2007	2012 ²	12/07	12/11
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 137	2 284	2 169	49,7	48,8	+ 1,5	- 5,0
Bayern	3 831	3 413	3 286	67,9	55,6	- 14,2	- 3,7
Berlin	1 428	1 385	1 286	110,9	93,6	- 9,9	- 7,1
Brandenburg	801	629	608	92,2	67,6	- 24,1	- 3,3
Bremen	219	253	230	97,0	101,8	+ 5,0	- 9,1
Hamburg	593	745	781	69,2	86,9	+ 31,7	+ 4,8
Hessen	1 720	1 681	1 548	69,7	61,9	- 10,0	- 7,9
Mecklenburg-Vorpommern	490	433	375	91,2	68,3	- 23,5	- 13,4
Niedersachsen	2 507	2 472	2 314	93,4	85,1	- 7,7	- 6,4
Nordrhein-Westfalen	9 374	11 215	10 548	141,4	157,9	+ 12,5	- 5,9
Rheinland-Pfalz	1 383	1 225	1 094	88,7	70,2	- 20,9	- 10,7
Saarland	402	420	352	112,0	100,1	- 12,4	- 16,2
Sachsen	1 815	1 587	1 388	124,2	93,2	- 23,5	- 12,5
Sachsen-Anhalt	850	772	657	124,5	97,8	- 22,7	- 14,9
Schleswig-Holstein	1 095	1 104	1 143	101,6	102,3	+ 4,4	+ 3,5
Thüringen	515	481	518	67,6	68,0	+ 0,6	+ 7,7
Deutschland	29 160	30 099	28 297	92,9	88,0	- 3,0	- 6,0
Westdeutschland	23 261	24 812	23 465	90,1	88,9	+ 0,9	- 5,4
Ostdeutschland	5 899	5 287	4 832	105,3	84,1	- 18,1	- 8,6

1 Ohne Steuerpflichtige Unternehmen 2007/2011 mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2 Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2011.

24. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen insgesamt	
	2007	2010	2011	2007	2010	2011	11/07	11/10
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	429 858	437 831	444 788	428 047	435 983	442 778	+ 3,5	+ 1,6
Bayern	564 608	578 985	590 693	562 922	577 234	588 836	+ 4,6	+ 2,0
Berlin	128 717	133 701	137 386	128 501	133 457	137 129	+ 6,7	+ 2,8
Brandenburg	86 854	88 495	89 913	86 750	88 370	89 780	+ 3,5	+ 1,6
Bremen	22 581	22 559	22 598	22 420	22 391	22 415	+ 0,1	+ 0,2
Hamburg	85 658	87 793	89 851	85 163	87 294	89 313	+ 4,9	+ 2,3
Hessen	246 837	246 751	250 050	245 971	245 892	249 157	+ 1,3	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	53 746	54 336	54 896	53 674	54 260	54 816	+ 2,1	+ 1,0
Niedersachsen	268 524	267 799	271 766	267 631	266 855	270 749	+ 1,2	+ 1,5
Nordrhein-Westfalen	662 884	658 039	668 198	660 134	655 346	665 308	+ 0,8	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	155 936	155 060	155 765	155 529	154 653	155 337	- 0,1	+ 0,5
Saarland	35 891	35 220	35 165	35 769	35 100	35 031	- 2,0	- 0,2
Sachsen	146 159	146 770	148 991	145 982	146 591	148 783	+ 1,9	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	68 257	66 600	67 147	68 146	66 475	67 008	- 1,6	+ 0,8
Schleswig-Holstein	107 771	109 817	111 718	107 466	109 489	111 358	+ 3,7	+ 1,7
Thüringen	76 228	75 530	76 170	76 137	75 444	76 077	- 0,1	+ 0,8
Deutschland	3 140 509	3 165 286	3 215 095	3 130 242	3 154 834	3 203 875	+ 2,4	+ 1,6
Westdeutschland	2 580 548	2 599 854	2 640 592	2 571 052	2 590 237	2 630 282	+ 2,3	+ 1,6
Ostdeutschland	559 961	565 432	574 503	559 190	564 597	573 593	+ 2,6	+ 1,6

25. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a. d. Lieferungen u. Leistungen
	2007	2010	2011	2007	2010	2011	11/07	11/10	2011
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	872 465	880 504	965 463	294 580	298 317	316 878	+ 10,7	+ 9,6	32,8
Bayern	857 547	871 164	939 825	334 067	349 027	370 672	+ 9,6	+ 7,9	39,4
Berlin	138 358	153 839	168 050	55 615	62 200	66 263	+ 21,5	+ 9,2	39,4
Brandenburg	67 228	70 307	73 781	40 257	43 130	45 794	+ 9,7	+ 4,9	62,1
Bremen	56 686	59 202	64 896	21 301	22 265	22 721	+ 14,5	+ 9,6	35,0
Hamburg	330 469	371 600	425 725	64 935	65 800	68 894	+ 28,8	+ 14,6	21,0
Hessen	433 720	415 365	451 762	146 345	149 551	156 681	+ 4,2	+ 8,8	34,7
Mecklenburg-Vorpommern	37 477	40 107	42 993	27 361	28 933	30 641	+ 14,7	+ 7,2	71,3
Niedersachsen	453 813	455 688	506 210	178 380	184 587	195 670	+ 11,5	+ 11,1	38,7
Nordrhein-Westfalen	1 312 300	1 308 133	1 379 099	449 857	447 554	469 919	+ 5,1	+ 5,4	34,1
Rheinland-Pfalz	182 646	192 053	210 047	85 131	85 846	91 086	+ 15,0	+ 9,4	43,4
Saarland	60 067	63 581	71 084	21 828	23 176	24 229	+ 18,3	+ 11,8	34,1
Sachsen	107 545	109 892	118 180	70 747	73 944	78 845	+ 9,9	+ 7,5	66,7
Sachsen-Anhalt	56 826	58 706	63 439	35 993	37 235	39 220	+ 11,6	+ 8,1	61,8
Schleswig-Holstein	128 727	138 185	150 105	65 740	68 114	70 862	+ 16,6	+ 8,6	47,2
Thüringen	52 392	52 670	56 521	39 843	41 018	43 795	+ 7,9	+ 7,3	77,5
Deutschland	5 148 265	5 240 997	5 687 179	1 931 980	1 980 697	2 092 170	+ 10,5	+ 8,5	36,8
Westdeutschland	4 688 440	4 755 475	5 164 216	1 662 164	1 694 237	1 787 612	+ 10,1	+ 8,6	34,6
Ostdeutschland	459 826	485 521	522 964	269 816	286 460	304 558	+ 13,7	+ 7,7	58,2

26. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2012	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2007 ¹	2011	2012	2007	2012		12/07 ¹	12/11
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	283 635	304 807	308 985	17,9	17,4	255 519	+ 8,9	+ 1,4
Bayern	314 993	333 692	336 793	19,9	19,1	281 465	+ 6,9	+ 0,9
Berlin	29 740	24 809	23 327	1,9	1,4	251 267	- 21,6	- 6,0
Brandenburg	19 732	25 787	25 432	1,2	1,5	256 544	+ 28,9	- 1,4
Bremen	17 571	23 516	24 913	1,1	1,3	482 478	+ 41,8	+ 5,9
Hamburg	72 734	85 064	88 419	4,6	4,9	1 055 553	+ 21,6	+ 3,9
Hessen	94 620	112 541	110 573	6,0	6,4	276 333	+ 16,9	- 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 967	12 979	12 729	0,7	0,7	222 181	+ 16,1	- 1,9
Niedersachsen	168 958	192 087	195 405	10,7	11,0	378 727	+ 15,7	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	327 436	348 102	342 530	20,7	19,9	281 221	+ 4,6	- 1,6
Rheinland-Pfalz	75 659	88 564	89 666	4,8	5,1	312 666	+ 18,5	+ 1,2
Saarland	24 403	27 390	27 147	1,5	1,6	291 985	+ 11,2	- 0,9
Sachsen	51 129	60 889	59 529	3,2	3,5	227 621	+ 16,4	- 2,2
Sachsen-Anhalt	34 640	42 760	42 413	2,2	2,4	324 809	+ 22,4	- 0,8
Schleswig-Holstein	30 419	34 741	36 150	1,9	2,0	297 527	+ 18,8	+ 4,1
Thüringen	25 960	32 058	31 462	1,6	1,8	187 891	+ 21,2	- 1,9
Deutschland	1 582 596	1 749 786	1 755 473	100,0	100,0	293 293	+ 10,9	+ 0,3
Westdeutschland	1 410 428	1 550 504	1 560 581	89,1	88,6	301 470	+ 10,6	+ 0,6
Ostdeutschland	172 168	199 282	194 892	10,9	11,4	240 960	+ 13,2	- 2,2

¹ Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

27. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2012	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2007 ¹	2011	2012	2007	2012		12/07 ¹	12/11
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	10 414	11 651	11 768	12,7	12,5	133 378	+ 13,0	+ 1,0
Bayern	15 772	17 655	18 054	19,3	19,2	137 279	+ 14,5	+ 2,3
Berlin	2 124	2 687	2 752	2,6	2,9	135 653	+ 29,6	+ 2,4
Brandenburg	3 282	3 901	3 732	4,0	4,0	110 868	+ 13,7	- 4,3
Bremen	465	564	541	0,6	0,6	151 756	+ 16,5	- 4,0
Hamburg	1 457	1 770	1 625	1,8	1,7	180 356	+ 11,6	- 8,2
Hessen	5 627	6 156	6 291	6,9	6,7	124 623	+ 11,8	+ 2,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 846	1 869	1 902	2,3	2,0	115 522	+ 3,0	+ 1,8
Niedersachsen	8 453	10 399	10 548	10,3	11,2	131 730	+ 24,8	+ 1,4
Nordrhein-Westfalen	13 738	15 541	15 801	16,8	16,8	121 481	+ 15,0	+ 1,7
Rheinland-Pfalz	4 224	4 735	4 726	5,2	5,0	121 274	+ 11,9	- 0,2
Saarland	961	1 080	1 070	1,2	1,1	116 919	+ 11,3	- 0,9
Sachsen	5 454	6 341	6 163	6,7	6,6	108 435	+ 13,0	- 2,8
Sachsen-Anhalt	2 975	3 328	3 329	3,6	3,5	108 237	+ 11,9	+ 0,0
Schleswig-Holstein	2 246	2 649	2 576	2,7	2,7	112 422	+ 14,7	- 2,8
Thüringen	2 870	3 105	2 946	3,5	3,1	106 387	+ 2,7	- 5,1
Deutschland	81 907	93 429	93 823	100,0	100,0	125 153	+ 14,5	+ 0,4
Westdeutschland	63 356	72 200	72 999	77,4	77,8	129 438	+ 15,2	+ 1,1
Ostdeutschland	18 551	21 231	20 824	22,6	22,2	112 139	+ 12,3	- 1,9

¹ Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen						Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt		
	Gästeübernachtungen insgesamt			darunter von Gästen aus dem Ausland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹			12/07	12/11
	2007	2011	2012		2007	2011	2012		
	Anzahl (1 000)			%	Tage			%	
Baden-Württemberg	42 405	45 616	47 672	19,8	2,7	2,6	2,6	+ 12,4	+ 4,7
Bayern	76 258	80 597	84 070	18,2	2,9	2,7	2,7	+ 10,2	+ 4,1
Berlin	17 286	22 359	24 896	42,5	2,3	2,3	2,3	+ 44,0	+ 11,4
Brandenburg	9 935	11 057	11 481	7,0	2,7	2,7	2,8	+ 15,6	+ 4,0
Bremen	1 531	1 931	1 916	20,9	1,7	1,9	1,8	+ 25,1	- 0,7
Hamburg	7 402	9 530	10 634	22,5	1,9	1,9	1,9	+ 43,7	+ 11,6
Hessen	26 882	29 016	29 965	20,8	2,4	2,3	2,3	+ 11,5	+ 3,5
Mecklenburg-Vorpommern	26 320	27 622	27 941	3,3	4,2	4,1	4,0	+ 6,2	+ 1,3
Niedersachsen	35 884	39 431	40 004	8,8	3,3	3,2	3,1	+ 11,5	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	40 404	44 245	45 419	20,3	2,3	2,3	2,3	+ 12,4	+ 2,8
Rheinland-Pfalz	19 940	21 533	21 091	25,2	2,7	2,6	2,6	+ 5,8	- 1,5
Saarland	2 285	2 330	2 284	11,3	2,9	2,9	2,9	+ 0,0	- 1,9
Sachsen	16 052	17 339	18 355	9,9	2,7	2,6	2,6	+ 14,3	+ 6,1
Sachsen-Anhalt	6 521	7 070	7 354	7,2	2,5	2,4	2,5	+ 12,8	+ 4,3
Schleswig-Holstein	23 595	24 514	24 848	6,3	4,3	4,0	4,0	+ 3,8	+ 0,1
Thüringen	9 140	9 487	9 695	6,1	2,8	2,7	2,7	+ 6,1	+ 2,4
Deutschland	361 840	394 036	407 260	16,9	2,8	2,7	2,7	+ 12,6	+ 3,6
Westdeutschland	276 586	298 743	307 903	17,4	+ 11,3	+ 2,9
Ostdeutschland	85 254	94 934	99 722	15,3	+ 17,0	+ 5,0

1 Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen pro Einwohner

Land	Verfügbares Einkommen pro Einwohner			Deutschland = 100		Veränderung je Einwohner	
	2006	2010	2011	2010	2011	11/06	11/10
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	19 696	20 844	21 679	107,9	108,8	+ 10,1	+ 4,0
Bayern	19 712	21 297	22 086	110,3	110,8	+ 12,0	+ 3,7
Berlin	16 046	16 608	16 927	86,0	84,9	+ 5,5	+ 1,9
Brandenburg	15 545	16 976	17 382	87,9	87,2	+ 11,8	+ 2,4
Bremen	17 769	19 631	20 332	101,7	102,0	+ 14,4	+ 3,6
Hamburg	20 355	20 807	21 313	107,7	106,9	+ 4,7	+ 2,4
Hessen	18 636	19 794	20 452	102,5	102,6	+ 9,7	+ 3,3
Mecklenburg-Vorpommern	14 935	16 026	16 317	83,0	81,9	+ 9,3	+ 1,8
Niedersachsen	16 969	18 373	18 972	95,1	95,2	+ 11,8	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	17 976	19 433	20 056	100,6	100,6	+ 11,6	+ 3,2
Rheinland-Pfalz	18 665	20 074	20 712	103,9	103,9	+ 11,0	+ 3,2
Saarland	17 109	18 143	18 762	93,9	94,1	+ 9,7	+ 3,4
Sachsen	15 625	16 842	17 227	87,2	86,4	+ 10,3	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	14 754	16 263	16 661	84,2	83,6	+ 12,9	+ 2,4
Schleswig-Holstein	18 023	19 520	19 931	101,1	100,0	+ 10,6	+ 2,1
Thüringen	15 242	16 501	16 944	85,4	85,0	+ 11,2	+ 2,7
Deutschland	17 975	19 312	19 933	100,0	100,0	+ 10,9	+ 3,2
Westdeutschland	18 618	19 989	20 670	103,5	103,7	+ 11,0	+ 3,4
Ostdeutschland	15 447	16 601	16 976	86,0	85,2	+ 9,9	+ 2,3

30. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ³			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ³		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ⁴			Veränderung der Bruttojahresverdienste ³
	2007	2011	2012	2007	2012	2007	2011	2012	12/11
	€			%					
Baden-Württemberg	43 025	47 052	48 938	73,4	74,2	28	27	27	+ 4,0
Bayern	42 157	46 226	47 520	76,8	77,0	24	25	25	+ 2,8
Berlin	40 271	42 769	43 119	83,7	84,5	14	14	13	+ 0,8
Brandenburg	31 462	35 165	35 132	96,3	96,0	7	7	8	- 0,1
Bremen	41 403	45 530	46 178	74,1	76,0	27	24	26	+ 1,4
Hamburg	45 203	48 845	51 463	78,1	78,0	22	23	25	+ 5,4
Hessen	45 884	49 937	50 395	77,9	79,4	24	24	24	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	29 336	32 502	33 030	91,6	93,7	2	5	5	+ 1,6
Niedersachsen	38 191	41 999	42 347	79,7	81,6	24	22	20	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	41 724	45 753	47 188	79,5	80,2	24	23	23	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	39 529	43 083	44 129	80,5	80,9	22	22	23	+ 2,4
Saarland	38 876	42 262	43 055	79,5	80,2	26	25	25	+ 1,9
Sachsen	30 242	33 463	33 900	93,6	90,6	9	10	11	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	29 970	33 052	33 883	97,9	97,0	3	5	6	+ 2,5
Schleswig-Holstein	36 882	39 817	41 176	80,3	81,6	18	17	18	+ 3,4
Thüringen	29 010	32 601	32 953	92,1	94,1	5	7	6	+ 1,1
Deutschland	40 134	43 929	44 991	78,9	79,5	23	22	22	+ 2,4
Westdeutschland ¹	41 767	45 647	46 871	78,1	78,7	24	24	24	+ 2,7
Ostdeutschland ²	30 082	33 427	33 840	94,4	93,6	6	7	8	+ 1,2

1 Einschließlich Berlin.

2 Ohne Berlin.

3 Einschließlich Sonderzahlungen.

4 Quelle: Verdienststrukturerhebung 2006 und 2010; fortgeschätzt mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung. Bei der Berechnung der Veränderungsrate des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes für Mecklenburg-Vorpommern konnten für 2006 bis 2009 geringfügig Beschäftigte nicht einbezogen werden.

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Zahl der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person	11/06 ¹ 11/10	
	2006 ¹	2010	2011		%	
	Mio. €			€		
Baden-Württemberg	9 313	8 656	9 936	8 334	+ 6,7	+ 14,8
Bayern	10 312	8 841	10 767	9 156	+ 4,4	+ 21,8
Berlin	971	748	803	8 621	- 17,3	+ 7,4
Brandenburg	1 016	804	1 056	10 707	+ 3,9	+ 31,3
Bremen	563	535	779	15 490	+ 38,3	+ 45,6
Hamburg	953	672	966	11 633	+ 1,4	+ 43,8
Hessen	2 727	2 965	3 230	8 086	+ 18,5	+ 9,0
Mecklenburg-Vorpommern	610	425	387	6 778	- 36,6	- 9,0
Niedersachsen	3 708	4 171	5 282	10 543	+ 42,5	+ 26,6
Nordrhein-Westfalen	8 655	8 000	9 403	7 838	+ 8,7	+ 17,5
Rheinland-Pfalz	2 153	2 277	2 542	8 971	+ 18,1	+ 11,6
Saarland	651	1 496	1 101	11 571	+ 69,1	- 26,4
Sachsen	3 323	3 484	4 611	18 052	+ 38,7	+ 32,3
Sachsen-Anhalt	1 447	1 339	1 417	10 881	- 2,0	+ 5,8
Schleswig-Holstein	864	794	850	7 023	- 1,7	+ 7,0
Thüringen	1 306	1 268	1 456	8 793	+ 11,5	+ 14,8
Deutschland	48 572	46 474	54 585	9 250	+ 12,4	+ 17,5
Westdeutschland	39 899	38 407	44 857	8 793	+ 12,4	+ 16,8
Ostdeutschland	8 673	8 068	9 728	12 161	+ 12,2	+ 20,6

1 Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

32. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	13 638	14 593	14 225	127	139	135	+ 4,3	- 2,5
Bayern	13 616	13 722	14 340	109	111	115	+ 5,3	+ 4,5
Berlin	992	812	855	29	25	26	- 13,8	+ 5,3
Brandenburg	389	352	296	15	14	12	- 23,9	- 15,9
Bremen	178	153	150	27	24	23	- 15,7	- 2,0
Hamburg	973	1 013	758	55	59	44	- 22,1	- 25,2
Hessen	2 963	2 373	2 293	49	40	38	- 22,6	- 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	170	167	180	10	10	11	+ 5,9	7,8
Niedersachsen	2 715	2 985	2 952	34	38	38	+ 8,7	- 1,1
Nordrhein-Westfalen	8 190	7 099	6 758	45	40	39	- 17,5	- 4,8
Rheinland-Pfalz	1 235	1 183	1 122	31	30	28	- 9,1	- 5,2
Saarland	331	251	249	32	25	25	- 24,8	- 0,8
Sachsen	923	1 049	1 056	22	26	26	+ 14,4	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	327	310	246	13	14	11	- 24,8	- 20,6
Schleswig-Holstein	615	486	516	22	17	18	- 16,1	+ 6,2
Thüringen	598	567	590	26	26	27	- 1,3	+ 4,1
Deutschland	47 853	47 115	46 586	58	59	58	- 2,6	- 1,1
Westdeutschland	44 454	43 858	43 363	68	68	67	- 2,5	- 1,1
Ostdeutschland	3 399	3 257	3 223	20	20	20	- 5,2	- 1,0

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt.

Globalisierung

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2012	Veränderung der Zahl der Ausfuhr insgesamt	
	2007	2011	2012 ²		12/07	12/11
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	149 799	171 910	176 004	19,6	+ 17,5	+ 2,4
Bayern	152 449	160 019	165 499	18,4	+ 8,6	+ 3,4
Berlin	12 330	12 996	13 679	1,5	+ 10,9	+ 5,3
Brandenburg	10 302	13 499	14 198	1,6	+ 37,8	+ 5,2
Bremen	11 718	15 257	17 809	2,0	+ 52,0	+ 16,7
Hamburg	28 487	42 057	50 026	5,6	+ 75,6	+ 18,9
Hessen	49 089	55 409	55 293	6,2	+ 12,6	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	4 902	7 205	6 096	0,7	+ 24,4	- 15,4
Niedersachsen	73 694	75 442	78 783	8,8	+ 6,9	+ 4,4
Nordrhein-Westfalen	174 453	176 334	181 491	20,2	+ 4,0	+ 2,9
Rheinland-Pfalz	40 931	44 841	46 515	5,2	+ 13,6	+ 3,7
Saarland	13 410	14 768	14 842	1,7	+ 10,7	+ 0,5
Sachsen	23 433	29 408	31 789	3,5	+ 35,7	+ 8,1
Sachsen-Anhalt	11 353	14 711	14 882	1,7	+ 31,1	+ 1,2
Schleswig-Holstein	16 926	18 292	18 876	2,1	+ 11,5	+ 3,2
Thüringen	10 654	12 619	12 678	1,4	+ 19,0	+ 0,5
Deutschland¹	965 169	1 061 225	1 097 346	100,0	+ 13,7	+ 3,4
Westdeutschland	710 956	774 329	805 137	89,6	+ 13,2	+ 4,0
Ostdeutschland	72 974	90 438	93 321	10,4	+ 27,9	+ 3,2

1 Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.
Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2 Vorläufige Werte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Einfuhr 2012	Veränderung der Zahl der Einfuhren insgesamt	
	2007	2011	2012 ²		12/07	12/11
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	121 919	143 408	142 425	16,1	+ 16,8	- 0,7
Bayern	123 787	145 680	147 678	16,7	+ 19,3	+ 1,4
Berlin	8 300	10 248	9 898	1,1	+ 19,3	- 3,4
Brandenburg	11 601	18 116	19 188	2,2	+ 65,4	+ 5,9
Bremen	13 201	14 012	13 909	1,6	+ 5,4	- 0,7
Hamburg	55 891	69 877	68 982	7,8	+ 23,4	- 1,3
Hessen	67 019	76 796	77 942	8,8	+ 16,3	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	3 796	4 488	4 483	0,5	+ 18,1	- 0,1
Niedersachsen	67 644	83 296	89 792	10,1	+ 32,7	+ 7,8
Nordrhein-Westfalen	180 082	204 017	203 483	23,0	+ 13,0	- 0,3
Rheinland-Pfalz	25 774	31 495	31 500	3,6	+ 22,2	+ 0,0
Saarland	10 920	12 947	12 544	1,4	+ 14,9	- 3,1
Sachsen	14 862	20 253	19 498	2,2	+ 31,2	- 3,7
Sachsen-Anhalt	10 932	14 881	15 722	1,8	+ 43,8	+ 5,6
Schleswig-Holstein	20 245	20 960	20 023	2,3	- 1,1	- 4,5
Thüringen	7 229	7 995	8 132	0,9	+ 12,5	+ 1,7
Deutschland¹	773 538	908 034	914 245	100,0	+ 18,2	+ 0,7
Westdeutschland	686 482	802 489	808 279	91,3	+ 17,7	+ 0,7
Ostdeutschland	56 720	75 981	76 921	8,7	+ 35,6	+ 1,2

1 Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe.
Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

2 Vorläufige Werte.

35. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand an Auslandsinvestitionen (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2006	2010	2011	2006	2011	11/06	11/10
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	104 495	165 496	180 729	14,0	16,5	+ 73,0	+ 9,2
Bayern	166 514	223 870	242 209	22,2	22,1	+ 45,5	+ 8,2
Berlin	7 411	14 160	15 826	1,0	1,4	+ 113,5	+ 11,8
Brandenburg	169	483	2 187	0,0	0,2	+1 194,1	+ 352,8
Bremen	679	1 040	1 122	0,1	0,1	+ 65,2	+ 7,9
Hamburg	29 988	46 124	49 188	4,0	4,5	+ 64,0	+ 6,6
Hessen	108 595	157 303	158 911	14,5	14,5	+ 46,3	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	357	851	694	0,0	0,1	+ 94,4	- 18,4
Niedersachsen	48 738	66 987	76 394	6,5	7,0	+ 56,7	+ 14,0
Nordrhein-Westfalen	234 826	286 341	307 319	31,4	28,0	+ 30,9	+ 7,3
Rheinland-Pfalz	38 612	40 172	44 492	5,2	4,1	+ 15,2	+ 10,8
Saarland	2 905	3 149	3 064	0,4	0,3	+ 5,5	- 2,7
Sachsen	1 030	996	1 162	0,1	0,1	+ 12,8	+ 16,7
Sachsen-Anhalt	190	5 735	6 567	0,0	0,6	+3 356,3	+ 14,5
Schleswig-Holstein	3 732	7 662	6 718	0,5	0,6	+ 80,0	- 12,3
Thüringen	676	859	968	0,1	0,1	+ 43,2	12,7
Deutschland¹	748 917	1 021 228	1 097 551	100,0	100,0	+ 46,6	+ 7,5
Westdeutschland	739 084	998 144	1 070 146	98,7	97,5	+ 44,8	+ 7,2
Ostdeutschland	9 833	23 084	27 404	1,3	2,5	+ 178,7	+ 18,7

1 Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

36. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2006	2010	2011	2006	2011	11/06	11/10
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	84 747	92 287	98 819	14,0	13,3	+ 16,6	+ 7,1
Bayern	85 367	117 578	124 722	14,1	16,8	+ 46,1	+ 6,1
Berlin	21 750	35 492	37 045	3,6	5,0	+ 70,3	+ 4,4
Brandenburg	1 129	2 819	2 655	0,2	0,4	+ 135,2	- 5,8
Bremen	4 936	4 735	4 990	0,8	0,7	+ 1,1	+ 5,4
Hamburg	72 167	75 411	76 925	11,9	10,4	+ 6,6	+ 2,0
Hessen	113 800	119 376	119 386	18,8	16,1	+ 4,9	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 960	5 935	6 282	0,5	0,8	+ 112,2	+ 5,8
Niedersachsen	18 132	27 090	31 124	3,0	4,2	+ 71,7	+ 14,9
Nordrhein-Westfalen	170 097	194 999	200 616	28,0	27,1	+ 17,9	+ 2,9
Rheinland-Pfalz	12 151	16 379	14 180	2,0	1,9	+ 16,7	- 13,4
Saarland	2 033	1 550	1 871	0,3	0,3	- 8,0	+ 20,7
Sachsen	2 337	3 974	4 500	0,4	0,6	+ 92,6	+ 13,2
Sachsen-Anhalt	4 106	4 166	4 242	0,7	0,6	+ 3,3	+ 1,8
Schleswig-Holstein	9 800	11 785	12 105	1,6	1,6	+ 23,5	+ 2,7
Thüringen	1 356	1 797	1 972	0,2	0,3	+ 45,4	9,7
Deutschland¹	606 868	606 869	741 431	100,0	100,0	+ 22,2	+ 22,2
Westdeutschland	573 230	661 190	684 738	94,5	92,4	+ 19,5	+ 3,6
Ostdeutschland	33 638	54 183	56 696	5,5	7,6	+ 68,5	+ 4,6

1 Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

37. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung Auslandsumsatz	
	2007 ¹	2011	2012	2007	2011	2012	12/07 ¹	12/11
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	145 111	152 206	158 277	51,2	49,9	51,2	+ 9,1	+ 4,0
Bayern	156 281	170 085	172 665	49,6	51,0	51,3	+ 10,5	+ 1,5
Berlin	10 247	11 200	12 306	34,5	45,1	52,8	+ 20,1	+ 9,9
Brandenburg	5 072	6 995	7 256	25,7	27,1	28,5	+ 43,1	+ 3,7
Bremen	8 976	12 269	13 154	51,1	52,2	52,8	+ 46,6	+ 7,2
Hamburg	16 730	18 748	19 537	23,0	22,0	22,1	+ 16,8	+ 4,2
Hessen	46 397	55 736	55 532	49,0	49,5	50,2	+ 19,7	- 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	2 917	3 449	3 661	26,6	26,6	28,8	+ 25,5	+ 6,1
Niedersachsen	74 528	84 874	87 094	44,1	44,2	44,6	+ 16,9	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	143 056	145 686	143 655	43,7	41,9	41,9	+ 0,4	- 1,4
Rheinland-Pfalz	38 038	45 023	46 545	50,3	50,8	51,9	+ 22,4	+ 3,4
Saarland	11 743	13 152	13 160	48,1	48,0	48,5	+ 12,1	+ 0,1
Sachsen	19 569	21 794	21 239	38,3	35,8	35,7	+ 8,5	- 2,5
Sachsen-Anhalt	9 771	11 380	11 259	28,2	26,6	26,5	+ 15,2	- 1,1
Schleswig-Holstein	12 955	13 578	14 199	42,6	39,1	39,3	+ 9,6	+ 4,6
Thüringen	8 740	9 452	9 490	33,7	29,5	30,2	+ 8,6	+ 0,4
Deutschland	710 131	775 626	789 030	44,9	44,3	44,9	+ 11,1	+ 1,7
Westdeutschland	653 815	711 357	723 819	46,4	45,9	46,4	+ 10,7	+ 1,8
Ostdeutschland	56 316	64 270	65 211	32,7	32,3	33,5	+ 15,8	+ 1,5

1 Die Datenerhebung erfolgte nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.
Die Vergleichbarkeit mit den nach WZ 2008 erhobenen Jahren ab 2009 ist daher eingeschränkt.

38. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets¹

Land	Wanderungssaldo über die Grenzen des Bundesgebiets						Zu- oder Abnahme des Wanderungssaldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner			12/07	12/11
	2007	2011	2012 ²	2007	2011	2012		
Anzahl								
Baden-Württemberg	+ 2 353	+ 40 404	+ 63 926	+ 0,2	+ 3,9	+ 6,1	+ 61 573	+ 23 522
Bayern	+ 7 490	+ 60 702	+ 76 100	+ 0,6	+ 4,9	+ 6,1	+ 68 610	+ 15 398
Berlin	+ 4 619	+ 24 080	+ 29 190	+ 1,4	+ 7,3	+ 8,7	+ 24 571	+ 5 110
Brandenburg	+ 53	+ 3 443	+ 4 477	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,8	+ 4 424	+ 1 034
Bremen	+ 1 089	+ 3 272	+ 4 481	+ 1,6	+ 5,0	+ 6,9	+ 3 392	+ 1 209
Hamburg	+ 5 451	+ 8 374	+ 11 433	+ 3,1	+ 4,9	+ 6,6	+ 5 982	+ 3 059
Hessen	- 3 920	+ 29 496	+ 33 912	- 0,6	+ 4,9	+ 5,6	+ 37 832	+ 4 416
Mecklenburg-Vorpommern	+ 879	+ 2 656	+ 3 748	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,3	+ 2 869	+ 1 092
Niedersachsen	+ 11 727	+ 23 670	+ 27 520	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,5	+ 15 793	+ 3 850
Nordrhein-Westfalen	+ 10 046	+ 52 575	+ 69 252	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,9	+ 59 206	+ 16 677
Rheinland-Pfalz	+ 3 085	+ 11 779	+ 15 705	+ 0,8	+ 3,0	+ 3,9	+ 12 620	+ 3 926
Saarland	+ 338	+ 3 040	+ 3 658	+ 0,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 3 320	+ 618
Sachsen	+ 40	+ 5 241	+ 8 578	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,1	+ 8 538	+ 3 337
Sachsen-Anhalt	- 50	+ 1 385	+ 4 065	- 0,0	+ 0,6	+ 1,8	+ 4 115	+ 2 680
Schleswig-Holstein	+ 690	+ 6 486	+ 8 112	+ 0,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 7 422	+ 1 626
Thüringen	+ 22	+ 2 727	+ 4 788	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,2	+ 4 766	+ 2 061
Deutschland	+ 43 912	+ 279 330	+ 368 945	+ 0,5	+ 3,5	+ 4,6	+ 325 033	+ 89 615
Westdeutschland	+ 38 349	+ 239 798	+ 314 099	+ 0,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 275 750	+ 74 301
Ostdeutschland	+ 5 563	+ 39 532	+ 54 846	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 49 283	+ 15 314

1 Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe".
2 Vorläufige Ergebnisse.

Finanzen

39. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹ –

Land	Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ²			Bereinigte Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmequote 2012 ³
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	49 563	56 651	58 087	4 611	5 399	5 510	+ 17,2	+ 2,5	72,6
Bayern	61 866	67 263	68 556	4 942	5 422	5 495	+ 10,8	+ 1,9	71,9
Berlin	20 709	22 285	24 120	6 012	6 759	7 211	+ 16,5	+ 8,2	48,2
Brandenburg	12 438	13 792	13 968	4 960	5 617	5 700	+ 12,3	+ 1,3	52,4
Bremen	3 498	4 486	4 605	5 304	6 900	7 062	+ 31,6	+ 2,7	49,4
Hamburg	10 434	12 489	12 650	5 865	7 305	7 336	+ 21,2	+ 1,3	70,6
Hessen	30 064	33 366	34 421	4 958	5 583	5 734	+ 14,5	+ 3,2	69,0
Mecklenburg-Vorpommern	8 363	9 271	9 302	5 079	5 759	5 803	+ 11,2	+ 0,3	50,3
Niedersachsen	33 596	36 418	38 836	4 235	4 678	4 989	+ 15,6	+ 6,6	68,1
Nordrhein-Westfalen	86 450	95 969	99 843	4 843	5 473	5 691	+ 15,5	+ 4,0	62,6
Rheinland-Pfalz	17 236	18 123	19 731	4 301	4 543	4 946	+ 14,5	+ 8,9	67,4
Saarland	4 332	4 560	4 613	4 248	4 564	4 633	+ 6,5	+ 1,2	67,7
Sachsen	21 366	22 772	22 807	5 144	5 616	5 637	+ 6,7	+ 0,2	53,7
Sachsen-Anhalt	11 810	13 272	12 993	5 037	5 808	5 733	+ 10,0	- 2,1	52,3
Schleswig-Holstein	11 657	13 221	13 836	4 117	4 721	4 935	+ 18,7	+ 4,7	66,1
Thüringen	10 708	11 365	11 619	4 778	5 196	5 342	+ 8,5	+ 2,2	55,3
Deutschland⁴	386 916	429 548	442 071	4 733	5 354	5 498	+ 14,3	+ 2,9	65,6
Westdeutschland	308 696	342 546	355 178	4 719	5 324	5 506	+ 15,1	+ 3,7	67,8
Ostdeutschland	85 394	92 757	94 809	5 227	5 838	5 968	+ 11,0	+ 2,2	51,8

1 Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet; die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3 Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen.

4 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹ –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmen/BIP 2012
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	34 872	38 740	42 175	3 244	3 692	4 001	+ 20,9	+ 8,9	10,8
Bayern	43 287	47 178	49 319	3 458	3 803	3 953	+ 13,9	+ 4,5	10,6
Berlin	10 501	10 860	11 636	3 049	3 294	3 479	+ 10,8	+ 7,1	11,2
Brandenburg	6 510	6 943	7 318	2 596	2 828	2 987	+ 12,4	+ 5,4	12,7
Bremen	2 014	2 291	2 277	3 054	3 524	3 492	+ 13,1	- 0,6	8,2
Hamburg	8 202	8 706	8 928	4 610	5 093	5 178	+ 8,9	+ 2,5	9,3
Hessen	21 381	22 668	23 746	3 526	3 793	3 956	+ 11,1	+ 4,8	10,3
Mecklenburg-Vorpommern	4 067	4 340	4 677	2 470	2 696	2 918	+ 15,0	+ 7,8	12,7
Niedersachsen	22 836	23 870	26 455	2 879	3 066	3 398	+ 15,8	+ 10,8	11,5
Nordrhein-Westfalen	54 929	59 230	62 499	3 077	3 378	3 563	+ 13,8	+ 5,5	10,7
Rheinland-Pfalz	11 444	12 190	13 293	2 856	3 056	3 332	+ 16,2	+ 9,0	11,3
Saarland	2 789	3 116	3 124	2 735	3 119	3 137	+ 12,0	+ 0,3	9,9
Sachsen	10 764	11 511	12 242	2 591	2 839	3 026	+ 13,7	+ 6,4	12,7
Sachsen-Anhalt	5 900	6 471	6 789	2 516	2 832	2 995	+ 15,1	+ 4,9	12,9
Schleswig-Holstein	7 930	8 660	9 146	2 801	3 093	3 262	+ 15,3	+ 5,6	11,8
Thüringen	5 605	6 042	6 431	2 501	2 763	2 957	+ 14,7	+ 6,4	13,1
Deutschland²	253 030	272 816	290 053	3 095	3 400	3 608	+ 14,6	+ 6,3	11,0
Westdeutschland	209 684	226 649	240 962	3 206	3 522	3 735	+ 14,9	+ 6,3	10,7
Ostdeutschland	43 347	46 167	49 093	2 653	2 906	3 090	+ 13,3	+ 6,3	12,4

1 Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹ –

Land	Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt ²			Bereinigte Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Bereinigte Ausgaben/BIP 2012
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	50 987	55 664	56 492	4 743	5 305	5 359	+ 10,8	+ 1,5	14,5
Bayern	63 520	65 724	65 867	5 074	5 298	5 279	+ 3,7	+ 0,2	14,1
Berlin	21 916	23 263	24 093	6 363	7 056	7 202	+ 9,9	+ 3,6	23,3
Brandenburg	13 006	13 708	13 843	5 187	5 583	5 649	+ 6,4	+ 1,0	24,0
Bremen	4 754	5 359	5 181	7 208	8 243	7 945	+ 9,0	- 3,3	18,7
Hamburg	11 284	12 878	13 687	6 342	7 533	7 938	+ 21,3	+ 6,3	14,3
Hessen	34 598	37 392	38 037	5 706	6 257	6 336	+ 9,9	+ 1,7	16,6
Mecklenburg-Vorpommern	8 492	9 102	9 417	5 157	5 654	5 875	+ 10,9	+ 3,5	25,5
Niedersachsen	35 993	38 827	38 985	4 538	4 987	5 008	+ 8,3	+ 0,4	16,9
Nordrhein-Westfalen	96 357	101 626	103 901	5 398	5 795	5 923	+ 7,8	+ 2,2	17,9
Rheinland-Pfalz	19 798	20 444	20 977	4 941	5 125	5 258	+ 6,0	+ 2,6	17,8
Saarland	5 863	5 583	5 651	5 749	5 588	5 675	- 3,6	+ 1,2	17,8
Sachsen	21 488	20 843	21 157	5 173	5 140	5 229	- 1,5	+ 1,5	21,9
Sachsen-Anhalt	12 470	13 288	12 807	5 318	5 815	5 651	+ 2,7	- 3,6	24,3
Schleswig-Holstein	13 296	14 011	14 143	4 696	5 004	5 044	+ 6,4	+ 0,9	18,3
Thüringen	11 325	11 578	11 297	5 053	5 294	5 194	- 0,2	- 2,4	22,9
Deutschland³	417 762	443 316	450 043	5 110	5 525	5 598	+ 7,7	+ 1,5	17,0
Westdeutschland	336 450	357 508	362 921	5 144	5 556	5 626	+ 7,9	+ 1,5	16,2
Ostdeutschland	88 697	91 782	92 614	5 429	5 776	5 830	+ 4,4	+ 0,9	23,3

1 Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

3 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹ –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personal- ausgabenquote 2012 ²
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	21 202	23 139	23 746	1 972	2 205	2 253	+ 12,0	+ 2,6	42,0
Bayern	24 198	25 210	26 095	1 933	2 032	2 092	+ 7,8	+ 3,5	39,6
Berlin	7 243	8 029	8 219	2 103	2 435	2 457	+ 13,5	+ 2,4	34,1
Brandenburg	3 940	4 656	4 799	1 571	1 896	1 959	+ 21,8	+ 3,1	34,7
Bremen	1 590	1 942	1 935	2 411	2 987	2 967	+ 21,7	- 0,4	37,3
Hamburg	3 879	4 506	4 724	2 180	2 636	2 740	+ 21,8	+ 4,8	34,5
Hessen	12 669	13 709	14 224	2 089	2 294	2 369	+ 12,3	+ 3,8	37,4
Mecklenburg-Vorpommern	2 611	3 008	3 094	1 586	1 869	1 930	+ 18,5	+ 2,9	32,9
Niedersachsen	14 863	15 987	16 394	1 874	2 054	2 106	+ 10,3	+ 2,5	42,1
Nordrhein-Westfalen	34 382	36 794	38 159	1 926	2 098	2 175	+ 11,0	+ 3,7	36,7
Rheinland-Pfalz	7 844	8 527	8 734	1 958	2 137	2 189	+ 11,3	+ 2,4	41,6
Saarland	2 136	2 272	2 313	2 094	2 274	2 323	+ 8,3	+ 1,8	40,9
Sachsen	6 805	7 512	7 981	1 638	1 853	1 973	+ 17,3	+ 6,2	37,7
Sachsen-Anhalt	3 945	4 608	4 618	1 683	2 017	2 038	+ 17,1	+ 0,2	36,1
Schleswig-Holstein	5 028	5 368	5 528	1 776	1 917	1 972	+ 9,9	+ 3,0	39,1
Thüringen	3 970	4 243	4 275	1 771	1 940	1 965	+ 7,7	+ 0,8	37,8
Deutschland³	156 349	169 811	175 149	1 913	2 116	2 178	+ 12,0	+ 3,1	38,9
Westdeutschland	127 791	137 454	141 852	1 954	2 136	2 199	+ 11,0	+ 3,2	39,1
Ostdeutschland	28 514	32 056	32 986	1 745	2 018	2 076	+ 15,7	+ 2,9	35,6

1 Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

3 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

43. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte¹ –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Zins-Steuer-Quote 2012 ²
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 566	2 838	2 682	239	270	254	+ 4,5	- 5,5	6,4
Bayern	1 577	1 633	1 568	126	132	126	- 0,6	- 4,0	3,2
Berlin	2 202	2 222	2 094	639	674	626	- 4,9	- 5,8	18,0
Brandenburg	700	771	714	279	314	291	+ 2,0	- 7,4	9,8
Bremen	658	633	625	998	974	958	- 5,0	- 1,3	27,4
Hamburg	873	896	885	491	524	513	+ 1,4	- 1,2	9,9
Hessen	1 816	1 932	1 953	299	323	325	+ 7,5	+ 1,1	8,2
Mecklenburg-Vorpommern	452	453	440	275	281	274	- 2,7	- 2,9	9,4
Niedersachsen	2 273	2 391	2 286	287	307	294	+ 0,6	- 4,4	8,6
Nordrhein-Westfalen	7 094	6 814	8 053	397	389	459	+ 13,5	+ 18,2	12,9
Rheinland-Pfalz	1 441	1 416	1 342	360	355	336	- 6,9	- 5,2	10,1
Saarland	575	585	590	564	586	593	+ 2,6	+ 0,9	18,9
Sachsen	496	452	445	119	111	110	- 10,3	- 1,5	3,6
Sachsen-Anhalt	911	904	826	389	396	364	- 9,3	- 8,6	12,2
Schleswig-Holstein	1 082	1 079	1 040	382	385	371	- 3,9	- 3,6	11,4
Thüringen	744	743	715	332	340	329	- 3,9	- 3,8	11,1
Deutschland³	25 546	25 848	26 339	312	322	328	+ 3,1	+ 1,9	9,1
Westdeutschland	19 955	20 217	21 024	305	314	326	+ 5,4	+ 4,0	8,7
Ostdeutschland	5 505	5 545	5 234	337	349	329	- 4,9	- 5,6	10,7

1 Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

3 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

44. Finanzierungssaldo¹ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Finanzierungs-saldo/BIP 2012
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-1 424	987	1 595	- 132	94	151	+3 019	+ 608	0,4
Bayern	-1 654	1 539	2 689	- 132	124	216	+4 343	+1 150	0,6
Berlin	-1 207	- 978	27	- 350	- 297	8	+1 234	+1 005	0,0
Brandenburg	- 568	84	125	- 227	34	51	+ 693	+ 41	0,2
Bremen	-1 256	- 873	- 576	-1 904	-1 343	- 883	+ 680	+ 297	-2,1
Hamburg	- 850	- 389	-1 037	- 478	- 228	- 601	- 187	- 648	-1,1
Hessen	-4 534	-4 026	-3 616	- 748	- 674	- 602	+ 918	+ 410	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	- 129	169	- 115	- 78	105	- 72	+ 14	- 284	-0,3
Niedersachsen	-2 397	-2 409	- 149	- 302	- 309	- 19	+2 248	+2 260	-0,1
Nordrhein-Westfalen	-9 907	-5 657	-4 058	- 555	- 323	- 231	+5 849	+1 599	-0,7
Rheinland-Pfalz	-2 562	-2 321	-1 246	- 639	- 582	- 312	+1 316	+1 075	-1,1
Saarland	-1 531	-1 023	-1 038	-1 501	-1 024	-1 042	+ 493	- 15	-3,3
Sachsen	- 122	1 929	1 650	- 29	476	408	+1 772	- 279	1,7
Sachsen-Anhalt	- 660	- 16	186	- 281	- 7	82	+ 846	+ 202	0,4
Schleswig-Holstein	-1 639	- 790	- 307	- 579	- 282	- 109	+1 332	+ 483	-0,4
Thüringen	- 617	- 213	322	- 275	- 97	148	+ 939	+ 535	0,7
Deutschland²	-30 846	-13 768	-7 972	- 377	- 172	- 99	+22 874	+5 796	-0,3
Westdeutschland	-27 754	-14 962	-7 743	- 424	- 233	- 120	+20 011	+7 219	-0,3
Ostdeutschland	-3 303	975	2 195	- 207	61	138	+5 498	+1 220	0,6

1 Differenz aus bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben. – Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

45. Schulden beim nicht öffentlichen Bereich¹ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner			Veränderung insgesamt		Kreditfinanzierungsquote 2012 ²
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	12/10	12/11	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	64 976	68 546	68 905	6 376	6 532	6 537	+ 6,0	+ 0,5	0,7
Bayern	43 197	42 447	42 220	3 391	3 422	3 384	- 2,3	- 0,5	-1,5
Berlin	60 243	61 386	60 925	17 822	18 619	18 213	+ 1,1	- 0,8	-2,1
Brandenburg	22 036	21 861	21 752	8 718	8 903	8 877	- 1,3	- 0,5	-0,1
Bremen	18 053	18 888	19 664	28 637	29 052	30 155	+ 8,9	+ 4,1	16,2
Hamburg	25 120	24 891	24 611	13 990	14 560	14 273	- 2,0	- 1,1	0,9
Hessen	51 811	55 615	59 036	9 172	9 306	9 834	+ 13,9	+ 6,2	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	12 090	12 167	7 343	7 511	7 590	- 0,5	+ 0,6	-1,3
Niedersachsen	67 009	69 433	68 604	8 753	8 919	8 813	+ 2,4	- 1,2	-1,8
Nordrhein-Westfalen	219 258	227 866	257 868	12 765	12 994	14 699	+ 17,6	+ 13,2	24,6
Rheinland-Pfalz	41 334	43 259	44 536	10 796	10 844	11 164	+ 7,7	+ 3,0	4,1
Saarland	14 539	15 168	16 008	14 873	15 183	16 077	+ 10,1	+ 5,5	15,9
Sachsen	10 103	9 088	9 316	2 188	2 241	2 302	- 7,8	+ 2,5	-3,7
Sachsen-Anhalt	24 244	24 102	23 924	10 279	10 548	10 555	- 1,3	- 0,7	-0,5
Schleswig-Holstein	30 699	31 613	32 088	11 165	11 289	11 444	+ 4,5	+ 1,5	2,1
Thüringen	18 827	18 793	18 483	8 385	8 593	8 498	- 1,8	- 1,6	-1,1
Deutschland³	723 679	745 042	780 107	9 114	9 286	9 703	+ 7,8	+ 4,7	6,0
Westdeutschland	575 998	597 726	633 540	9 138	9 290	9 820	+ 10,0	+ 6,0	7,9
Ostdeutschland	147 681	147 320	146 567	9 017	9 272	9 226	- 0,8	- 0,5	-1,7

1 Die Schulden beim nicht öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite. – Seit 2010 wurde der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts um die Extrahaushalte erweitert und hier ab 2010 ausgewiesen.

2 Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben.

3 Einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

46. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ)/ber. Einnahmen 2012
	2007	2011 ¹	2012 ¹	2007	2011	2012	12/07	12/11	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	- 2 316	- 1 779	- 2 694	- 215	- 170	- 256	- 378	- 915	- 4,6
Bayern	- 2 311	- 3 663	- 3 904	- 185	- 295	- 313	- 1 593	- 241	- 5,7
Berlin	5 829	5 576	5 795	1 712	1 691	1 732	- 34	+ 219	24,0
Brandenburg	2 667	2 027	1 999	1 049	826	816	- 668	- 28	14,3
Bremen	685	743	746	1 033	1 143	1 144	+ 61	+ 3	16,2
Hamburg	- 368	- 62	21	- 209	- 36	12	+ 389	+ 83	0,2
Hessen	- 2 885	- 1 804	- 1 327	- 475	- 302	- 221	+ 1 558	+ 477	- 3,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 987	1 633	1 547	1 178	1 014	965	- 440	- 86	16,6
Niedersachsen	484	287	228	61	37	29	- 256	- 59	0,6
Nordrhein-Westfalen	- 38	224	536	- 2	13	31	+ 574	+ 312	0,5
Rheinland-Pfalz	569	407	391	141	102	98	- 178	- 16	2,0
Saarland	248	242	204	239	242	205	- 44	- 38	4,4
Sachsen	4 661	3 732	3 503	1 101	920	866	- 1 158	- 229	15,4
Sachsen-Anhalt	2 743	2 261	2 099	1 129	990	926	- 644	- 162	16,2
Schleswig-Holstein	262	227	249	92	81	89	- 13	+ 22	1,8
Thüringen	2 606	2 120	1 980	1 133	969	910	- 626	- 140	17,0
Deutschland	22 741	19 478	19 298	276	243	240	- 3 443	- 180	4,4
Westdeutschland	2 248	2 130	2 375	34	33	37	+ 127	+ 245	0,7
Ostdeutschland	20 493	17 349	16 923	1 235	1 092	1 065	- 3 570	- 426	17,8

1 Vorläufige Angaben.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Schulische Qualifikation

47. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2006	2010	2011	2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 372	6 240	5 922	6,6	5,3	5,1	- 29,3	- 5,1
Bayern	10 463	7 579	6 983	7,3	5,7	5,3	- 33,3	- 7,9
Berlin	3 363	2 730	2 487	9,6	10,5	9,8	- 26,0	- 8,9
Brandenburg	3 555	1 629	1 411	10,3	10,1	8,9	- 60,3	- 13,4
Bremen ²	580	415	482	8,7	6,8	8,0	- 16,9	+ 16,1
Hamburg	1 802	1 224	1 020	11,3	8,4	6,9	- 43,4	- 16,7
Hessen	5 435	3 863	3 370	8,2	6,3	5,5	- 38,0	- 12,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 768	1 434	1 345	14,0	14,2	13,8	- 51,4	- 6,2
Niedersachsen	7 749	5 218	5 085	8,2	5,9	5,8	- 34,4	- 2,5
Nordrhein-Westfalen	14 383	11 925	11 114	6,7	6,0	5,8	- 22,7	- 6,8
Rheinland-Pfalz	3 613	2 565	2 469	7,5	5,9	5,8	- 31,7	- 3,7
Saarland	889	566	487	7,5	5,5	4,8	- 45,2	- 14,0
Sachsen	4 316	2 341	2 259	9,9	10,0	9,3	- 47,7	- 3,5
Sachsen-Anhalt	3 486	1 844	1 738	11,0	12,7	12,5	- 50,1	- 5,7
Schleswig-Holstein	3 164	2 202	2 143	9,7	7,2	7,1	- 32,3	- 2,7
Thüringen	2 311	1 266	1 157	9,4	9,6	8,5	- 49,9	- 8,6
Deutschland	76 249	53 041	49 472	8,0	6,6	6,2	- 35,1	- 6,7
Westdeutschland	56 450	41 797	39 075	7,4	5,9	5,6	- 30,8	- 6,5
Ostdeutschland	19 799	11 244	10 397	10,5	10,9	10,1	- 47,5	- 7,5

1 Prozentanteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung der 14- bis unter 17-Jährigen am 1.1. Für Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt der Anteil an den 15- bis unter 18-Jährigen.

2 In Bremen werden im Rahmen der Inklusion ab dem Schuljahr 2011/12 Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung (geistige Entwicklung) ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich absolvieren. Ohne diesen Verlagerungseffekt läge 2011 die Anzahl bei 426 und die Quote bei 7,1 %; die Veränderungen der Zahl der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss würden wie folgt betragen: 11/06: -26,6 % und 11/10: +2,7 %.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 195 und 198; Quoten: Eigene Berechnungen.

48. Frühe Schulabgänger¹

Land	Frühe Schulabgänger insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2007	2011	2012	2012		12/07	12/11
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	12,1	9,9	8,3	8,3	8,3	- 3,8	- 1,6
Bayern	11,2	9,1	7,4	7,8	6,8	- 3,8	- 1,7
Berlin	13,0	13,1	13,0	15,2	10,8	- 0,0	- 0,1
Brandenburg	9,0	10,2	10,0	9,7	10,3	+ 1,0	- 0,2
Bremen	15,0	17,2	13,3	/	/	- 1,7	- 3,9
Hamburg	15,5	13,2	12,5	13,9	11,1	- 3,0	- 0,7
Hessen	12,1	10,6	9,1	9,7	8,4	- 3,0	- 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	13,1	9,9	11,0	11,0	10,9	- 2,1	+ 1,1
Niedersachsen	14,0	14,1	11,8	13,5	10,0	- 2,2	- 2,3
Nordrhein-Westfalen	15,0	13,6	12,8	13,4	12,1	- 2,2	- 0,8
Rheinland-Pfalz	15,5	13,5	12,5	11,8	13,2	- 3,0	- 1,0
Saarland	16,3	15,4	12,9	14,7	/	- 3,4	- 2,5
Sachsen	8,4	7,7	7,7	8,1	7,2	- 0,7	+ 0,0
Sachsen-Anhalt	11,8	12,9	11,1	11,8	10,1	- 0,7	- 1,8
Schleswig-Holstein	11,8	12,9	12,3	12,9	11,6	+ 0,5	- 0,6
Thüringen	10,2	7,7	7,0	8,0	/	- 3,2	- 0,7
Deutschland	12,7	11,6	10,4	11,0	9,7	- 2,3	- 1,2
Westdeutschland	13,3	11,9	10,4	11,0	9,9	- 2,9	- 1,5
Ostdeutschland	10,6	10,2	10,0	10,8	9,1	- 0,6	- 0,2

1 Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet noch an einer Weiterbildung teilnimmt, sich im Grund- und Zivildienst befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

49. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen¹

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studienberech- tigtenquote ²	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ¹				11/06	11/10
	2006	2010	2011	2006	2010	2011			
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	41 719	48 362	50 628	33,7	37,5	39,5	56,5	+ 5,8	+ 2,0
Bayern ³	30 838	39 956	73 477	22,2	27,1	50,1	64,5	+ 27,9	+ 23,0
Berlin	13 756	13 379	12 986	36,3	37,8	39,6	49,7	+ 3,3	+ 1,8
Brandenburg	11 803	10 169	7 306	32,5	37,2	33,6	41,8	+ 1,1	- 3,6
Bremen	2 602	2 989	3 251	35,4	40,3	44,1	52,5	+ 8,7	+ 3,8
Hamburg ³	6 108	12 799	7 957	35,2	70,9	44,6	57,2	+ 9,4	- 26,3
Hessen	19 975	23 093	23 550	30,9	34,2	35,3	54,8	+ 4,4	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	7 149	4 522	3 677	27,6	30,2	27,0	34,9	- 0,6	- 3,2
Niedersachsen³	24 925	30 517	47 885	27,8	32,4	51,3	68,0	+ 23,5	+ 18,9
Nordrhein-Westfalen	65 448	77 692	80 611	32,0	36,3	37,9	58,5	+ 5,9	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	13 473	15 916	16 165	29,1	33,1	33,9	49,3	+ 4,8	+ 0,8
Saarland	3 050	3 368	3 428	26,0	28,5	29,4	53,3	+ 3,4	+ 0,9
Sachsen	16 805	9 555	8 535	30,3	27,7	31,9	45,1	+ 1,6	+ 4,2
Sachsen-Anhalt	8 750	4 963	4 397	25,8	23,9	27,6	39,4	+ 1,8	+ 3,7
Schleswig-Holstein	9 052	12 082	11 029	30,0	36,8	34,0	46,8	+ 4,0	- 2,8
Thüringen	10 176	6 551	5 097	31,9	33,8	34,1	49,6	+ 2,2	+ 0,3
Deutschland	285 629	315 913	359 979	29,9	34,2	40,4	56,9	+ 10,5	+ 6,2
Westdeutschland	217 190	266 774	317 981	65,8	34,6	41,6	58,9	-24,3	7,0
Ostdeutschland	68 439	49 139	41 998	44,9	32,2	33,4	44,4	-11,5	1,1

1 Prozentanteil der Absolventen mit Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1.

2 Prozentanteil der Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1.

3 In Hamburg 2010, Bayern 2011 und Niedersachsen 2011 doppelter Abiturientenjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 195 und 198; Quoten: Eigene Berechnungen.

Wissenschaft und Kultur

50. Studienanfängerinnen und Studienanfänger und Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger im ersten Hochschulsemester ^{1,3}			Darunter weiblich	Studienanfängerquote ²			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2006	2010	2011		2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	48 128	67 638	78 026	35 331	38,0	51,4	59,0	+ 21,0	+ 7,6
Bayern	51 916	64 749	85 867	40 094	35,8	42,6	56,1	+ 20,3	+ 13,5
Berlin	20 318	28 850	31 234	15 695	46,6	65,3	71,7	+ 25,1	+ 6,4
Brandenburg	7 565	9 499	9 530	4 854	23,1	33,8	38,0	+ 14,9	+ 4,2
Bremen	4 810	6 478	6 937	3 100	56,5	74,0	79,9	+ 23,4	+ 5,9
Hamburg	11 920	15 841	17 544	8 304	56,5	72,3	80,1	+ 23,6	+ 7,8
Hessen	28 576	36 713	40 560	18 764	42,7	52,5	57,4	+ 14,7	+ 5,0
Mecklenburg-Vorpommern	6 249	7 031	7 482	3 598	26,1	34,5	40,6	+ 14,5	+ 6,1
Niedersachsen	24 524	30 983	37 404	17 582	27,7	33,6	40,5	+ 12,8	+ 7,0
Nordrhein-Westfalen	75 144	97 666	120 305	55 271	36,4	45,2	55,3	+ 18,9	+ 10,1
Rheinland-Pfalz	17 725	22 161	24 180	11 689	37,8	45,7	49,9	+ 12,2	+ 4,2
Saarland	3 653	5 751	5 734	2 801	31,3	48,3	48,5	+ 17,1	+ 0,1
Sachsen	18 600	20 269	21 478	9 361	33,3	41,3	47,6	+ 14,4	+ 6,3
Sachsen-Anhalt	8 487	10 085	10 896	5 231	26,4	36,3	43,0	+ 16,6	+ 6,8
Schleswig-Holstein	7 925	9 687	10 463	4 875	26,7	30,3	32,6	+ 5,9	+ 2,3
Thüringen	9 282	11 207	11 108	5 273	30,0	42,1	46,1	+ 16,1	+ 3,9
Deutschland	344 822	444 608	518 748	241 823	35,5	45,3	53,5	+ 17,9	+ 8,2
Westdeutschland	274 321	357 667	427 020	197 811	36,5	45,6	54,1	+ 17,6	+ 8,6
Ostdeutschland	70 501	86 941	91 728	44 012	32,1	44,3	50,5	+ 18,4	+ 6,2

1 Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2 Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12. (19 bis unter 25 Jahre).

3 In Hamburg 2010, Bayern 2011 und Niedersachsen 2011 doppelter Abiturientenjahrgang. Aussetzung der Wehrpflicht zum 01.07.2011.

51. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Darunter weiblich	Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2006	2010	2011		2006	2010	2011	11/06	11/10
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	245 143	290 286	308 339	142 963	11,4	9,2	8,8	- 2,6	- 0,4
Bayern	257 898	287 432	320 318	154 243	8,9	7,3	6,9	- 2,0	- 0,4
Berlin	132 822	147 030	153 694	75 195	11,8	13,0	13,2	+ 1,4	+ 0,2
Brandenburg	42 331	50 941	51 676	26 182	11,1	9,3	9,6	- 1,5	+ 0,3
Bremen	30 686	31 848	33 337	15 649	14,7	11,5	10,9	- 3,8	- 0,6
Hamburg	70 761	80 115	85 243	40 619	8,9	7,5	7,5	- 1,4	+ 0,0
Hessen	163 476	196 545	208 887	96 617	9,5	8,6	8,3	- 1,2	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	34 681	39 562	40 471	20 048	5,7	4,8	4,8	- 0,9	+ 0,0
Niedersachsen	146 248	149 899	161 417	76 888	9,3	7,8	7,2	- 2,1	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	476 384	535 454	597 952	276 183	9,1	7,5	7,3	- 1,8	- 0,2
Rheinland-Pfalz	103 156	113 069	117 105	58 654	8,9	7,5	7,0	- 1,9	- 0,5
Saarland	19 795	25 343	26 864	13 058	14,6	11,8	11,7	- 2,9	- 0,1
Sachsen	106 776	109 761	111 635	50 244	8,6	8,8	9,3	+ 0,7	+ 0,5
Sachsen-Anhalt	51 446	54 078	55 761	27 506	8,1	7,9	8,2	+ 0,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein	47 730	52 344	54 607	25 684	6,2	5,5	5,4	- 0,8	- 0,1
Thüringen	49 710	53 587	53 668	25 869	5,7	6,6	6,8	+ 1,1	+ 0,2
Deutschland	1 979 043	2 217 294	2 380 974	1 125 602	9,5	8,3	8,1	- 1,4	- 0,2
Westdeutschland	1 561 277	1 762 335	1 914 069	900 558
Ostdeutschland	417 766	454 959	466 905	225 044

52. Absolventen (Erststudium)

Land	Absolventen (Erststudium) insgesamt			Darunter weiblich				Veränderung der Zahl der Absolventen insgesamt ¹	
	2006	2010	2011 ¹	2006	2011 ¹	Anteil in Prozent		11/06	11/10
						2006	2011 ¹		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	29 841	44 835	47 560	14 732	23 339	49,4	49,1	+ 59,4	+ 6,1
Bayern	31 168	42 960	45 932	16 005	23 211	51,4	50,5	+ 47,4	+ 6,9
Berlin	16 233	18 165	18 725	8 632	9 881	53,2	52,8	+ 15,4	+ 3,1
Brandenburg	4 535	6 200	6 523	2 336	3 535	51,5	54,2	+ 43,8	+ 5,2
Bremen	3 191	5 233	4 339	1 655	2 207	51,9	50,9	+ 36,0	- 17,1
Hamburg	7 179	9 142	10 514	3 514	5 222	48,9	49,7	+ 46,5	+ 15,0
Hessen	17 039	24 112	24 416	8 478	12 552	49,8	51,4	+ 43,3	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 689	4 463	4 746	1 941	2 558	52,6	53,9	+ 28,7	+ 6,3
Niedersachsen	19 351	22 760	22 682	10 359	12 201	53,5	53,8	+ 17,2	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	49 144	63 809	64 631	25 798	32 523	52,5	50,3	+ 31,5	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	9 937	12 992	14 425	5 500	8 025	55,3	55,6	+ 45,2	+ 11,0
Saarland	1 859	2 229	2 565	897	1 423	48,3	55,5	+ 38,0	+ 15,1
Sachsen	11 942	16 520	17 436	5 896	9 136	49,4	52,4	+ 46,0	+ 5,5
Sachsen-Anhalt	4 852	6 948	7 365	2 622	4 110	54,0	55,8	+ 51,8	+ 6,0
Schleswig-Holstein	4 817	6 058	7 515	2 377	3 822	49,3	50,9	+ 56,0	+ 24,1
Thüringen	6 005	8 455	7 897	3 231	4 177	53,8	52,9	+ 31,5	- 6,6
Deutschland	220 782	294 881	307 271	113 973	157 922	51,6	51,4	+ 39,2	+ 4,2
Westdeutschland	173 526	234 130	244 579	89 315	124 525	51,5	50,9	+ 40,9	+ 4,5
Ostdeutschland	47 256	60 751	62 692	24 658	33 397	52,2	53,3	+ 32,7	+ 3,2

1 Bis 2009 wurden bei der Berechnung der Absolventen im Erststudium noch die Masterabsolventen miteinbezogen. Ab 2010 ist dies nicht mehr der Fall. Die Vergleichbarkeit von Veränderungen mit dem Jahr 2010 ist daher eingeschränkt.

53. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2011	Anteil in Prozent		11/06	11/10
						2006	2011		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	3 793	4 125	4 247	1 466	1 872	38,7	44,1	+ 12,0	+ 3,0
Bayern	3 778	4 259	4 241	1 535	1 929	40,6	45,5	+ 12,3	- 0,4
Berlin	2 011	2 288	2 213	919	1 085	45,7	49,0	+ 10,0	- 3,3
Brandenburg	284	328	386	101	161	35,6	41,7	+ 35,9	+ 17,7
Bremen	272	317	350	112	153	41,2	43,7	+ 28,7	+ 10,4
Hamburg	974	543	1 147	464	559	47,6	48,7	+ 17,8	+ 111,2
Hessen	1 985	2 073	2 125	811	964	40,9	45,4	+ 7,1	+ 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	379	450	473	167	200	44,1	42,3	+ 24,8	+ 5,1
Niedersachsen	2 029	2 085	2 268	860	1 009	42,4	44,5	+ 11,8	+ 8,8
Nordrhein-Westfalen	4 926	4 996	4 985	1 857	2 114	37,7	42,4	+ 1,2	- 0,2
Rheinland-Pfalz	961	913	1 103	366	506	38,1	45,9	+ 14,8	+ 20,8
Saarland	267	237	97	92	29	34,5	29,9	- 63,7	- 59,1
Sachsen	1 090	1 201	1 458	481	639	44,1	43,8	+ 33,8	+ 21,4
Sachsen-Anhalt	361	585	549	157	239	43,5	43,5	+ 52,1	- 6,2
Schleswig-Holstein	654	582	641	291	333	44,5	52,0	- 2,0	+ 10,1
Thüringen	523	647	698	248	313	47,4	44,8	+ 33,5	+ 7,9
Deutschland	24 287	25 629	26 981	9 927	12 105	40,9	44,9	+ 11,1	+ 5,3
Westdeutschland	19 639	20 130	21 204	7 854	9 468	40,0	44,7	+ 8,0	+ 5,3
Ostdeutschland	4 648	5 499	5 777	2 073	2 637	44,6	45,6	+ 24,3	+ 5,1

54. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
	2006	2010	2011	2006	2011	Anteil in Prozent		11/06	11/10
						2006	2011		
Anzahl						%			
Baden-Württemberg	5 245	6 346	6 585	700	1 141	13,3	17,3	+ 25,5	+ 3,8
Bayern	5 276	5 854	6 161	586	986	11,1	16,0	+ 16,8	+ 5,2
Berlin	2 515	3 005	3 108	531	940	21,1	30,2	+ 23,6	+ 3,4
Brandenburg	829	873	908	147	192	17,7	21,1	+ 9,5	+ 4,0
Bremen	667	653	656	124	152	18,6	23,2	- 1,6	+ 0,5
Hamburg	1 407	1 393	1 489	263	361	18,7	24,2	+ 5,8	+ 6,9
Hessen	3 134	3 213	3 367	537	722	17,1	21,4	+ 7,4	+ 4,8
Mecklenburg-Vorpommern	836	823	831	117	133	14,0	16,0	- 0,6	+ 1,0
Niedersachsen	3 108	3 393	3 483	628	846	20,2	24,3	+ 12,1	+ 2,7
Nordrhein-Westfalen	7 379	8 170	8 472	1 093	1 697	14,8	20,0	+ 14,8	+ 3,7
Rheinland-Pfalz	1 678	1 921	1 948	218	360	13,0	18,5	+ 16,1	+ 1,4
Saarland	418	464	469	59	88	14,1	18,8	+ 12,2	+ 1,1
Sachsen	2 191	2 185	2 217	338	382	15,4	17,2	+ 1,2	+ 1,5
Sachsen-Anhalt	1 025	1 050	1 069	161	190	15,7	17,8	+ 4,3	+ 1,8
Schleswig-Holstein	926	994	1 029	98	155	10,6	15,1	+ 11,1	+ 3,5
Thüringen	1 060	1 125	1 132	135	181	12,7	16,0	+ 6,8	+ 0,6
Deutschland	37 694	41 462	42 924	5 735	8 526	15,2	19,9	+ 13,9	+ 3,5
Westdeutschland	29 238	32 401	33 659	4 306	6 508	14,7	19,3	+ 15,1	+ 3,9
Ostdeutschland	8 456	9 061	9 265	1 429	2 018	16,9	21,8	+ 9,6	+ 2,3

1 Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

55. Öffentliche Ausgaben für Kultur

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ^{1,2}			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner ^{1,2}			Veränderung der Zahl der öffentlichen Ausgaben		Anteil der Ausgaben für Kultur am BIP 2009
	2004 ³	2007	2009	2004 ³	2007	2009	09/04	09/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 083	1 096	1 204	101	102	112	+ 11,2	+ 9,9	0,4
Bayern	1 140	1 223	1 385	92	98	111	+ 21,4	+ 13,3	0,3
Berlin	604	618	690	178	181	201	+ 14,2	+ 11,8	0,7
Brandenburg	231	218	241	90	86	96	+ 4,2	+ 10,6	0,5
Bremen	105	95	102	159	144	155	- 2,6	+ 7,6	0,4
Hamburg	273	350	311	157	199	175	+ 13,9	- 11,0	0,4
Hessen	567	624	684	93	103	113	+ 20,6	+ 9,7	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	194	180	172	112	107	104	- 11,5	- 4,6	0,5
Niedersachsen	579	572	591	72	72	74	+ 2,0	3,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 471	1 569	1 583	81	87	88	+ 7,7	+ 0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	290	304	314	72	75	78	+ 8,2	+ 3,5	0,3
Saarland	75	72	82	71	69	80	+ 8,6	+ 14,3	0,3
Sachsen	701	756	736	163	178	176	+ 5,0	- 2,6	0,8
Sachsen-Anhalt	299	298	313	119	123	132	+ 4,8	+ 5,1	0,7
Schleswig-Holstein	184	189	202	65	67	71	+ 10,2	+ 6,9	0,3
Thüringen	294	275	322	124	120	143	+ 9,5	+ 17,1	0,7
Deutschland	8 092	8 436	8 933	98	103	109	+ 10,4	5,9	0,4
Westdeutschland	5 768	6 092	6 459	88	93	99	+ 12,0	+ 6,0	0,3
Ostdeutschland	2 323	2 344	2 474	138	141	151	+ 6,5	+ 5,5	0,7

1 Grundmittel.

2 Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

3 Durch Änderungen in der Haushaltssystematik ist ab dem Jahr 2002 kein Vergleich bei den Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung auf Gemeinde- / Zweckverbandebene möglich.

56. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ^{1,2}			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{1,2}			Veränderung der Zahl der Ausgaben für Hochschulen		Anteil d. Ausgaben f. Hochschulen am BIP 2009
	2004	2008	2009	2004	2008	2009	09/04	09/08	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 141	3 885	4 177	13 900	16 400	16 000	+ 33,0	+ 7,5	1,2
Bayern	3 140	3 871	4 021	12 900	15 400	15 500	+ 28,1	+ 3,9	1,0
Berlin	1 589	1 778	1 796	11 500	13 500	13 400	+ 13,1	+ 1,0	1,9
Brandenburg	409	422	451	10 500	9 600	9 700	+ 10,2	+ 6,9	0,9
Bremen	406	441	445	12 100	14 300	14 500	+ 9,7	+ 1,0	1,8
Hamburg	848	922	1 034	12 600	14 300	15 400	+ 21,9	+ 12,2	1,2
Hessen	1 587	2 295	2 207	9 600	15 100	13 000	+ 39,1	- 3,8	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	428	442	457	13 100	12 400	12 500	+ 6,7	+ 3,4	1,4
Niedersachsen	2 131	2 375	2 483	14 300	17 300	17 700	+ 16,6	+ 4,5	1,2
Nordrhein-Westfalen	5 140	5 443	5 863	10 700	12 300	12 800	+ 14,1	+ 7,7	1,1
Rheinland-Pfalz	857	1 021	1 115	9 300	10 100	10 900	+ 30,0	+ 9,2	1,1
Saarland	279	258	262	14 700	12 900	12 100	- 6,2	+ 1,8	0,9
Sachsen	1 196	1 417	1 408	11 900	13 700	13 600	+ 17,7	- 0,6	1,6
Sachsen-Anhalt	563	599	599	11 600	11 900	11 700	+ 6,4	+ 0,0	1,2
Schleswig-Holstein	484	593	594	11 300	12 900	12 700	+ 22,9	+ 0,2	0,8
Thüringen	564	637	646	11 800	12 900	12 800	+ 14,6	+ 1,4	1,5
Deutschland	22 762	26 398	27 560	11 800	13 900	13 900	+ 21,1	+ 4,4	1,2
Westdeutschland	18 012	21 104	22 202	+ 23,3	+ 5,2	1,1
Ostdeutschland	4 750	5 295	5 358	+ 12,8	+ 1,2	1,5

1 Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z.B. Studentenwerke) insgesamt.

2 ISCED 5a/6.

Umwelt und Energie

57. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche¹

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	4 974	5 077	5 101	10,3	6,3	6,7	+ 2,6	+ 0,5
Bayern	7 799	8 060	8 123	16,1	18,0	17,1	+ 4,2	+ 0,8
Berlin	623	627	625	0,5	0,2	-0,6	+ 0,4	- 0,3
Brandenburg	2 632	2 728	2 741	6,8	3,2	3,6	+ 4,2	+ 0,5
Bremen	231	233	235	0,4	0,2	0,6	+ 2,1	+ 1,0
Hamburg	449	451	452	0,1	0,0	0,2	+ 0,6	+ 0,2
Hessen	3 238	3 280	3 294	4,2	1,4	3,7	+ 1,7	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 754	1 857	1 868	6,7	2,7	3,1	+ 6,5	+ 0,6
Niedersachsen	6 363	6 518	6 554	10,0	14,8	9,9	+ 3,0	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 522	7 689	7 727	14,1	10,0	10,4	+ 2,7	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	2 807	2 827	2 832	4,7	1,0	1,5	+ 0,9	+ 0,2
Saarland	523	533	535	0,6	0,5	0,3	+ 2,2	+ 0,2
Sachsen	2 217	2 326	2 346	11,2	6,0	5,7	+ 5,9	+ 0,9
Sachsen-Anhalt	2 238	2 241	2 239	0,8	-0,6	-0,4	+ 0,1	- 0,1
Schleswig-Holstein	1 951	2 003	2 011	7,4	4,8	2,3	+ 3,1	+ 0,4
Thüringen	1 469	1 520	1 539	2,0	5,1	5,4	+ 4,8	+ 1,3
Deutschland²	46 789	47 971	48 225	96,2	73,6	69,5	+ 3,1	+ 0,5
Westdeutschland	35 857	36 672	36 865	68,1	57,0	52,8	+ 2,8	+ 0,5
Ostdeutschland	10 932	11 299	11 360	28,1	16,6	16,8	+ 3,9	+ 0,5

1 Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.). In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsartenänderungen vor allem Umwidmungen und Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten im Zuge von Umstellungen im amtlichen Liegenschaftskataster den Zeitvergleich. In Niedersachsen ist dies für Angaben 2011 der Fall. Die Angaben für den Flächenverbrauch 2011 sind daher nicht mit denen anderer Jahre vergleichbar.

2 Die Deutschland-Werte können aufgrund von Rundungsdifferenzen von der Summe der Länder abweichen.

58. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2005	2007	2010	2005	2007	2010	10/05	10/07
	ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	92 834	94 593	112 165	6,4	6,6	8,0	+ 1,5	+ 1,4
Bayern	127 696	146 468	194 065	3,9	4,5	6,2	+ 2,3	+ 1,6
Berlin	31	249	271	1,3	11,1	12,4	+ 11,1	+ 1,4
Brandenburg	131 431	133 805	140 795	9,8	10,1	10,6	+ 0,8	+ 0,6
Bremen	329	424	812	3,9	5,0	9,8	+ 5,9	+ 4,8
Hamburg	898	963	978	6,4	6,9	6,8	+ 0,5	- 0,0
Hessen	54 302	61 143	72 697	7,0	7,8	9,5	+ 2,4	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	109 879	119 968	117 826	8,1	8,8	8,7	+ 0,6	- 0,1
Niedersachsen	64 108	74 810	78 495	2,4	2,9	3,0	+ 0,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	42 430	48 930	54 500	2,8	3,3	3,7	+ 0,9	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	19 297	25 782	37 950	2,7	3,6	5,4	+ 2,7	+ 1,8
Saarland	6 146	7 164	8 495	7,8	9,1	10,9	+ 3,1	+ 1,8
Sachsen	31 191	32 033	37 973	3,4	3,5	4,2	+ 0,7	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	49 344	44 742	49 625	4,2	3,8	4,2	+ 0,0	+ 0,4
Schleswig-Holstein	28 136	29 684	35 179	2,8	2,9	3,5	+ 0,7	+ 0,6
Thüringen	24 421	40 403	39 023	3,1	5,1	5,0	+ 1,9	- 0,1
Deutschland	782 475	861 161	980 851	4,6	5,1	5,9	+ 1,3	+ 0,8
Westdeutschland	436 178	489 961	595 338	3,8	4,3	5,3	+ 1,5	+ 1,0
Ostdeutschland	346 297	371 200	385 513	6,2	6,7	6,9	+ 0,7	+ 0,3

1 Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

59. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher									
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe						Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch ¹					
	2004	2010	2004	2010	2004	2007	2010	10/04	10/07	
	Mio. m ³				Liter je Einwohner und Tag			%		
Baden-Württemberg	590	564	477	453	122,6	116,5	115,3	- 5,9	- 1,0	
Bayern	773	722	606	582	135,1	133,1	129,1	- 4,4	- 3,1	
Berlin	202	193	157	142	123,6	111,6	112,9	- 8,6	+ 1,2	
Brandenburg	109	112	92	95	99,9	98,4	104,8	+ 4,8	+ 6,1	
Bremen	40	37	34	30	135,5	126,5	122,2	- 9,8	- 3,5	
Hamburg	108	103	99	96	142,1	134,0	134,4	- 5,4	+ 0,3	
Hessen	328	301	280	265	127,4	122,7	121,3	- 4,8	- 1,2	
Mecklenburg-Vorpommern	84	85	64	64	102,2	100,4	106,3	+ 4,1	+ 5,6	
Niedersachsen	471	461	375	363	129,9	128,2	126,3	- 2,8	- 1,5	
Nordrhein-Westfalen	1 171	1 101	905	866	139,1	135,3	134,5	- 3,3	- 0,6	
Rheinland-Pfalz	232	219	182	176	121,7	118,3	119,1	- 2,1	+ 0,7	
Saarland	58	53	46	42	118,4	115,9	112,1	- 5,3	- 3,3	
Sachsen	190	187	137	127	88,4	85,3	84,2	- 4,7	- 1,3	
Sachsen-Anhalt	108	106	84	78	92,3	90,0	90,9	- 1,5	+ 1,0	
Schleswig-Holstein	169	164	136	128	142,8	132,6	133,5	- 6,5	+ 0,6	
Thüringen	97	93	77	73	89,9	90,3	88,6	- 1,4	- 1,9	
Deutschland	4 729	4 500	3 752	3 577	125,5	121,6	120,7	- 3,8	- 0,7	
Westdeutschland	3 939	3 724	3 141	3 000	132,2	128,1	126,6	- 4,2	- 1,2	
Ostdeutschland	790	776	611	577	99,6	95,6	97,2	- 2,4	+ 1,6	

1 Verhältnis der Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe zu den angeschlossenen Einwohnern.

60. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen							Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2007	2010	2011	Darunter					
				Haus- und Sperrmüll 2011	getrennte Bioabfälle 2011 ¹	getrennte Wertstoffe 2011	11/07	11/10	
	1 000 Tonnen			kg/Einwohner				%	
Baden-Württemberg	4 601	4 612	4 714	448	148	131	169	+ 2,5	+ 2,2
Bayern	5 743	5 845	5 910	475	167	143	164	+ 2,9	+ 1,1
Berlin	1 472	1 410	1 426	429	265	38	125	- 3,1	+ 1,2
Brandenburg	1 001	982	994	405	218	45	142	- 0,7	+ 1,2
Bremen	310	296	298	457	245	87	125	- 3,8	+ 0,8
Hamburg	836	787	803	467	321	32	113	- 3,9	+ 2,0
Hessen	2 842	2 869	2 853	476	205	128	143	+ 0,4	- 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	720	683	698	434	237	59	139	- 3,1	+ 2,1
Niedersachsen	4 033	3 895	3 998	514	195	153	165	- 0,9	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	8 533	8 269	8 323	474	227	108	138	- 2,5	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	2 028	2 061	2 071	519	192	147	175	+ 2,1	+ 0,5
Saarland	525	498	464	465	190	141	134	- 11,6	- 6,9
Sachsen	1 407	1 343	1 361	336	156	54	124	- 3,3	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	1 054	1 034	1 033	454	211	106	135	- 2,0	- 0,1
Schleswig-Holstein	1 357	1 325	1 365	487	234	95	158	+ 0,7	+ 3,0
Thüringen	895	873	885	406	191	78	134	- 1,2	+ 1,4
Deutschland	37 357	36 782	37 196	463	199	113	150	- 0,4	+ 1,1
Westdeutschland	30 807	30 457	30 799	479	197	126	154	- 0,0	+ 1,1
Ostdeutschland	6 550	6 325	6 397	403	209	61	131	- 2,3	+ 1,1

1 Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

61. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2006	2009	2010		2006	2009	2010	10/06	10/09
	Mio. kWh			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	473 043	429 332	430 021	45 319	7,4	9,3	10,5	+ 3,1	+ 1,2
Bayern	576 403	556 756	578 172	74 822	9,2	10,7	12,9	+ 3,8	+ 2,2
Berlin	84 276	78 487	1,7	3,6
Brandenburg	187 224	172 815	10,4	14,7
Bremen	41 990	42 136	46 063	2 261	3,8	4,9	4,9	+ 1,1	- 0,0
Hamburg	64 696	63 135	69 744	3 065	3,6	5,3	4,4	+ 0,8	- 0,9
Hessen	291 026	245 488	279 293	18 852	4,8	6,1	6,7	+ 1,9	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	51 154	50 898	15,2	26,5
Niedersachsen	406 197	398 523	411 229	50 286	7,9	11,1	12,2	+ 4,4	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	1 134 615	1 167 489	1 225 683	50 881	3,4	4,0	4,2	+ 0,7	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	183 939	172 671	186 614	17 703	6,8	9,2	9,5	+ 2,7	0,3
Saarland	79 174	65 138	68 689	2 256	2,2	2,9	3,3	+ 1,1	+ 0,4
Sachsen	179 650	174 019	176 570	13 195	4,9	6,8	7,5	+ 2,6	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	140 771	138 068	145 318	21 141	10,0	14,9	14,5	+ 4,5	- 0,3
Schleswig-Holstein	162 195	117 171	121 962	14 696	5,2	10,2	12,0	+ 6,8	+ 1,8
Thüringen	69 618	68 426	71 187	15 997	15,4	21,2	22,5	+ 7,0	+ 1,3
Deutschland¹	4 121 332	3 758 574	3 949 099	392 554	6,3	8,9	9,9	+ 3,6	+ 1,0
Westdeutschland ²	3 413 279	3 257 839	3 417 468	280 141	5,8	7,4	8,2	2,4	0,8
Ostdeutschland ²	712 693	682 712	8,7	13,0

1 Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen, Stand Oktober 2012) weichen aufgrund einer geringfügig abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2 Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2013).

62. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2006	2009	2010		2006	2009	2010	10/06	10/09
	Mio. kWh			Anteil in %			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	73 239	65 692	66 001	11 364	11,6	15,0	17,2	+ 5,6	+ 2,3
Bayern	84 994	90 170	91 969	23 781	19,9	23,3	25,9	+ 5,9	+ 2,6
Berlin	9 287	1,7
Brandenburg	45 410	13,5
Bremen	7 832	7 611	7 887	376	3,2	3,6	4,8	+ 1,5	+ 1,2
Hamburg	1 865	2 698	2 877	368	22,2	14,4	12,8	- 9,4	- 1,7
Hessen	29 690	16 116	30 068	3 154	6,1	15,7	10,5	+ 4,4	- 5,2
Mecklenburg-Vorpommern	7 502	7 598	29,7	50,3
Niedersachsen	69 185	72 779	75 247	16 259	15,9	21,7	21,6	+ 5,7	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	185 528	165 336	178 531	11 419	5,2	6,7	6,4	+ 1,2	- 0,3
Rheinland-Pfalz	14 180	15 449	16 534	4 379	21,4	25,3	26,5	+ 5,1	+ 1,2
Saarland	11 062	8 696	7 302	425	3,6	4,8	5,8	+ 2,2	+ 1,1
Sachsen	37 077	36 548	37 431	3 232	5,9	8,2	8,6	+ 2,7	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	18 840	21 482	21 199	7 338	22,2	33,1	34,6	+ 12,4	+ 1,5
Schleswig-Holstein	38 423	24 118	24 112	7 017	11,8	26,6	29,1	+ 17,3	+ 2,5
Thüringen	6 437	6 951	7 362	2 998	28,2	39,6	40,7	+ 12,5	+ 1,1
Deutschland¹	636 939	593 189	628 102	104 372	11,3	16,0	16,6	+ 5,3	+ 0,6
Westdeutschland ²	515 998	468 665	500 528	78 542	11,0	15,3	15,7	+ 4,7	+ 0,4
Ostdeutschland ²	124 553

1 Die Zahlen für Deutschland (AG Energiebilanzen, Stand Oktober 2012; AG Erneuerbare Energien, Stand Februar 2013) weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2 Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2013).

63. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz¹)

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen pro Einwohner			Veränderungsrate der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2006	2009	2010	2006	2009	2010	10/06	10/09
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	78 283	66 153	67 407	7,3	6,2	6,3	- 13,9	+ 1,9
Bayern	81 879	77 930	80 022	6,6	6,2	6,4	- 2,3	+ 2,7
Berlin	19 915	18 027	...	5,9	5,3
Brandenburg	58 273	52 968	...	22,8	21,1
Bremen	12 704	12 529	13 779	19,1	19,0	20,9	+ 8,5	+ 10,0
Hamburg	11 451	10 982	11 676	6,6	6,2	6,6	+ 2,0	+ 6,3
Hessen	53 170	49 128	50 259	8,7	8,1	8,3	- 5,5	+ 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	11 080	9 505	...	6,5	5,7
Niedersachsen	70 298	65 810	67 488	8,8	8,3	8,5	- 4,0	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	287 140	260 666	275 301	15,9	14,6	15,4	- 4,1	+ 5,6
Rheinland-Pfalz	27 110	26 181	27 336	6,7	6,5	6,8	+ 0,8	+ 4,4
Saarland	23 577	18 377	19 117	22,5	17,9	18,7	- 18,9	+ 4,0
Sachsen	48 295	47 980	48 737	11,3	11,5	11,7	+ 0,9	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	27 821	26 772	27 375	11,3	11,3	11,7	- 1,6	+ 2,3
Schleswig-Holstein	19 339	18 430	19 043	6,8	6,5	6,7	- 1,5	+ 3,3
Thüringen	11 283	10 526	10 771	4,9	4,7	4,8	- 4,5	+ 2,3
Deutschland²	809 565	735 051	772 014	9,8	9,0	9,4	- 4,6	+ 5,0
Westdeutschland ³	664 951	606 186	631 428	10,1	9,3	9,7	- 5,0	+ 4,2
Ostdeutschland ³	176 667	165 778	...	10,6

1 Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2 Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab. Für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung, Stand 13.12.2012 – ohne Emissionen aus dem internationalen Luft- und Seeverkehr; inkl. diffuse Emissionen aus Brennstoffen.

3 Summe der zugeordneten Länder (Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2013).

Soziales, Sicherheit

64. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	12 359	11 882	11 809	133	134	132	- 0,9	- 1,5
Bayern	13 364	12 325	12 040	125	119	112	- 10,0	- 5,5
Berlin	9 621	9 393	9 269	309	284	267	- 13,4	- 5,9
Brandenburg	4 113	3 742	3 497	221	205	189	- 14,5	- 7,7
Bremen	1 682	1 630	1 578	301	303	280	- 7,0	- 7,6
Hamburg	4 011	3 969	3 867	240	232	218	- 8,9	- 5,9
Hessen	9 334	8 533	8 745	177	166	169	- 4,5	+2,1
Mecklenburg-Vorpommern	3 094	2 991	2 970	242	237	234	- 3,5	- 1,4
Niedersachsen	9 997	8 887	8 558	153	145	139	- 9,0	- 4,0
Nordrhein-Westfalen	24 500	22 231	21 866	162	155	150	- 7,4	- 3,2
Rheinland-Pfalz	4 444	3 920	3 933	137	126	126	- 7,6	+0,1
Saarland	1 380	1 217	1 177	190	172	171	- 9,8	- 0,5
Sachsen	6 353	5 903	5 594	188	171	161	- 14,0	- 5,7
Sachsen-Anhalt	4 389	4 066	3 891	252	241	230	- 8,7	- 4,4
Schleswig-Holstein	3 708	3 536	3 487	161	166	158	- 1,9	- 4,5
Thüringen	3 966	3 636	3 446	231	213	199	- 13,9	- 6,7
Deutschland	116 315	107 861	105 727	170	163	157	- 7,6	- 3,7
Westdeutschland	84 779	78 130	77 060	153	147	143	- 6,6	- 2,7
Ostdeutschland	31 536	29 731	28 667	241	225	213	- 11,7	- 5,5

65. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	2 106	3 346	3 617	11	18	20	+ 71,7	+ 8,1
Bayern	2 129	2 982	3 046	9	14	14	+ 43,1	+ 2,1
Berlin	1 315	1 768	2 329	27	36	45	+ 77,1	+ 31,7
Brandenburg	1 235	1 522	1 470	36	45	42	+ 19,0	- 3,4
Bremen	390	418	487	38	42	49	+ 24,9	+ 16,5
Hamburg	1 224	1 906	1 632	45	70	59	+ 33,3	- 14,4
Hessen	2 010	2 997	3 011	19	29	30	+ 49,8	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	966	1 037	981	43	48	44	+ 1,6	- 5,4
Niedersachsen	2 235	3 561	3 560	15	26	26	+ 59,3	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	8 499	10 617	11 475	26	34	38	+ 35,0	+ 8,1
Rheinland-Pfalz	792	1 174	1 288	11	17	20	+ 62,6	+ 9,7
Saarland	234	612	728	14	40	49	+ 211,1	+ 19,0
Sachsen	2 042	2 393	2 574	37	44	46	+ 26,1	+ 7,6
Sachsen-Anhalt	828	1 155	1 082	27	39	36	+ 30,7	- 6,3
Schleswig-Holstein	1 231	1 952	1 844	24	40	39	+ 49,8	- 5,5
Thüringen	956	1 016	1 103	32	35	37	+ 15,4	+ 8,6
Deutschland	28 192	38 456	40 227	20	29	31	+ 42,7	+ 4,6
Westdeutschland	20 850	29 565	30 688	18	26	28	+ 47,2	+ 3,8
Ostdeutschland	7 342	8 891	9 539	33	41	43	+ 29,9	+ 7,3

¹ Bezug: durchschnittliche Bevölkerung unter 18 Jahren.

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit*			Von 65-Jährigen und älter	Von Ausländern	Von Allein-erziehenden	Armutsgefährdungsschwelle	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
	2007	2011	2012					12/07	12/11	
	%							€	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	13,0	14,7	14,7	17,1	29,2	45,8	953	+ 1,7	+ 0,0	
Bayern	13,6	14,2	14,3	21,3	26,6	41,0	942	+ 0,7	+ 0,1	
Berlin	13,9	15,5	15,2	8,1	30,0	21,8	798	+ 1,3	- 0,3	
Brandenburg	13,7	14,1	14,6	8,9	/	40,5	802	+ 0,9	+ 0,5	
Bremen	15,2	17,0	18,4	11,8	38,3	38,5	805	+ 3,2	+ 1,4	
Hamburg	16,8	18,0	17,7	13,5	35,9	40,8	928	+ 0,9	- 0,3	
Hessen	14,9	15,2	15,9	16,1	33,1	42,5	922	+ 1,0	+ 0,7	
Mecklenburg-Vorpommern	13,6	13,9	13,5	5,2	/	36,3	723	- 0,1	- 0,4	
Niedersachsen	14,7	15,2	15,4	14,4	36,9	44,2	859	+ 0,7	+ 0,2	
Nordrhein-Westfalen	14,5	15,8	15,6	12,4	36,3	41,3	853	+ 1,1	- 0,2	
Rheinland-Pfalz	14,7	16,1	15,9	18,8	32,3	47,5	894	+ 1,2	- 0,2	
Saarland	14,0	14,8	14,7	15,4	34,0	-33,0	852	+ 0,7	- 0,1	
Sachsen	13,6	12,7	12,1	5,3	/	32,2	755	- 1,5	- 0,6	
Sachsen-Anhalt	13,9	14,2	14,0	6,3	/	39,6	754	+ 0,1	- 0,2	
Schleswig-Holstein	13,9	15,4	15,6	15,0	39,3	42,6	904	+ 1,7	+ 0,2	
Thüringen	12,9	11,3	11,1	6,7	/	26,2	771	- 1,8	- 0,2	
Deutschland	14,3	15,1	15,2	13,6	32,1	41,9	869	+ 0,9	+ 0,1	
Westdeutschland	14,3	15,4	15,6	16,1	42,9	43,5	899	+ 1,3	+ 0,2	
Ostdeutschland	13,5	13,5	13,2	6,6	32,3	31,2	768	- 0,3	- 0,3	

* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

67. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung			Darunter Frauen	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
	2006	2010	2011		2006	2010	2011	11/10	11/06
	Anzahl				%	Anzahl			%
Baden-Württemberg	606 819	563 969	527 008	51,8	5,6	5,2	5,0	- 6,6	- 13,2
Bayern	659 664	580 162	545 780	52,3	5,3	4,6	4,4	- 5,9	- 17,3
Berlin	681 756	665 034	661 005	48,5	20,1	19,3	20,0	- 0,6	- 3,0
Brandenburg	371 170	299 725	286 062	48,8	14,5	12,0	11,7	- 4,6	- 22,9
Bremen	116 003	111 019	109 093	50,8	17,5	16,8	16,8	- 1,7	- 6,0
Hamburg	242 300	232 404	227 521	50,0	13,9	13,1	13,3	- 2,1	- 6,1
Hessen	546 056	509 569	496 108	51,1	9,0	8,4	8,3	- 2,6	- 9,1
Mecklenburg-Vorpommern	300 870	236 035	224 171	48,5	17,7	14,3	13,9	- 5,0	- 25,5
Niedersachsen	821 177	733 684	706 508	50,9	10,3	9,2	9,1	- 3,7	- 14,0
Nordrhein-Westfalen	1 951 494	1 903 563	1 855 807	51,2	10,8	10,7	10,6	- 2,5	- 4,9
Rheinland-Pfalz	304 471	277 901	265 929	51,8	7,5	6,9	6,7	- 4,3	- 12,7
Saarland	101 759	93 637	89 498	51,7	9,7	9,2	9,0	- 4,4	- 12,0
Sachsen	599 596	493 601	461 177	49,4	14,1	11,9	11,4	- 6,6	- 23,1
Sachsen-Anhalt	407 925	335 803	322 451	49,3	16,6	14,3	14,1	- 4,0	- 21,0
Schleswig-Holstein	295 520	269 289	265 790	50,2	10,4	9,5	9,5	- 1,3	- 10,1
Thüringen	294 133	231 326	213 871	50,0	12,7	10,3	9,8	- 7,5	- 27,3
Deutschland	8 300 713	7 536 721	7 257 779	50,6	10,1	9,2	9,0	- 3,7	- 12,6
Westdeutschland	5 645 263	5 275 197	5 089 042	51,3	8,6	8,1	7,9	- 3,5	- 9,9
Ostdeutschland	2 655 450	2 261 524	2 168 737	49,0	15,9	13,8	13,6	- 4,1	- 18,3

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

68. Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (April)			Leistungsempfänger/-innen je 100 Einwohner ¹			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen im April	
	2008	2012	2013	2008	2012	2013	13/08	13/12
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	481 271	431 323	433 643	5,5	5,0	5,0	- 9,9	+ 0,5
Bayern	515 523	428 598	428 418	5,1	4,2	4,2	- 16,9	- 0,0
Berlin	609 929	580 903	574 446	21,9	20,5	20,0	- 5,8	- 1,1
Brandenburg	332 134	263 159	258 226	16,6	13,6	13,4	- 22,3	- 1,9
Bremen	98 070	92 624	93 028	18,7	17,8	17,9	- 5,1	+ 0,4
Hamburg	203 882	183 832	182 937	14,2	12,6	12,4	- 10,3	- 0,5
Hessen	453 663	406 918	412 028	9,3	8,3	8,4	- 9,2	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	261 564	203 568	199 806	19,7	16,0	15,8	- 23,6	- 1,8
Niedersachsen	688 103	593 386	588 756	10,8	9,5	9,4	- 14,4	- 0,8
Nordrhein-Westfalen	1 670 775	1 591 611	1 605 651	11,6	11,2	11,3	- 3,9	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	252 930	221 986	221 382	7,8	7,0	7,0	- 12,5	- 0,3
Saarland	85 121	74 560	76 212	10,5	9,4	9,7	- 10,5	+ 2,2
Sachsen	545 753	430 271	415 211	16,9	13,8	13,3	- 23,9	- 3,5
Sachsen-Anhalt	370 092	298 180	292 028	20,0	17,0	16,8	- 21,1	- 2,1
Schleswig-Holstein	249 204	223 728	222 702	11,1	10,1	10,1	- 10,6	- 0,5
Thüringen	259 833	196 098	190 324	14,6	11,5	11,2	- 26,8	- 2,9
Deutschland	7 077 847	6 220 745	6 194 798	10,8	9,6	9,5	- 12,5	- 0,4
Westdeutschland	4 698 542	4 248 566	4 264 757	8,9	8,1	8,1	- 9,2	+ 0,4
Ostdeutschland	2 379 305	1 972 179	1 930 041	18,3	15,6	15,3	- 18,9	- 2,1

¹ Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des Vorjahres. Auf Basis der Volkszählung vom 25. Mai 1987 fortgeschriebener Bevölkerungsstand.
Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	9 696	9 664	8 514	9,0	9,2	8,1	- 12,2	- 11,9
Bayern	10 962	10 898	9 898	8,8	8,8	7,9	- 9,7	- 9,2
Berlin	6 023	4 663	4 476	17,7	14,1	13,4	- 25,7	- 4,0
Brandenburg	4 563	4 102	3 879	18,0	16,7	15,8	- 15,0	- 5,4
Bremen	1 222	1 599	1 418	18,4	24,6	21,7	+ 16,0	- 11,3
Hamburg	2 837	2 912	2 581	16,1	17,0	15,0	- 9,0	- 11,4
Hessen	6 755	7 095	6 131	11,1	11,9	10,2	- 9,2	- 13,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 991	2 199	2 113	11,8	13,7	13,2	+ 6,1	- 3,9
Niedersachsen	13 625	13 977	13 282	17,1	18,0	17,1	- 2,5	- 5,0
Nordrhein-Westfalen	24 355	25 322	25 238	13,5	14,4	14,4	+ 3,6	- 0,3
Rheinland-Pfalz	4 450	4 641	4 518	11,0	11,6	11,3	+ 1,5	- 2,7
Saarland	1 681	1 716	1 619	16,2	17,2	16,3	- 3,7	- 5,7
Sachsen	5 251	4 261	3 983	12,4	10,5	9,8	- 24,1	- 6,5
Sachsen-Anhalt	4 173	3 425	3 336	17,2	15,0	14,7	- 20,1	- 2,6
Schleswig-Holstein	4 592	4 412	4 175	16,2	15,8	14,9	- 9,1	- 5,4
Thüringen	3 062	2 403	2 447	13,3	11,0	11,3	- 20,1	+ 1,8
Deutschland	105 238	103 289	97 608	12,8	12,9	12,1	- 7,3	- 5,5
Westdeutschland	80 175	82 236	77 374	12,2	12,8	12,0	- 3,5	- 5,9
Ostdeutschland	25 063	21 053	20 234	3,8	3,3	3,1	- 19,3	- 3,9

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2007	2009	2011	2007	2009	2011	11/07	11/09
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	236 998	246 038	278 295	2,2	2,3	2,7	+ 17,4	+ 13,1
Bayern	314 282	318 479	329 341	2,5	2,6	2,7	+ 4,8	+ 3,4
Berlin	95 870	101 351	107 917	2,8	2,9	3,3	+ 12,6	+ 6,5
Brandenburg	85 129	85 801	95 970	3,4	3,4	3,9	+ 12,7	+ 11,9
Bremen	20 686	21 340	22 178	3,1	3,2	3,4	+ 7,2	+ 3,9
Hamburg	43 140	45 997	47 207	2,4	2,6	2,8	+ 9,4	+ 2,6
Hessen	175 836	186 893	199 655	2,9	3,1	3,3	+ 13,5	+ 6,8
Mecklenburg-Vorpommern	56 939	61 442	67 559	3,4	3,7	4,2	+ 18,7	+ 10,0
Niedersachsen	242 196	256 085	270 399	3,0	3,2	3,5	+ 11,6	+ 5,6
Nordrhein-Westfalen	484 801	509 145	547 833	2,7	2,9	3,1	+ 13,0	+ 7,6
Rheinland-Pfalz	102 441	105 800	112 743	2,5	2,6	2,8	+ 10,1	+ 6,6
Saarland	29 402	30 380	32 793	2,8	3,0	3,3	+ 11,5	+ 7,9
Sachsen	127 064	131 714	138 987	3,0	3,2	3,4	+ 9,4	+ 5,5
Sachsen-Anhalt	80 751	80 667	88 021	3,4	3,4	3,9	+ 9,0	+ 9,1
Schleswig-Holstein	79 081	79 507	80 221	2,8	2,8	2,9	+ 1,4	+ 0,9
Thüringen	72 213	76 967	82 322	3,2	3,4	3,8	+ 14,0	+ 7,0
Deutschland	2 246 829	2 337 606	2 501 441	2,7	2,9	3,1	+ 11,3	+ 7,0
Westdeutschland	1 728 863	1 799 664	1 920 665	2,6	2,7	3,0	+ 11,1	+ 6,7
Ostdeutschland	517 966	537 942	580 776	3,1	3,3	3,7	+ 12,1	+ 8,0

71. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten und Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹	Aufklärungsquote	Wohnungseinbruchdiebstahl ²		Veränderung der Zahl der Straftaten	
	2007	2011	2012			12/07	12/11		
	Anzahl			%	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ¹	%		
Baden-Württemberg	611 433	582 844	573 459	5 440	57,7	8 572	81	- 6,2	- 1,6
Bayern	666 807	623 108	626 865	5 024	63,2	5 709	46	- 6,0	+ 0,6
Berlin	496 163	494 385	495 297	14 807	44,7	12 291	367	- 0,2	+ 0,2
Brandenburg	226 466	197 664	195 146	7 964	53,3	3 735	152	- 13,8	- 1,3
Bremen	96 121	93 007	86 814	13 313	50,1	3 568	547	- 9,7	- 6,7
Hamburg	237 048	228 874	227 570	13 198	43,1	7 094	411	- 4,0	- 0,6
Hessen	420 725	396 834	395 626	6 590	58,8	10 570	176	- 6,0	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	150 736	128 426	126 677	7 903	58,5	1 413	88	- 16,0	- 1,4
Niedersachsen	607 075	552 257	557 219	7 158	61,0	14 598	188	- 8,2	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	1 495 333	1 511 469	1 518 369	8 655	49,1	54 167	309	+ 1,5	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	288 398	274 703	267 471	6 705	60,2	5 479	137	- 7,3	- 2,6
Saarland	73 813	69 268	72 872	7 318	53,5	2 031	204	- 1,3	+ 5,2
Sachsen	308 106	293 895	312 406	7 721	55,4	3 840	95	+ 1,4	+ 6,3
Sachsen-Anhalt	216 704	187 281	189 234	8 349	57,4	2 484	110	- 12,7	+ 1,0
Schleswig-Holstein	242 615	219 693	211 928	7 558	48,1	7 654	273	- 12,6	- 3,5
Thüringen	147 118	136 955	140 087	6 441	64,3	912	42	- 4,8	+ 2,3
Deutschland	6 284 661	5 990 679	5 997 040	7 459	54,4	144 117	179	- 4,6	+ 0,1
Westdeutschland	4 739 368	4 552 057	4 538 193	7 035	54,8	119 442	185	- 4,2	- 0,3
Ostdeutschland	1 545 293	1 438 606	1 458 847	9 183	52,9	24 675	155	- 5,6	+ 1,4

1 Je 100 000 Einwohner am 30.06.2012.

2 Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

72. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen insgesamt			Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2007	2011	2012	2007	2011	2012	12/07	12/11
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	53 889	47 789	47 088	501	455	447	- 11,3	- 1,5
Bayern	75 654	71 059	70 143	605	573	562	- 6,1	- 1,3
Berlin	17 306	16 933	16 895	508	514	505	- 2,2	- 0,2
Brandenburg	12 191	10 512	10 493	480	428	428	- 13,8	- 0,2
Bremen	3 629	3 772	3 958	547	580	607	+ 3,9	+ 4,9
Hamburg	10 603	9 784	9 865	602	572	572	- 7,7	+ 0,8
Hessen	32 909	30 003	28 980	542	502	483	- 8,8	- 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 829	6 999	6 604	523	435	412	- 20,7	- 5,6
Niedersachsen	45 905	41 342	42 051	575	531	540	- 9,9	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	85 923	78 658	75 541	477	449	431	- 8,5	- 4,0
Rheinland-Pfalz	21 756	20 705	19 651	537	519	493	- 4,8	- 5,1
Saarland	6 280	5 607	5 341	604	561	536	- 10,7	- 4,7
Sachsen	20 293	17 710	17 176	479	437	425	- 12,7	- 3,0
Sachsen-Anhalt	13 310	10 760	10 471	548	471	462	- 19,2	- 2,7
Schleswig-Holstein	16 464	15 405	15 041	581	550	536	- 6,4	- 2,4
Thüringen	11 427	9 336	8 680	497	427	399	- 18,3	- 7,0
Deutschland	436 368	396 374	387 978	530	494	483	- 9,2	- 2,1
Westdeutschland	353 012	324 124	317 659	538	504	492	- 8,2	- 2,0
Ostdeutschland	83 356	72 250	70 319	502	455	443	- 13,3	- 2,7

Niedersachsen in Europa

73. Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Veränderung 2009 bis 2011	Fläche	Besiedlungs- dichte	Bevölkerungs- anteil an EU 27
	2009	2010	2011				
	Anzahl			%	km ²	Einwohner je km ²	%
Belgien	10 839 905	11 000 638	11 094 850	+2,4	30 528,0	363,4	2,2
Bulgarien	7 421 766	7 369 431	7 327 224	-1,3	110 899,7	66,1	1,5
Tschechische Republik	10 462 088	10 486 731	10 505 445	+0,4	78 866,0	133,2	2,1
Dänemark	5 534 738	5 560 628	5 580 516	+0,8	42 894,8	130,1	1,1
Deutschland	81 802 257	81 751 602	80 327 900	-1,8	357 137,2	224,9	16,1
Baden-Württemberg	10 744 921	10 753 880	10 512 441	-2,2	35 751,4	294,0	2,1
Bayern	12 510 331	12 538 696	12 443 372	-0,5	70 550,2	176,4	2,5
Berlin	3 442 675	3 460 725	3 326 002	-3,4	891,8	3 729,5	0,7
Brandenburg	2 511 525	2 503 273	2 453 180	-2,3	29 484,0	83,2	0,5
Bremen	661 716	660 706	652 182	-1,4	419,2	1 555,8	0,1
Hamburg	1 774 224	1 786 448	1 718 187	-3,2	755,3	2 274,8	0,3
Hessen	6 061 951	6 067 021	5 993 771	-1,1	21 114,8	283,9	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 651 216	1 642 327	1 606 899	-2,7	23 194,2	69,3	0,3
Niedersachsen	7 928 815	7 918 293	7 774 253	-1,9	47 613,6	163,3	1,6
Nordrhein-Westfalen	17 872 763	17 845 154	17 544 938	-1,8	34 097,7	514,5	3,5
Rheinland-Pfalz	4 012 675	4 003 745	3 990 033	-0,6	19 854,1	201,0	0,8
Saarland	1 022 585	1 017 567	997 855	-2,4	2 568,7	388,5	0,2
Sachsen	4 168 732	4 149 477	4 054 182	-2,7	18 419,8	220,1	0,8
Sachsen-Anhalt	2 356 219	2 335 006	2 276 736	-3,4	20 450,3	111,3	0,5
Schleswig-Holstein	2 832 027	2 834 259	2 802 266	-1,1	15 799,6	177,4	0,6
Thüringen	2 249 882	2 235 025	2 181 603	-3,0	16 172,5	134,9	0,4
Estland	1 337 666	1 336 107	1 333 788	-0,3	45 227,0	29,5	0,3
Irland	4 549 428	4 570 881	4 582 707	+0,7	69 797,0	65,7	0,9
Griechenland	11 305 118	11 123 392	11 123 034	-1,6	131 957,0	84,3	2,2
Spanien	46 486 619	46 667 174	46 818 219	+0,7	505 990,7	92,5	9,4
Frankreich	64 658 856	64 994 907	65 327 724	+1,0	632 833,6	103,2	13,1
Italien	60 340 328	60 626 442	59 394 207	-1,6	301 336,0	197,1	11,9
Zypern	819 140	839 751	862 011	+5,2	9 251,0	93,2	0,2
Lettland	2 120 504	2 074 605	2 044 813	-3,6	64 562,0	31,7	0,4
Litauen	3 141 976	3 052 588	3 003 641	-4,4	65 300,0	46,0	0,6
Luxemburg	502 066	511 840	524 853	+4,5	2 586,0	203,0	0,1
Ungarn	10 014 324	9 985 722	9 931 925	-0,8	93 023,7	106,8	2,0
Malta	414 027	414 989	417 546	+0,8	316,0	1 321,3	0,1
Niederlande	16 574 989	16 655 799	16 730 348	+0,9	41 540,4	402,7	3,3
Österreich	8 375 290	8 404 252	8 408 121	+0,4	83 879,0	100,2	1,7
Polen	38 167 329	38 529 866	38 538 447	+1,0	312 679,0	123,3	7,7
Portugal	10 573 479	10 572 721	10 542 398	-0,3	92 211,9	114,3	2,1
Rumänien	20 294 683	20 199 059	20 095 996	-1,0	238 390,7	84,3	4,0
Slowenien	2 046 976	2 050 189	2 055 496	+0,4	20 273,0	101,4	0,4
Slowakei	5 390 410	5 392 446	5 404 322	+0,3	49 036,0	110,2	1,1
Finnland	5 351 427	5 375 276	5 401 267	+0,9	338 432,1	16,0	1,1
Schweden	9 340 682	9 415 570	9 482 855	+1,5	438 575,8	21,6	1,9
Vereinigtes Königreich	62 471 264	63 024 472	63 495 351	+1,6	248 527,8	255,5	12,7
Europäische Union (27 Länder)	500 337 335	501 987 078	500 355 004	+0,0	4 406 051,4	113,6	100,0

Quelle: Eurostat; Fläche 2011; Vorläufige Angaben Bevölkerung: EU 27 (2009, 2010, 2011), Deutschland und seine Länder (2011), Griechenland (2009), Frankreich (2009, 2010, 2011), Italien (2009, 2010, 2011), Ungarn (2009, 2010), Polen (2009), Vereinigtes Königreich (2009, 2010, 2011).
Zeitreihenbrüche: EU 27 (2010, 2011), Belgien (2010), Deutschland und seine Länder (2011), Griechenland (2010), Italien (2011), Luxemburg (2011), Ungarn (2011), Polen (2010).

74. Bevölkerung 2007 bis 2011

Region	Einwohner am 31.12.					Veränderung der Einwohnerzahl 31.12.11/07
	2007	2008	2009	2010	2011	
	Anzahl					%
Europäische Union	497 087 573	498 978 262	500 337 335	501 987 078	500 355 004	+ 0,7
Deutschland	82 217 837	82 002 356	81 802 257	81 751 602	80 327 900	- 2,3
Niedersachsen	7 971 684	7 947 244	7 928 815	7 918 293	7 774 253	- 2,5
Statistische Region Braunschweig	1 633 318	1 623 649	1 616 720	1 609 369	1 575 968	- 3,5
Statistische Region Hannover	2 156 841	2 149 181	2 142 440	2 138 711	2 093 431	- 2,9
Statistische Region Lüneburg	1 701 132	1 696 643	1 693 654	1 692 238	1 667 127	- 2,0
Statistische Region Weser-Ems	2 480 393	2 477 771	2 476 001	2 477 975	2 437 727	- 1,7

Quelle: Eurostat.

75. Bruttoinlandsprodukt 2006 bis 2010

Region	Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen					Veränderung des BIP 10/06
	2006	2007	2008	2009	2010	
	Mio. €					%
Europäische Union	11 701 131	12 406 299	12 473 094	11 752 345	12 279 589	+ 4,9
Deutschland	2 313 900	2 428 500	2 473 800	2 374 500	2 496 200	+ 7,9
Niedersachsen	198 732	207 419	211 574	203 119	216 606	+ 9,0
Statistische Region Braunschweig	43 974	46 656	46 072	43 210	47 826	+ 8,8
Statistische Region Hannover	60 062	60 993	63 095	60 992	64 147	+ 6,8
Statistische Region Lüneburg	34 372	36 159	36 021	35 067	36 438	+ 6,0
Statistische Region Weser-Ems	60 323	63 612	66 386	63 849	68 195	+ 13,0

Quelle: Eurostat.

76. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2006 bis 2010

Region	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu laufenden Marktpreisen					Veränderung des BIP je Einwohner 10/06
	2006	2007	2008	2009	2010	
	€					%
Europäische Union	23 700	25 000	25 000	23 500	24 500	+ 3,4
Deutschland	28 100	29 500	30 100	29 000	30 500	+ 8,5
Niedersachsen	24 900	26 000	26 600	25 600	27 300	+ 9,6
Statistische Region Braunschweig	26 700	28 500	28 300	26 700	29 700	+ 11,2
Statistische Region Hannover	27 800	28 200	29 300	28 400	30 000	+ 7,9
Statistische Region Lüneburg	20 200	21 200	21 200	20 700	21 500	+ 6,4
Statistische Region Weser-Ems	24 300	25 600	26 800	25 800	27 500	+ 13,2

Quelle: Eurostat.

77. Beschäftigungsquote der 15- bis unter 65-Jährigen 2008 bis 2012

Region	Beschäftigungsquote der 15- bis unter 65-Jährigen					Veränderung der Beschäfti- gungsquote 12/08
	2008	2009	2010	2011	2012	
	%					Prozentpunkte
Europäische Union	65,8	64,6	64,1	64,2	64,1	- 1,7
Deutschland	70,7	70,3	71,1	72,5	72,8	+ 2,1
Niedersachsen	69,1	69,3	70,2	71,9	72,3	+ 3,2
Statistische Region Braunschweig	66,9	67,3	68,4	70,3	69,8	+ 2,9
Statistische Region Hannover	69,0	68,5	69,2	70,3	72,3	+ 3,3
Statistische Region Lüneburg	70,6	71,8	72,6	74,0	73,7	+ 3,1
Statistische Region Weser-Ems	69,5	69,8	70,8	72,8	72,9	+ 3,4

Quelle: Eurostat.

78. Arbeitslosenquote (15 Jahre und älter) 2008 bis 2012

Region	Arbeitslosenquote (15 Jahre und älter)					Veränderung der Arbeits- losenquote 12/08
	2008	2009	2010	2011	2012	
	%					Prozentpunkte
Europäische Union	7,0	9,0	9,6	9,6	10,4	+ 3,4
Deutschland	7,5	7,7	7,1	5,9	5,5	- 2,0
Niedersachsen	7,1	6,9	6,5	5,6	5,0	- 2,1
Statistische Region Braunschweig	8,6	8,5	7,2	6,4	5,7	- 2,9
Statistische Region Hannover	7,6	7,9	7,1	6,8	5,5	- 2,1
Statistische Region Lüneburg	6,2	5,4	5,8	5,4	4,5	- 1,7
Statistische Region Weser-Ems	6,2	5,9	6,0	4,2	4,4	- 1,8

Quelle: Eurostat.

79. Frühe Schulabgänger

Staat / Land	Anteil der frühen Schulabgänger an der gleichaltrigen Bevölkerung				Männlich	Weiblich	Veränderung des Anteils		
	2008	2009	2010	2011			2012		12/08
	%						Prozentpunkte		
Belgien	12,0	11,1	11,9	12,3	12,0	14,4	9,5	+0,0	-0,3
Bulgarien	14,8	14,7	13,9	11,8	12,5	12,1	13,0	-2,3	+0,7
Tschechische Republik	5,6	5,4	4,9	4,9	5,5	6,1	4,9	-0,1	+0,6
Dänemark	12,5	11,3	11,0	9,6	9,1	10,8	7,4	-3,4	-0,5
Deutschland	11,8	11,1	11,9	11,7	10,5	11,1	9,8	-1,3	-1,2
Baden-Württemberg	10,1	9,5	9,9	10,1	8,4	8,4	8,4	-1,7	-1,7
Bayern	9,6	8,8	9,4	9,2	7,4	7,9	6,8	-2,2	-1,8
Berlin	15,7	14,1	14,6	13,4	13,2	15,5	10,8	-2,5	-0,2
Brandenburg	9,2	9,0	9,6	10,3	10,0	9,6	10,4	+0,8	-0,3
Bremen	14,5	14,5	14,1	17,9	12,9	/	/	-1,6	-5,0
Hamburg	14,7	12,1	13,1	13,1	12,3	14,2	10,6	-2,4	-0,8
Hessen	12,3	11,3	11,7	10,7	9,3	10,0	8,5	-3,0	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	8,7	9,1	9,2	10,0	11,0	11,1	10,8	+2,3	+1,0
Niedersachsen	13,0	12,6	13,9	14,3	11,9	13,6	10,0	-1,1	-2,4
Nordrhein-Westfalen	14,6	13,8	14,6	13,9	12,9	13,4	12,3	-1,7	-1,0
Rheinland-Pfalz	12,4	13,7	15,5	13,6	12,5	11,8	13,1	+0,1	-1,1
Saarland	14,2	14,4	13,2	15,6	12,9	14,6	/	-1,3	-2,7
Sachsen	7,4	6,7	7,6	7,7	7,9	8,6	7,2	+0,5	+0,2
Sachsen-Anhalt	12,1	10,7	11,7	13,0	11,0	11,8	9,8	-1,1	-2,0
Schleswig-Holstein	13,6	12,1	12,7	13,1	12,5	13,3	11,6	-1,1	-0,6
Thüringen	7,4	5,4	6,3	7,7	7,3	8,4	/	-0,1	-0,4
Estland	14,0	13,9	11,6	10,9	10,5	14,0	7,1	-3,5	-0,4
Irland	11,3	11,6	11,5	10,8	9,7	11,2	8,2	-1,6	-1,1
Griechenland	14,8	14,5	13,7	13,1	11,4	13,7	9,1	-3,4	-1,7
Spanien	31,9	31,2	28,4	26,5	24,9	28,8	20,8	-7,0	-1,6
Frankreich	11,5	12,2	12,6	12,0	11,6	13,4	9,8	+0,1	-0,4
Italien	19,7	19,2	18,8	18,2	17,6	20,5	14,5	-2,1	-0,6
Zypern	13,7	11,7	12,7	11,3	11,4	16,5	7,0	-2,3	+0,1
Lettland	15,5	13,9	13,3	11,6	10,5	14,5	6,2	-5,0	-1,1
Litauen	7,4	8,7	8,1	7,2	6,5	8,2	4,6	-0,9	-0,7
Luxemburg	13,4	7,7	7,1	6,2	8,1	10,7	5,5	-5,3	+1,9
Ungarn	11,7	11,2	10,5	11,2	11,5	12,2	10,7	-0,2	+0,3
Malta	38,1	36,8	24,8	23,6	22,6	27,5	17,6	-15,5	-1,0
Niederlande	11,4	10,9	10,0	9,1	8,8	10,2	7,3	-2,6	-0,3
Österreich	10,1	8,7	8,3	8,3	7,6	7,9	7,3	-2,5	-0,7
Polen	5,0	5,3	5,4	5,6	5,7	7,8	3,5	+0,7	+0,1
Portugal	35,4	31,2	28,7	23,2	20,8	27,1	14,3	-14,6	-2,4
Rumänien	15,9	16,6	18,4	17,5	17,4	18,0	16,7	+1,5	-0,1
Slowenien	5,1	5,3	5,0	4,2	4,4	5,4	3,2	-0,7	+0,2
Slowakei	6,0	4,9	4,7	5,0	5,3	6,0	4,6	-0,7	+0,3
Finnland	9,8	9,9	10,3	9,8	8,9	9,8	8,1	-0,9	-0,9
Schweden	7,9	7,0	6,5	6,6	7,5	8,5	6,3	-0,4	+0,9
Vereinigtes Königreich	17,0	15,7	14,9	15,0	13,5	14,6	12,4	-3,5	-1,5
Europäische Union (27 Länder)	14,8	14,3	14,0	13,5	12,8	14,5	11,0	-2,0	-0,7

Quelle: Eurostat.

